

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Prüfung. Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Bedingungen

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Besondere- und Besondere-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: Socialdemokrat Berlin

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonntag, den 11. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3. Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Anträge der Socialdemokraten zum Zolltarif-Gesetz.

Unsere Genossen in der Zolltarif-Kommission haben vorläufig 6 Anträge zu den ersten beiden Paragraphen des Zolltarif-Gesetzes eingebracht.

Der erste derselben verlangt, daß an Stelle des Absatz 1, § 1, der einem neuen Zolltarif im voraus die Zustimmung erteilt, die Forderung verwirklicht werde, die die socialdemokratische Fraktion in ihrem Gesetzentwurf vom 8. Mai 1890 dahin aufstellte, daß die Zölle auf Getreide, Hülsenfrüchte, Futter, Fleisch, Fische, Gerste, Mühlenfabrikate (Graupen, Gerste, Weizen, Mehl, Backwaren), Schmalz, Eier, lebendes Zug- und Schlachtvieh aufgehoben werden.

Ein zweiter Antrag will die Erzeugnisse der deutschen Kolonien, Schutzgebiete und Zollanschlüsse zollfrei machen.

Ein dritter Antrag will der „nationalen“ Meinung, in Deutschland hergestellte Waren im Ausland billiger als in Deutschland zu verkaufen, durch folgenden § 1a entgegenzusetzen:

„Der Bundesrat ist verpflichtet, die Zölle für vom Auslande eingehende Waren aufzuheben und deren zollfreie Einfuhr zuzulassen, wenn die gleichartigen Waren von deutschen Veräußerungsvereinigungen (Syndikaten, Trusts, Kartellen, Ringen u. dergl.) nach dem oder im Auslande billiger verkauft werden als im deutschen Zollgebiete.“

Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstage sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Ein vierter Antrag (§ 1b) will einen Teil des durch das Zolltarifgesetz den Großgrundbesitzern zugedachten Vorteils durch folgende Vorschrift wenigstens teilweise wieder nehmen. Er lautet:

„Solange bei der Einfuhr von Getreide in das deutsche Zollgebiet Zölle erhoben werden, sind die Eigentümer eines landwirtschaftlichen Grundbesitzes mit mehr als 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche verpflichtet, an das Deutsche Reich für jeden Hektar ihres Besitzes das Zehnfache des auf den Doppelcentner Weizen gelegten Zolls an das Deutsche Reich zu zahlen.“

§ 1c verlangt Zulassung des Rechtswegs über vermeintlich zu Unrecht erhobene Zölle.

§ 1d will die Errichtung einer Auskunftsstelle über die Zolltarif-Sätze.

In Vorbereitung sind unter anderem Anträge, welche die Aufhebung der Salzsteuer, der Branntwein-Steuer, die eventuelle Zuführung des Betrages derselben an das Reich, sowie Aufhebung der Verbrauchsabgabe und der Ausfuhrprämien auf Zucker verlangen.

Wir begrüßen dieses Vorgehen unserer Freunde in der Zolltarif-Kommission aufs lebhafteste. Sie dürfen in ihrem Verzicht einer gründlichen Umarbeitung des schmachvollen Wuchertarifs der freudigen Zustimmung der gesamten arbeitenden Klasse in Stadt und Land versichert sein.

Krisen im Zollkartell.

Die Krise in der russischen Montanindustrie greift immer mehr um sich. Seit dem Charower Kongress der Montanindustriellen, der die Wege für eine äußerst prekäre Lage der südrussischen Montanindustrie lieferte, hat sich die Situation von Woche zu Woche verschlechtert. Eine Reihe weiterer Betriebe haben ihre Tätigkeit auf ein Drittel oder Viertel des früheren Umfangs beschränkt, manche sogar ganz eingestellt, und doch häufen sich die unverkäuflichen Vorratsbestände, da trotz der gedrückten Preise die Konkurrenz der deutschen Eisen- und Stahlindustrie der russischen Eisenproduktion im eigenen Lande den Absatzmarkt entzieht. Erreicht auch der Eisen- und Maschinenexport Deutschlands im letzten Jahre nicht den des Jahres 1900, in welchem Deutschland für 45 Millionen Mark Eisen und Eisenwaren, sowie für 62 Millionen Mark Maschinen und Instrumente nach Rußland ausführte, da seitdem der deutsche Export in diesen Artikeln nach dem russischen Reich, abgesehen von Eisenbahn, seinen Gütern, Werkzeugen und besseren Waren aus schmiedbarem Eisen, sowie von landwirtschaftlichen Maschinen, Spinn- und Webmaschinen, Walz- und Hebmäschinen beträchtlich zurückgegangen ist, so erweist sich doch die deutsche Masseneinfuhr in das russische Gebiet als eine Verschärfung der Krise, die in den Kreisen der russischen Industrie und der ihre Interessen vertretenden Presse aufs neue der hochschutznäherischen Bewegung ein entschiedenes Übergewicht verschafft hat.

Daß unter diesen Verhältnissen, deren Ende nicht abzusehen ist, die russische Regierung geneigt sein sollte, für die deutsche Eisen- und Maschinenindustrie die heutigen günstigen Einfuhrbedingungen bestehen zu lassen, oder ihr ähnliche einzuräumen, wenn Deutschland der russischen Getreide-einfuhr gegenüber an den Minimalzollföhen im Zolltarif-Entwurf festhält, erscheint absolut ausgeschlossen. Auch die im „Centralverband deutscher Industrieller“ maßgebende deutsche

Eisen- und Stahlindustrie, die über das Anwachsen der protektionistischen Strömung in Rußland durch ihre Geschäftsfreunde und Agenten wohl unterrichtet sein dürfte, wird sich kaum der Illusion hingeben, daß unter den in Rußland durch die Krise hervorgerufenen wirtschaftlichen Verhältnissen es der deutschen Regierung möglich sein könnte, gleiche oder ähnliche Zollvergünstigungen für den deutschen Eisenexport zu erlangen wie bisher, falls sie bei den im Tarifentwurf vorgeschlagenen Minimalföhen beharrt und weitergehende Konzessionen an die Wünsche der russischen Getreide- und Rohstoff-Produzenten verweigert.

Wenn trotzdem der Centralverband oder vielmehr dessen Leiter vorläufig an der Koalition mit den Agrariern festhalten, so bleibt nur die Annahme, daß sie beabsichtigen, falls wirklich die Minimalforderungen in den Tarif-Aufnahme finden und dann keine ihnen passend erscheinenden Handelsverträge zu Stande kommen, daselbe Doppelspiel zu wiederholen, das 1893/94 die Eisenindustriellen vor dem Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland und besonders 1879 bei der zweiten Lesung der damaligen Zollvorlage ausführten; nachdem sie damals die Hilfe der Agrarier bei der Durchdringung der Eisenzölle gefunden hatten, wandten sie sich plötzlich gegen die vereinbarten Getreidezölle und ließen sich erst durch weitere Zugeständnisse bei der dritten Lesung zur Unterfertigung der agrarischen Forderungen bereitfinden. Vielleicht kalkulieren sie, daß, falls nicht schon vorher bei den Kommissionsverhandlungen oder bei den Beratungen im Plenum die Minimalzollföhe fallen, später die Regierung, sobald sie sieht, daß an einen Abschluß von neuen Handelsverträgen auf Grund des Tarifs nicht zu denken ist, sich zur Einbringung und Durchdringung eines Abänderungsgesetzes zum Tarif bestimmen läßt, das die Minimalzollfestsetzungen in der einen oder andern Form wieder aufhebt und den Weg für vertragsmäßige Herabsetzungen der Getreidezölle unter die Mindesthöhe ermöglicht. Auch Frankreich hat sich ja bekanntlich, um zu Verträgen zu kommen, mehrmals dazu verstehen müssen, durch besondere gesetzgeberische Akte seinen Minimaltarif zu modifizieren; warum sollte die deutsche Regierung nicht dem schönen Beispiel folgen. Der Vorteil der Eisenindustriellen wäre ein doppelter: sie kämen mit Hilfe der Agrarier zu höheren Eisenzöllen und hinterher, wenn auch auf Kosten der Verbündeten, zu den gewünschten Handelsverträgen.

Das würde auf nichts weniger als eine Prellerei hinauslaufen, aber wer sich den Schaden vor der Annahme des 1879er Tarifs, die Schiedungen vor der Annahme der Caprivischen Handelsverträge, das Verhalten der Vertreter des Centralverbandes deutscher Industrieller im Wirtschaftlichen Ausschuss und die im letzten Jahre in seinen Ausschuss- und Delegiertenversammlungen hervorgetretenen Winkelzüge ansieht, wird die in geschäftlichen Kreisen erfahrenen Herren derartiger Spekulationen nicht für unfähig halten.

Die Möglichkeit, anzunehmen, daß der „Centralverband“ darauf rechnet, Rußland könnte sich eine weit höhere Zollbelastung seiner wichtigsten Ausfuhrartikel nach Deutschland gefallen lassen, ohne mit einem Gegenschlag gegen den deutschen Eisen- und Maschinenexport zu antworten, heißt denn doch bei den Leitern des „Centralverbandes“ eine Naivität und Unkenntnis russischer Verhältnisse voraussetzen, die sich nicht bei ihnen findet. Die Drohungen der russischen Presse, voran der Petersburger „Wedomosti“, mit Repressivmaßnahmen gegen die deutsche Eisen- und Maschinen-einfuhr dürften den Herren eben so wenig unbekannt sein, wie die Thatsache, daß die russische Reichsbank, die eigentlich nur eine Filiale der russischen Staatskasse ist, mit beträchtlichen Kapitalien bei der südrussischen Eisenindustrie beteiligt ist, daß sie Millionen auf Millionen in diese hineingesteckt hat, und daß sie diese Summen teilweise verliert, wenn die Regierung nicht dem betreffenden Industriezweig eine günstigere Position schafft. Nur die Rücksicht auf Erlangung vorteilhafter Exportbedingungen für die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte kann nach Ablauf des jetzigen Handelsvertrages die russische Regierung daran hindern, die Schutzwehr gegen die Konkurrenz der deutschen Eisen- und Stahlindustrie zu verstärken.

Aber ganz abgesehen von dieser der russischen Regierung aufgezwungenen Rücksichtnahme auf ihre Finanzen und die einheimische notleidende Industrie, ist gerade Rußland dasjenige Land, das stets auf einen Schachzug von deutscher Seite mit einem wenn möglich noch schärferen Gegenschlag antwortete. Das ist den Leitern des „Centralverbandes“ genau bekannt, denn es ist Herr Dr. Vued selbst, der in der Delegierten-Versammlung am 19. Februar, kurz vor der Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrages, diese Thatsache feststellte und bewies, daß jede zollpolitische Schwächung Deutschlands, im freihändlerischen wie im schutz-zöllnerischen Sinne, von Rußland nachgeahmt worden ist.

Als der deutsche Zollverein durch den Tarif von 1865 die freihändlerische Richtung einschlug, folgte auch Rußland 1868 mit einem die meisten seiner Zollpositionen bedeutend herabsetzenden Tarif nach. Kaum aber hatte in Deutschland 1876/77 die Schutzzöllnererei die Oberhand gewonnen und die bekannte Koalition zwischen Agrariern und Großindustriellen Aussicht auf Bestand erlangt, so folgte

von russischer Seite ein Dekret, das die Erhebung der Zölle in Gold anordnete, nach dem damaligen Kurse ein Zuschlag von über 30 Prozent. Nachdem dann 1880 der neue deutsche Tarif in Kraft getreten war, antwortete Rußland im Jahre 1881 abermals mit einer zehnprozentigen Erhöhung und das Jahr darauf mit einer Revision seines Tarifs, der eine Reihe Positionen bedeutend erhöhte. 1884 wurden die Getreidezölle in Deutschland erhöht; Rußland holte wieder zu einem Gegenschlag aus; es erhöhte zunächst die Zölle auf Kohlen und Kisten, dann, sobald sich die Wirkungen der deutschen Zollsteigerungen bemerkbar machten, die Zölle auf Weine, Seidengarne, Oele, Gerste, landwirtschaftliche Maschinen (bis dahin zollfrei), Metalle und Metallwaren, und schließlich, als das noch nicht ziehen wollte, folgte im Juni 1885 ein allgemeiner Zuschlag von 20 Proz. 1886 ging es in Deutschland an eine weitere Erhöhung der Getreidezölle. Wieder hatte Rußland eine Antwort bereit. Zunächst wurden die Zölle auf Kupfer, Kupferfabrikate, Häute, Zelle und verschiedene chemische Produkte erhöht, darauf Anfang 1887 auf Steinkohlen, Coaks, verschiedene Metalle und Metallfabrikate, dann im November 1887 weiter auf: Galanteriewaren, Spitzen, Knöpfe, Maschinen u. s. w. Dagegen hat Rußland seit dem Bestehen des deutsch-russischen Vertrages freiwillig, ohne dazu durch irgend welche Vertragsbestimmungen gezwungen zu sein, verschiedene Zollermäßigungen vorgenommen, z. B. auf: Lokomotiven für Dampfmotoren und Dampfplüge, verschiedene landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, für allerlei Schiffszubehör u. s. w.

Selbst Herr Möller aus Brautvede, der jetzige Handelsminister, meinte damals in der Versammlung:

„Darauf ist ohne irgendwie nennenswerte Steigerung der Zollsätze für die Industrieerzeugnisse eine Steigerung des Zolls für Getreide gekommen auf 3 M. — ich glaube es war im Jahre 1884 — und eine auf 5 M. im Jahre 1887, und, meine Herren, wenn wir diese Thatsache in Verbindung bringen mit der Entwicklung des russischen Tarifs, so werden wir — Herr Vued hat ja vorher schon historisch entwickelt, wie der russische Tarif entstanden ist, wie er sich entwickelt hat, in den achtziger Jahren — so werden wir dann unwillkürlich darauf gestossen, daß die russischen Erhöhungen des Tarifs, abgesehen von dem bewussten industriellen Protektionismus, im allerengsten Zusammenhang haben mit der jedesmaligen Erhöhung der Getreidezölle bei uns in Deutschland.“

Das Zugeständnis ist außerordentlich wertvoll. Möglich, daß Herr Möller inzwischen infolge der neuen Eindrücke, die ihm sein Ministerportefeuille brachte, die Erkenntnis, daß die russische Zollpolitik „im allerengsten Zusammenhang“ mit den deutschen Getreidezollerhöhungen steht, verloren hat, daß er wirklich der Ansicht ist, trotz Getreidezollerhöhungen von deutscher Seite würde Herr von Witte gerne zu allerlei schönen Zugeständnissen an die deutsche Eisen- und Stahlindustrie bereit sein. Daß aber auch Herr Vued und die übrigen Leiter des Centralverbandes ihre intime Kenntnis der russischen Zollgeschichte vergessen haben sollten, ist kaum anzunehmen. Weit näher liegt die Annahme, daß sie darauf spekulieren, die Minimalzölle würden bei der Weiterberatung des Tarifs fallen und dann werde sich schon später bei den Vertragsverhandlungen das Weitere finden. Oder sie rechnen mit der Eventualität, daß später durch eine besondere Novelle zum Tarifgesetz die Minimalzölle wieder ausgeschaltet werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Januar.

Bilows Canossa.

Im Reichstage wurde die Etatsdebatte fortgesetzt. Herr Wassermaun leitete die Sitzung mit einer langen und größtenteils langweiligen zweistündigen Rede ein. Man scheint überhört gekommen zu sein, die Budgetkommission in diesem Jahre etwas zu entlasten und der Beratung im Plenum größere Etatsstellen vorzubehalten. Der nationalliberale Redner erklärte sich mit dieser geschäftlichen Verhandlung des Etats einverstanden. Mild säuselnd, wie es einem echten Nationalliberalen geziemt, erging er sich über die Chamberlain-Affaire und die Bedeutung des Dreibunds. Die schärfere Tonart betrifft ja sein Parteigenosse Hasse. Herr Wassermaun wollte offenbar bekunden, daß die nationalliberale Partei als solche an den Dreiebereien der Altsachsen nicht viel Freude empfindet und erklärte sich mit den Ausführungen des Reichsanzalters vom Mittwoch einverstanden. In der Frage der Zollpolitik vertritt Herr Wassermaun den Standpunkt der Miquelischen Sammelpolitik. Er spielte hier den freiwilligen Regierungskommissar und warnte die Agrarier vor Ueberspannung des Bogens. Mit Recht hob er hervor, daß von einem Wahlkampf für oder wider die Korngölle die Socialdemokratie den größten Vorteil haben würde. Vor einer Obstruktion warnt ihm. Er hält einen Staatsstreik im Gefolge der Obstruktion nicht für unmöglich. In der inneren Politik hat er nicht viel auszusagen. Nur Erscheinungen, wie sie in den bekannnten militär-gerichtlichen Sensationsprozessen zu Tage getreten sind, gehen selbst ihm über die Hut. Er tadelt vor allem den Ausschluß der Öffentlichkeit in den Prozessen von Röchlingen, Zisterburg und Gumbinnen.

Nachdem der Kolonialdirektor Dr. Stäbel einige polenische Bemerkungen gegen Eugen Richter wegen seiner absätzlichen Bemerkungen über den Bahnbau in Afrika gemacht hatte, brachte der polenische Abgeordnete Dr. von Dziewowski-Pomian Beschwerden gegen die chaotische Art vor, die in der Recht-

Sprechung, im Postwesen und jetzt auch auf den Universitäten gegen die Polen gelebt wird. Graf Posadowsky verwies den Beschwörer vor das Forum des Landtags. Das ist jetzt so üblich, auch am leichtesten und bequemsten.

Aus dem ruhigen Geseise kam die Debatte, als der Antisemitenhäuptling Liebermann von Sonnenberg die Tribüne bestieg und in einer langen Rede gegen England witterte. Der Minister Chamberlain beschimpfte er in hülfslosen Kraftausdrücken. Als er ihn den verruchtesten Suben nannte, den die Erde trägt, wurde er zur Ordnung gerufen.

Herr Liebermann hatte in seinem plumpen Ungeschick dem Grafen Bülow die erwünschte Gelegenheit gegeben, seine diplomatische Entgleisung vom Mittwoch zu rektifizieren. Um das zornige England zu versöhnen, wendete er sich heute mit Bravour gegen den Antisemiten und Englandhasser. Er verteidigte Herrn Chamberlain, er vries mit dem ihm eignen warmen Bräustön das englische Heer. Der Reichszangler hat inzwischen vermuthlich eingesehen, daß er — verkehrtlich auf Granit gebissen hatte.

Dürsten die Agrarier so reden, wie es ihnen ums Herz ist, so hätte der folgende Redner, Herr Hertel, wohl dem wieder englischbegeisterten, renigen Zangler bös heimgeleuchtet. Aber die Verbarg Herr Hertel sein wunderbares Voreerz und verzichtete darauf, den Reichszangler auf seinem Rückzug vor der Stimme des Auslandes hinzuweisen. Er begnügte sich damit, in sanften parlamentarischen Formen seine Gefühle gegen Chamberlain und England zu äußern, ohne von den schnellen Wandlungen des Grafen Bülow ungar zu sprechen. Im übrigen äußerte sich Herr Hertel lang- und kurzatmig zugleich über den Zolltarif und die Wörseureform, über die Finanzreform und die Besteuerung von Bier und Tabak. Die gründliche Beratung des Zolltarifs mag der Bänderführer nicht leiden, dafür sündigt er im Namen seiner Partei Obstruktion an, falls die Regierung es wagen sollte, eine den Agrariern nicht genehme Wörseureform-Vorlage einzubringen. Gegen direkte Steuern ist seine schöne Seele entschieden eingenommen, die Junker zahlen die heutigen direkten Steuern nur dann, wenn sie sich gar nicht denken können, gegen neue direkte Steuern wehren sie sich heftig bis zum letzten Blut- und Fetttropfen. Dafür werden sie seiner Zeit sorgfältig prüfen, ob eine Mehrbesteuerung der Bier- und Tabaksteuer angängig ist. Ueber den Dreißund denkt Herr Hertel noch despektierlicher, als Graf Bülow. Er ist ihm eigentlich nur volkswirtschaftlich wertvoll, er nennt ihn dekorativ und sucht Italien und Oestreich klar zu machen, daß sie allein Ursache haben, Gott dafür zu danken, mit uns verbündet zu sein.

Es war nach der Hertelschen Rede beinahe 1/27 Uhr geworden. Nach persönlichen Bemerkungen wurde die Debatte vertagt. Nebel wird Sonnabend der erste Redner sein.

Nationaler Hundung.

Während noch die gesamte bürgerliche Presse — wo es einen Hundung giebt, ist sie immer einig — in dem Entzücken schwelgt, daß unser Graf Bülow, ein Held und Diplomat, es dem Chamberlain einmal ordentlich gegeben habe, hat der deutsche Reichszangler bereits über Erwarten schnell den von uns gestern angekündigten Cauchgang angetreten. Er hat im Reichstag Ruhe gefasst, Chamberlain verteidigt und das englische Heer gepriesen. Herrn Liebermann von Sonnenbergs Handwörterchen hatten dem so überaus klugen Grafen es allerdings leicht gemacht, von seinem plötzlichen Flug in das alldeutsche Entrüstungswallhall auf diese Berliner Erde zurückzukehren, auf der man in möglichen Kreisen trotz alles Voerentluts gegenwärtig dem englischen Stauff eifrig obliegt.

Graf Bülow hat am Freitag in aller Form seine Anmerkungen vom Mittwoch widerrufen, die in der That nur ungewollte Entgleisungen waren. Herr Chamberlain triumphiert über den Grafen Bülow; er wird und muß als Sühne den Schwarzen Adler erhalten.

Mit diesem Ausgang hat nun die von der gesamten Bourgeoisie gespielte nationale Entrüstungsspoße den höchst gesteigerten Aktzklus lächerlichen Hundungs erreicht.

Die antisemitisch-alldeutsche Entrüstung des Herrn Liebermann hat wenigstens einigen Sinn. Er ist der Ueberzeugung, daß die Engländer wie Mörder und Räuber in Südafrika haufen, daß dort keine Soldaten kämpfen, sondern Gesindel. Wenn man das glaubt, gut, dann darf man den Vergleich des englischen Heeres mit dem deutschen von anno 1870 als eine Beleidigung empfinden.

Was aber hat Graf Bülow dem Herrn Chamberlain vorzuwerfen, da er doch der Meinung ist, daß die Vorwürfe gegen das englische Heer zurückzuweisen seien. Was hat er sich bei seiner Granit-Beisprache gedacht? Durch welche Anmerkungen soll Chamberlain die deutsche Ehre gekränkt haben?

Englische Blätter behaupten nicht nur, daß die ursprünglich nach Deutschland gemeldete Lesart der Edinburger Rede Chamberlains eine Fälschung gewesen sei, sondern daß auch die deutsche Regierung darüber unterrichtet worden sei, was Chamberlain wirklich gesagt habe. Nützlich habe der britische Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, die Aufmerksamkeit des Berliner Auswärtigen Amtes auf die böswilligen Verdrehungen gelenkt, die man in Deutschland über Chamberlains Rede verbreite, um die englandfeindliche Bewegung zu schüren.

Chamberlain will in Wahrheit nur gesagt haben, das britische Heer habe, wenn überhaupt, so durch zu große Milde gefehlt, und es könne daher schärfere Maßregeln in Anwendung bringen, ohne die von anderen zivilisierten Armeen gesehten Präcedenzfälle zu überschreiten.

Dieser Hinweis auf deutsche Kriegsthaten kann doch nur für das deutsche Heer beleidigend sein, wenn man die englische Kriegsführung so ansieht wie Liebermann v. Sonnenberg. Graf Bülow war am Freitag voll Bewunderung für das englische Heer — wo steht also eine Beleidigung, wenn die deutsche und die englische Kriegsführung in Vergleich gezogen wird.

Wenn Graf Bülow im Reichstag noch befragt werden sollte, mit welcher Anmerkung dem Chamberlain eigentlich auf den Granit der deutschen Waffenehre gebissen haben solle, so wird er die Antwort schuldig bleiben müssen. Er hat eben nur der deutschen Volkstimmung gegen England eine kleine Freude bereiten wollen, ohne daß er fähig war, die Konsequenzen seiner ungeschickten Wendungen vorher zu übersehen.

Freilich, seit Mittwoch ist der Graf Bülow inzwischen von der englischen Presse und vermuthlich auch von anderer Seite belehrt worden, wie arg er getrauscht. Das englische Regierungsblatt, der „Standard“, hatte beispielsweise das Folgende geschrieben:

Der Zwischenfall, der durch Bülows Rede hervorgerufen wurde, sei keineswegs geschloßen. „Private, nicht autorisierte Angriffe auf unsre Humanität können wir ignorieren, selbst wenn sie die Grenzen des gewöhnlichen Anstandes überschreiten; aber eine förmliche, mit allem möglichen Vorbedacht geäußerte Beleidigung seitens des ersten Ministers eines fremden, und nominell freundlichen Staates ist etwas ganz anderes. Die seeländischen Döse und Kabinette haben unter Umständen schon eine viel geringere Herausforderung nicht immer

mit Geduld getragen; es muß eine Frage für Sr. Majestät Regierung sein, welche Schritte ergriffen werden sollten, um ihre Ansehung über die grobe Verletzung internationaler Höflichkeit, der wir ausgegesetzt worden sind, zu übermitteln. In der einen oder anderen Weise werden zweifellos Mittel ausfindig gemacht werden, um dem Berliner Döse anzuzeigen, daß irgend eine Gemüthung mit Recht gefordert werden muß. Wenn dies eine Spannung in den Beziehungen von zwei Mächten, die die bestmöglichen Gründe dafür hatten, auf freundschaftlichem Fuße zu bleiben, herbeiführen sollte, so würden wir dies aufrichtig bedauern; aber die Schuld dafür wird Graf Bülow, nicht England tragen. Es ist doppelt unglücklich, daß eine solche Reibung zu einer Zeit entstehen dürfte, wo der Prinz von Wales im Begriff war, dem deutschen Kaiser einen Besuch abzustatten, und in einem Jahre, wo dieser Herrscher wie der Empfänger britischer Gesandtschaften werden soll. Wir können nur hoffen, daß die deutsche Regierung eine mit Eumlichkeit schnelllebig und befriedigende Abhilfe leisten wird. In der gegenwärtigen Gruppierung der europäischen Mächte ist das Wohlwollen Großbritanniens sicherlich von höchster Wichtigkeit für Deutschland. Das wird in England so stark empfunden, daß der tiefste Widerwillen herrsche, der bitteren Feindschaft, welcher die deutsche Presse Ausdruck gegeben, ungebührlichen Ernst beizulegen. Wir zögern, zu glauben, daß diese gefährliche Stimmung ihren Wiederhall in der deutschen Regierung findet oder daß jene sie sich angeeignet haben, welche die deutsche Politik leiten. Wenn diese Ueberzeugung uns aufgedrungen werden sollte, dürfte sie überaus nachtheilige Folgen haben für die Interessen eines Landes, das so vielen wirtschaftlichen und politischen Zufällen ausgegesetzt ist, wie sie Deutschland beständig bedrohen.“

Die schnelle Abhilfe hat dem auch Graf Bülow bereits geleistet. Ob sie die Engländer befriedigt — ist eine andre Frage. Graf Bülow, der Granitbeißer, hat sich aber in eine Lage gebracht, über die sich in der gesamten Welt ein unaussprechliches Gelächter erheben wird. Es geht eben nicht an, die Gründe des Voerentluts zu billigen und zugleich lärmende Anmerkungen gegen ein paar Worte eines englischen Ministers zu schleudern.

Was wir von dem „inneren“ Bülow zu halten haben, darüber ist niemand mehr im Zweifel. Aber den „äußeren“ Diplomaten bewunderte noch manch einer. Auch dieser Rindus ist nun sehr zerfloßen. Der Mann ist auch hier ein Stämper. Eine Entschuldigung hat der Zangler freilich. Niemand in der deutschen Bourgeoisie hat so viel Urtheil oder doch so viel Mut, Hundung von erster That zu unterscheiden. Im nationalen Hundung sind — um ein Wort Eugen Richters zu variieren — in der That alle bürgerlichen Parteien einig.

Die internationale Socialdemokratie brandmarkt den infa men Voerentluts, wie alle Feudel an der Kultur; über Herrn Chamberlain zu zeteren, überläßt sie denen, die heute lähne Worte wollen und morgen demüthig sie widerrufen. —

Die Abbröckelung.

Paris, 9. Januar. (Eig. Ber.) Das Ihnen bereits bekannte Ergebnis des Referendums über Millerand hat soeben als erste unabweisliche Folge die Trennung der Allemanisten („Revolutionäre-Sozialistische Arbeiterpartei“) vom Generalkomitee hervorgerufen. Das Referendum hatte gezeigt, daß die im Komitee vertretenen Organisationen mindestens zur Hälfte (27 gegen 16 Stimmen bei 11 Enthaltungen) auch in den neuesten Thaten des Kabinetts, sowie in der Beteiligung Millerands am Jarenempfang noch immer keinen Grund sehen, mit der verschollenen Lyoner Resolution noch zu brechen, die den Handelsminister „außerhalb der Partikontrolle“ gestellt hatte. Während also Millerands Anhänger bezu. die Ministerialisten im Generalkomitee selbst eine winzige Minderheit bilden (für Sévaut-Richards Antrag auf „Uebergang zur Tagesordnung“ in der Millerand-Frage stimmten nur acht Komitemitglieder), haben sie auf ihrer Seite mindestens die Hälfte der um das Komitee gruppierten Organisationen. Das Ergebnis des Referendums bedeutet ferner, daß die Resolution des Generalkomitees, die zur Zeit des Jarenempfangs die Teilnahme von Sozialisten am Jarenempfang mit der „Entwürdigung“ in den Augen des Profetarats bedroht hatte, formal für die Hälfte und thatsächlich für die Mehrheit der Organisationen ein toter Buchstabe war, eine leere Phrase, die zu keinen entsprechenden Handlungen verpflichtete. . .

Es liegt nun auf der Hand, daß die von mir bereits besprochenen Umstände, welche ohnehin dazu führten, daß das Generalkomitee von der öffentlichen Meinung für die antiproletarischen und antisocialistischen Handlungen des Ministeriums verantwortlisch gemacht wurde, jetzt nach der Reklamation Millerands in der Abstimmung erst recht die Situation der „Französischen Sozialistischen Partei“ verschlimmern mußten. Das Referendum über Millerand bot eine günstige Gelegenheit, durch eine nicht mißzuverstehende That mit dem „Socialisten im Urlaub“ endlich zu brechen. Es erfolgte aber das gerade Gegenteil. Unter diesen Umständen mußten die zentrifugalen Tendenzen innerhalb der soeben erst zusammengeleiteten Parteibildung notwendigerweise zum Durchbruch kommen.

In ihrem Manifest an die Mitglieder des Generalkomitees erklären die Allemanisten ihren Austritt nach einem Hinweis auf ihren ständigen Antimperialismus wie folgt: „Wir behaupten, daß ein im kapitalistischen Regime geduldetes Ministerium nichts sein kann als der Ausdruck, die exakte Vertretung dieses Regimes. Einen der Unfrischen in dieses specielle Milieu einführen heißt ihn zum Mitschuldigen oder zum Geplekten machen. Anseits haben wir Herrn Millerand niemals für einen Sozialisten gehalten. Es ist jetzt für jedermann bewiesen, daß wir recht hatten. Alles beweist das: seine Solidarität mit seinen Kollegen vom sogenannten Ministerium der republikanischen Verteidigung, die in allen Streiks sich spontan gegen die Arbeiter wenden, die ein hiesigen mehr Brot und Freiheit verlangen; seine Gleichgültigkeit gegenüber den ärmlichen und armenischen Regelen; seine Nachlässigkeit in der Bekämpfung des Hebermutes der Soldateska; seine Schwächlichkeit gegenüber den Rationalisten, die unsre schwachen Mitbürger verblöden; endlich als Krönung dieser ministeriellen Laufbahn die mehrfachen Verfolgungen der sozialistischen Presse und seine Mitschuld an den Inzornen gegen die Lehrer und Professoren, die anders denken als Herr Legues (der Unterrichtsminister).“ Hieran wird auf das Referendum über Millerand verwiesen: „Das Generalkomitee hatte im voraus diejenigen gebrandmarkt, die sich dem Jar beigesellen würden. Jetzt aber, wo dieses Urtheil angewendet werden soll, ähneln man, schwankt man und schließlich scheidet man davor zurück. Man stellt uns den Uebergang zur Tagesordnung entgegen, das trifft uns ins Herz. Wir lieben eine klare Situation, daher verlassen wir das Generalkomitee. . .“ Sodann wird noch die „Schwächlichkeit“ des Komitees gegenüber den sozialistischen Deputierten hervorgehoben, die die China-Expedition beglückwünscht haben (das Komitee hat vorläufig die Befragenden nur geladelt, ohne ihren Anschluß aus der Partei zu deantagen.)

Die Ausgetretenen denken aber nicht daran, der queddistischen-Blanquistischen „Einigkeit“ beizutreten; ihre „Würde“ verbietet das ihnen, weil sie dort „allzuviel aus ihren Reihen verjagte Leute“ antreffen würden. Dingen haben sie ein die autonomen Föderationen, sich mit ihnen zu einem „interföderalen Komitee“ zusammenzuschließen, dessen Zweck wäre, die sozialistische Propaganda auf einem ausgesprochenen sozialistischen und revolutionären Boden ansrecht zu erhalten.“ Zum Schluß wird die Forderung ausgedrückt an-

den Triumph unsrer sozialistischen Ideen auf dem Wege der in den autonomen Föderationen zusammengefaßten gewerkschaftlichen Organisation“, und zwar „vermittelst des Generalstreiks“.

Der Austritt der Allemanisten, die im Generalkomitee hoh durch drei Delegierte (unter 48) vertreten waren, hat zwar numerisch eine kleine Bedeutung, aber seine moralische Bedeutung ist nicht zu unterschätzen, da die Allemanisten die einzige der alten revolutionären Sonderorganisationen waren, die noch dem Komitee angehörten. Andererseits haben 13 weitere Komiteemitglieder, Vertreter autonomer Föderationen beschloßen, ein Manifest wegen des Ergebnisses des Referendums zu veröffentlichen und im Komitee nur vorläufig, bis zum Kongreß von Tours zu verbleiben. Von diesem Kongreß wird es also abhängen, den Abbröckelungsprozeß anzuhalten oder aber ihn zu beschleunigen.

So viel ist jedenfalls klar, daß die „Revolutionäre Sozialistische Einigkeit“ der Queddisten und Blanquisten noch mehr als bisher zum Angehungspunkt der zerplitterten sozialistischen Kräfte Frankreichs werden wird. —

Deutsches Reich.

Zoll-Tariffen.

Der vom Centrum (Dr. Heim und Genossen) eingebrachte Antrag, der den katholischen Arbeitern den Brot- und Fleischwucher schmackhafter machen soll, will folgenden § 11a in das Zollgesetz einfügen: Ueber denjenigen Ertrag der Zölle aus den nach dem Tarifstellen 1, 2, 3, 4, 102, 103, 105, 106, 107, 132, 133, 134, 160 und 163 zu verzollenden Waren, welchen den Durchschmittsertrag der Zölle aus den nach dem Tarifstellen 1a, 1b, 2a, 2b, 2c, 2d, 2e, 2f, 2g, 2h, 2i, 2j, 2k, 2l, 2m, 2n, 2o, 2p, 2q, 2r, 2s, 2t, 2u, 2v, 2w, 2x, 2y, 2z des Zolltarifs vom 24. Mai 1885 zu verzollenden Waren nach dem Ergebnis der Jahre 1895 bis 1902 übersteigt, ist durch ein besonderes, spätestens bis zum 1. Januar 1910 zu verabschiedendes Gesetz zur Erleichterung der Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung Bestimmung zu treffen.

Was zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes sind diese Mehrerträge für Rechnung des Reiches anzuschauen und verzinslich anzulegen.

Im Schlußsatz des § 12 soll vor den Worten „so lange in Wirksamkeit bleiben“ eingeschaltet werden: „abgesehen von der sich nach § 11a dieses Gesetzes ergebenden Aenderung“.

Der Antrag besagt, daß alle Zollerträge aus Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Futter, Fleisch, Käse, Mehl, Mästenfabrikate, Eier, Schmalz, sowie Gänzen und sonstigen lebenden Federvieh, die nach Annahme des von der Regierung vorgelegten Entwurfs den Durchschnittsbetrag übersteigen, der bisher aus den Zöllen für diese Artikel erzielt worden ist, zur späteren Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung verwendet werden sollen.

Nach der deutschen Reichsstatistik betragen im Jahre 1899 die Zollerträge aus diesen Artikeln 120,6, im Jahre 1900 hingegen 127,5 Millionen Mark. Die Frage ist nun, welcher Ueberschuß über diese Beträge hinaus ist nach Annahme des Tarifs zu erwarten. Gegen wir der Berechnung die Einnahmen an Grund, die im Jahre 1900 von den vorgenannten verschiedenen Waren in das Zollgebiet bezu. in den freien Verkehr eingeführt sind, und nehmen wir ferner an, daß für Roggen, Weizen, Gerste und Hafer die im § 1 des neuen Zolltarifs festgesetzten Minimalzölle zur Anwendung gelangen, für alle andern Artikel aber die allgemeinen Zölle des Entwurfs mit genau denselben vertragmäßigen Reduktionen, wie sie der jetzt geltende Zolltarif enthält, so ergibt sich als Gesamtertrag aus sämtlichen im obigen Antrag genannten Tarifpositionen die Summe von rund 195 Millionen Mark. Jedes ist auf die nach Abzug des Ertrages von 1900 verbleibende Summe von ca. 68 Millionen Mark in seinem Fall zu rechnen. Die Folge der im Tarif festgesetzten Zollerhöhungen würde unbedingt sein, und von der Regierung wie von den Agrariern wird gerade dieser Erfolg als eigentlicher Zweck bezeichnet, die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zurückzudrängen, teils durch eine Einschränkung des Konsums, teils durch Erweiterung des einheimischen Getreideanbaus und vermehrter Viehhaltung. Die Agrarier sprechen sogar von einer vollständigen Dedung des einheimischen Getreide- und Fleischbedarfs durch die deutsche Landwirtschaft. Davon wird nun in keinem Fall die Rede sein, wohl aber von einer gewissen Verengung der Einfuhr. Veranschlagen wir diese Abnahme nur auf 25 Proz., so sind von dem obigen Zollertrag von 195 Millionen Mark circa 40 Millionen abzuziehen, so daß der Gesamtertrag sich etwa auf 145 Millionen Mark und der für die Witwen- und Waisenversorgung übrig bleibende jährliche Ueberschuß auf noch nicht 20 Millionen Mark stellen dürfte. Und auf diese Summe, die, per Kopf der Bevölkerung berechnet, etwa einer Rückvergütung von 40 Pfennigen entspricht, glaubt das Centrum dem Arbeiterkassenrat Vollen ausfaden zu können, die ungeachtet ebenso viel in Marktlücken ausmachen. Die Arbeiter müssen per Kopf mindestens 40 Pf. an Zollertrag leisten, dafür erhalten ihre Witwen und Waisen laun 40 Pf. zurück — von welchen 40 Pf., sofern sie in Brot umgesetzt werden, nun auch wieder der Zollertrag abgezogen werden muß.

Die Socialpolitik der Jesuiten!

Ein Brotwucherer.

Eine Mitteilung, die sehr bezeichnend ist für den geistigen Stand gewisser Reichstags-Abgeordneter für Brotwucher, bringt das „B.“ aus Wilhelmshaven. Es wird geschrieben:

Der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Dr. Semler hielt am 7. Januar eine nationalliberale Wählerverammlung in Wilhelmshaven ab; dieselbe war von mindestens 600 Personen besucht. In dieser Versammlung erklärte Herr Dr. Semler, daß er für den Zolltarif eintreten werde, und begründete seine Stellungnahme unter andern auch damit, daß die deutsche Landwirtschaft durch die Ermäßigung des Hünsmark-Bolles, der von 1879 an bestanden, an den sich die Landwirtschaft in dieser Zeit gewöhnt habe, sehr schwer geschädigt worden sei. Es sei daher nur eine That der Gerechtigkeit, wenn man ihn den Satz, den sie länger als ein Jahrzehnt besessen habe, wieder eintäume. Nun mache man dagegen wohl sociale Bedenken geltend, und er wolle auch ohne weiteres zugeben, daß eine Erhöhung der Getreidezölle die Lebenshaltung der Arbeiter verteuern müsse, aber diese Vertuerung sei zu ertragen. Denn mit dem Ende der vierziger Jahre habe, wie jeder wisse, die Lebenshaltung der Arbeiter sich stetig gehoben; wenn der Arbeiter also dann als schon den Hünsmark-Zoll tragen konnte, dann wird er jetzt erst recht dazu im Stande sein. . .

In der nun folgenden Diskussion wandte sich als erster Redner Herr Dursthoff-Oldenburger gegen die Ausführungen des Herrn Dr. S., wobei er ihn auf den ihm bezüglich des Roggenzölles unterlaufenen Irrtum aufmerksam machte. Anm. oder hatte Herr D. seine Rede beendet, als der Vorsitzende, Herr Bürger-Vorsteher Wittber, sich erhob und erklärte, zur Diskussion vorzutreten, was man von den Ausführungen des Herrn D. zu halten habe, wolle er folgendes mitteilen: Herr D. habe ihren Reichstags-Abgeordneten des Jretums bezichtigt. Nun sei aber Herr Dr. S. zufällig in der glücklichen Lage, den amtlichen Zolltarif von 1879 bei sich zu haben, und in diesem Tarif siehe, wie er hiermit ausdrücklich bezeugen wolle, daß die Angabe des Herrn Abgeordneten vollständig richtig sei, und daß der Roggenzoll damals thatsächlich 5 Mk. pro 100 Kilogramm betragen habe. Er überlasse es Herrn D. durch Einsicht in den auf dem Vorstandstisch niedergelegten Zolltarif sich zu belehren.

Dieser Aufforderung kam Herr Dursthoff natürlich sofort nach und versuchte den Herren klar zu machen, daß das Zolltarif-Gesetz, das sie in Händen hätten, wie auch die Aufzählung deutlich zeige, bereits alle die Abänderungen berücksichtigt, die seit 1879 getroffen worden seien, und daß doch speziell die Getreidezölle 1885 und 1887 eine Erhöhung erfahren hätten. Aber es

war umsonst, von einer solchen Erhöhung schien keiner der Herren etwas gehört zu haben. Auch die Thatsache, daß dieser „Zolltarif von 1870“ bereits die heutigen Handelsvertragslage enthielt, vermochte sie nicht zu überzeugen, sie blieben vielmehr bei ihrer Meinung und verlangten sogar, Herr D. möge nunmehr seinen Irrtum eingestehen und revidieren. Daß Herr Dursthoff aber natürlich nicht, sondern er erklärte nunmehr unter dem Beifall der Versammlung:

„Auf die Sache selbst wollte er nicht weiter eingehen, da wohl, außer diesen beiden Herren, jeder in der Versammlung wisse, daß er recht habe. Er wolle deshalb nur folgendes bemerken: Wenn der Herr Vorsitzende von diesen elementarsten Dingen, die jedes Kind kenne, keine Ahnung habe, so wolle er dies allenfalls hingenommen lassen, obgleich auch das schon ein sehr starkes Stück sei; wenn aber ein Reichstags-Abgeordneter, von dem man verlangen könne, daß er sich seit Monaten mit dieser schwerwiegenden Frage der Getreidezölle aufs allergründlichste beschäftigt habe, und der hierher komme, um seine Wähler über diese Frage aufzuklären, wenn, sage er, ein Abgeordneter eine derartige ungläubliche Unkenntnis vertrete, dann habe er dafür eben einfach keine passende Bezeichnung!“ (Stürmischer Beifall.) —

Der Etat des Ministeriums des Innern.

Der neue Etat erfordert erhebliche Mehrausgaben für Zwecke der Polizei. Namentlich sind an Mehrausgaben vorgesehene 79 243 M. für die landräuliche Verwaltung, 549 849 M. für die Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung, 536 802 M. für die Polizeiverwaltung in den Provinzen, 101 144 M. für die Landgendarmerie, 162 036 M. allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei und 198 936 M. für die Strafanstalts-Verwaltung. In letztgenannter Summe sind enthalten 24 000 M. zur Förderung der Fürsorge für die aus der Strafkast und der Fürsorge-Erziehung Entlassenen. Dieser Fonds soll sowohl für die aus den Anstalten der Verwaltung des Innern als auch für die aus den Justizgefängnissen entlassenen Strafgefangenen verwendet werden, und steht die Verfügung über den Fonds den Ministern des Innern und der Justiz gemeinsam zu.

Die Dienstaufwandsentschädigung der Landräte der Kreise Niederbarnim und Teltow sowie des Kreises Essen soll um 10 000 bezw. 7000 und 5000 M. erhöht werden, da die Bewältigung dieser Kreise wegen der räumlichen Ausdehnung, der starken fluktuierenden Bevölkerung und der hochentwickelten Industrie Anstöße erfordert, welche aus der bisher den Landräten aus der Staatskasse gewährten Vergütung nicht mehr bestritten werden können. Ferner erscheint es, wie die Erläuterungen zum Etat hervorheben, im öffentlichen Interesse geboten, die drei Saarstädte Saarbrücken, St. Johann und Raiffath-Burbach einer einheitlichen königlichen Polizeiverwaltung zu unterstellen. Diese Städte, deren Bevölkerungsziffer nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 insgesamt 75 695 beträgt, sind nicht nur baulich, sondern auch hinsichtlich der wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse aufs engste miteinander verschmolzen. Sie bilden den natürlichen Mittelpunkt des Saargebietes. Der hierdurch bedingte Zugang aus allen Teilen des Reichs und vom Auslande her sowie ferner die wegen der Bescheidenheit der Behördenorganisation und der Befehlsgewalt in den Nachbarstaaten besonders schwierigen Grenzverhältnisse, der Schiffsverkehr aus Lothringen und Frankreich auf der kanalisiertesten Saar, die Ueberwachung der Spionage, die Kontrolle der Vieheinfuhr bieten eine Reihe wichtiger polizeilicher Aufgaben, deren ordnungsmäßige Erfüllung bei der gegenwärtigen Dreiteilung der Polizeiverwaltung sich als unzulänglich erwiesen hat. Es erscheint daher die Vereinigung der Polizeigewalt in einer Hand zum Zwecke einer energischen Handhabung nach einheitlichen Gesichtspunkten dringend geboten. Die Leitung der königlichen Polizeiverwaltung soll dem Landrate des Kreises Saarbrücken im Nebenamte übertragen werden.

Die Dienstaufwandsentschädigung für die Kriminalassistenten in den Provinzen wird von 100 auf 200 M. erhöht; zur Anmietung von Wohnungen für Gendarmereiamtschaften in den kleinsten Industriebezirken werden 20 500 M. zugeordnet; bei den Strafanstalten in Berlin und in Köln soll je ein zweiter Arzt mit einem Gehalt von 800 M. angestellt werden, da der eine Arzt jetzt schon durch die Tätigkeit bei der Juren-Abteilung fast vollständig in Anspruch genommen ist.

Letztes an der Zolltarif-Kommission. Bei der ersten Lesung des Zolltarifs im Plenum hatte der Abg. Gamp dem Socialdemokraten Mollenhuth ein schuldloses Gut von 50 Vektoren in liebenswürdiger Weise zum Geschenk angeboten. Er hatte hinzugefügt, Herr Mollenhuth könnte außer seinen parlamentarischen Fremden auch noch die Mitglieder der Freiwirtschaftlichen Partei zur Bewirtung des Gutes heranziehen; bei der Not der Landwirtschaft und der angeblichen geringen Sachkenntnis der oppositionellen Abgeordneten würde kein Reinertrag aus diesem Gute herausgewirtschaftet werden. Auf diesen Scherz wurde in der Zolltarifkommission am Donnerstag zurückgegriffen.

Das im Monde liegende Gut ist durch Cession von Mollenhuth an den Abgeordneten Stadthagen abgetreten worden und dieser erinnerte in der Kommission Herr Gamp an sein Versprechen. Herr Gamp war natürlich bereit, hinter seinem Worte zu stehen. Aber nun ersuchte Stadthagen die Kommission dringend, die Beratung des Zolltarifs so lange zu vertagen, bis er ein Jahr lang das Gut bewirtschaftet habe und von seinen Erfolgen berichten könne.

Dieser Vorschlag wurde mit großer Heiterkeit aufgenommen. Herr Gamp und seine agrarischen Freunde wollten davon freilich nichts wissen, und aus der Schenkung wird unter diesen Umständen nichts werden. Sie witterten hinter dem Vorschlag schon schwarze Obstruktionsgedanken, während er doch nur ein Preidien für die Gründlichkeit ist, mit der sich die Opposition um ihre Belehrung und um die sorgfältige Prüfung des dießjährigen Entwurfs bemüht.

Bundesratsmitglieder nahmen an der gestrigen Sitzung der Kommission nicht teil, dagegen waren viele der Kommission nicht angehörige Abgeordnete als Junggäste erschienen. Heiterkeit ergab es, daß an der rechts vom Vorsitzenden für die Bundesratsmitglieder referierenden Seite des Tisches, einer dieser Junggäste und zwar Herr Dr. Diederich Hahn, Platz genommen hatte. Er wurde mehrfach gefragt, ob der Bund der Landwirte von seinen Mehrforderungen abgelassen und ihn als freiwilligen Regierungskommissar bestellt habe.

Der Verbrauch von Saccharin ist, wie das Centralblatt der Zuckerindustrie wohlgenügend berichtet, in ständiger Zunahme begriffen. Während 1895—96 in drei Fabriken 33 828 Kilogramm Saccharin fabriziert wurden, sind 1900—1901 in sechs Fabriken 189 734 Kilogramm hergestellt worden. Die Einfuhr, die im Jahre 1899—1900 16 770 Kilogramm betrug, ist in 1900—1901 auf 53 600 Kilogramm gewachsen, die Ausfuhr von 64 200 Kilogramm auf 40 200 Kilogramm gefallen! Demnach belief sich der Inlandsverbrauch im Jahre 1899—1900 auf 111 933 Kilogramm, im Jahre 1901 fast auf das Doppelte, nämlich auf 203 134 Kilogramm.

„So haben wir es denn,“ jagt die „Deutsche Zuckerindustrie“, infolge des verfehlten Saccharin-Geleges von 1898 und infolge der Saumlässigkeit, mit der die neue Gesetzesvorlage behandelt wird, glücklich zu einem Saccharinkonsum gebracht, der einen Zuckerverbrauch von 812 536 Doppelcentnern verdrängt und der Reichskasse einen Verlust von 16 250 720 M. an Zuckersteuer sowie außerdem, da der aus dem Inlandsverbrauch verdrängte Zucker exportiert werden muß, eine Ausgabe von 2 031 340 M. für Exportprämien, mithin eine Gesamteinbuße von 18 282 060 M. verursacht.“

Die Wogenschrift der Zuckerindustriellen stellt mit diesen Darlegungen den wirklichen Sachverhalt auf den Kopf! Die Wahrheit ist, daß das Publikum 16 1/2 Millionen Mark Zuckersteuer gespart hat, indem es sich des Saccharins bediente, und außerdem noch mindestens 10 bis 15 Millionen Mark, um die das verbrauchte Saccharin billiger ist als die entsprechende Menge Zucker. Freilich repräsentiert letzterer einen bedeutenden Nährwert,

während das Saccharin nicht den geringsten besitzt. Aber für das an Steuer und billigerem Preise gesparte Geld kann man sich weit mehr Nahrung in Form von Brot kaufen, als im Zucker enthalten ist.

Wiederholt haben wir erklärt, daß wir es aus mancherlei Gründen für nützlich hielten, wenn das Volk nicht zum Saccharin seine Lust zu nehmen brauchte, sondern sich Zucker kaufen könnte. Aber wer anders verhindert dies als dieselbe Zuckerindustrie, die sich über die ungleiche Konkurrenz des Saccharins beklagt. Nicht allein durch die Steuer wird der Zucker verteuert, sondern in derselben Höhe (10 Pfennige pro Pfund) auch noch durch den Zuckerring! Trotzdem gegenwärtig eine solche Ueberproduktion von Zuckerringen und Zucker vorhanden ist, daß die Zuckerindustriellen ihn an das Vieh verfüttern, ja den Zucker vernichten wollen, indem sie ihn unter Wasser legen, treiben sie den Preis des Zuckers derart in die Höhe, daß er der ärmeren Bevölkerung unerschwinglich ist und sie seinen Verbrauch nicht steigern kann, sondern ihn einschränken muß.

Wenn die Zuckerindustriellen die Konkurrenz des Saccharins los werden wollen, so brauchen sie nur diese Preistreiber durch den Ring wie die unvernünftige Besteuerung zu beseitigen. Die Macht besitzen sie dazu! Sie wollen dieselbe aber lieber benutzen, um die Befreiung zur Beseitigung der Konkurrenz des Saccharins zu veranlassen und billigen Zucker für das Vieh zu schaffen. Die billig ohne Steuer und Kartellauflösung der Zucker heute ist, ergibt sich aus einer Berechnung, die im neuesten Heft der „Deutschen Zuckerindustrie“ Dr. Schneidewind von der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Halle a. S. aufstellt. Er kommt zu dem Resultat, daß der Zucker bei der heutigen Preislage einen Teil der Kraftfuttermittel vom Markte verdrängen kann. Die Futtermittel stellt sich für Rübengutzert 1. Produkt ohne Vergütung auf 15,9, mit Vergütung auf 13,3, für Rapsprodukte ohne Vergütung auf 18,1, mit Vergütung auf 10,3 Pfennig, während sie sich bei Gerste und Mais auf 14,4 und 14,2 Pf. stellt. In der Rube stellt sich die Zuckerwertigkeit nur auf 9—7 Pf. Die landwirtschaftliche Versuchsanstalt in Halle a. S. hat mit der Fütterung von Zucker an Vieh glänzende Resultate erzielt. Den Zuckerindustriellen ist es freilich gewinnbringender und bequemer, Prämien einzuführen — ganz wie den Spiritusbrennern — als daß sie das Rohprodukt verfüttern. Und das deutsche Volk soll sich durch die Zuckergarrieren womöglich ein Kostbareres aufzwingen lassen, das den durch die Prämienwirtschaft zur Ueberproduktion veranlaßten Zuckerindustriellen ermöglicht, sich nach wie vor die Taschen zu füllen auf Kosten der Bevölkerung, die ihren Zucker überteuer bezahlen muß.

Der Streitfall zwischen dem Präsidenten Castro und der deutsch-venezolanischen Eisenbahn-Gesellschaft soll beigelegt sein. Die Gesellschaft hatte sich bekanntlich gewehrt, Truppentransporte für Castro zu übernehmen, falls die venezolanische Regierung keine Garantien gegen eine Beschädigung des Bahneigentums gewähre. Präsident Castro hatte darauf den Verkehr auf der deutschen Bahn einstellen lassen.

Darüber, unter welchen Bedingungen die Beilegung des Konflikts erfolgte, verlautet nichts.

Der famose Goethe-Bund will sich, wie über Wien gemeldet wird, am 12. Januar auflösen.

Herr Sudermann hat offenbar von dem langen Halten des Heing-Schwertes keine Finger gekriegt. So enden bürgerliche Lustfahrten ins Land der Freiheit!

Anlässlich des Falles Feilich schreibt der „Frank. Kur.“: „Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß ein in Bayern wegen ungesühnter Behandlung von Soldaten bestraffter Offizier sofort in Preußen auf Anordnung von sehr hoher Stelle wieder Anstellung gefunden hat. Wir kennen zum Beispiel einen Rürnberger Offizier, bei welchem dies der Fall gewesen ist.“

Wissenschaft und Oeffentlichkeit. Aus Halle a. S. wird uns geschrieben: Der preussische Verfassungsgrundzug: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, wurde auch heute abend bei dem Beginn der „öffentlichen“ Vorträge des Professors Dr. Conrad über: „Die sociale Frage der Gegenwart“ recht treffend illustriert. Seit Wochen wurde angekündigt, daß Herr Prof. Conrad im Auditorium des Landesparlamentgebäudes Donnerstags von 8—9 Uhr abends acht öffentliche Vorträge für Herren und Damen über die verlockendsten Themen wie z. B. „Die Entwicklung der Arbeiterbewegung als Zeichen eines Kulturfortschritts“, „Die Lehren der Socialdemokratie“ etc. halten werde; der Preis der Billets für den ganzen Cyklus ist auf 5 M. festgesetzt. Selbstverständlich hatten sich hierzu auch Vertreter unserer Parteiblätter eingefunden, um über die nur einmal als öffentlich ausgesprochenen Vorträge, die sich direkt mit unserer Partei beschäftigen sollen, Bericht zu erstatten. Man sollte meinen, den Vertretern der Wissenschaft könne es nur recht sein, wenn ihre Lehren dem arbeitenden Volke, überhaupt der Allgemeinheit zugänglich gemacht würden. Herr Prof. Conrad bemerkte aber einleitend, daß die Vorträge allerdings als öffentlich ausgesprochen wären, jeder Bürger könne teilnehmen; aber er möchte dringend und nachdrücklich bitten, über den Inhalt der Vorträge keine Referate in die Zeitungen zu bringen. Er werde sich sonst nicht so frei aussprechen können, wie er möchte; er werde heftige Fragen zu besprechen haben und der Regierung gegenüber harte Worte gebrauchen müssen, die leicht zu Mißverständnissen führen könnten. — Wir müssen bemerken, daß wir im ersten Vortrage jedes harte Wort gegen die Regierung vermieden.

Altenburg, 10. Januar. (Privattelegramm.) Die hiesige Regierung hat, wie halbamtlich gemeldet wird, im Bundesrate den **Erlaß eines Reichs-Wohnungsgesetzes** beantragt.

Volkserzieher und Stellvertreter Gottes. Die schon einmal vertagte Verhandlung vor dem Kriegsgericht der zweiten Division in Reife gegen einen Unteroffizier Hansel vom 63. Infanterieregiment in Oppeln wurde vor einigen Tagen zu Ende geführt. Hansel war der Mißhandlung und Verleumdung eines Untergeordneten, des zur Zeit in Oppeln sein Jahr abdienenden Lehrers Reinhold Fuchs beschuldigt. Mit ihm war der Unteroffizier Meister angeklagt gewesen, dieser wurde schon in der vorhergehenden Verhandlung freigesprochen, obwohl der Zeuge Fuchs unter seinem Eide behauptete, daß Meister geschimpft hat: „Ihr Lehrer seid dreckige Schweine!“ Zwecks weiterer Beweisnahme wurde die Verhandlung gegen Unteroffizier Hansel vertagt. Nach der ersten Beweisnahme hatte der Lehrer den Schlüssel eines Schuppens, in den er Geräte einzuräumen hatte, entgegen der Vorschrift bei sich behalten. Hansel, der den Schlüssel brauchte, nannte Fuchs ein dreckiges Schwein und gab ihm einen leichten Wadenstreich. Fuchs und noch ein anderer Soldat, der im Civilverhältnis auch Lehrer ist, beschworen ihre Aussagen, auch andre Zeugen hatten gehört, daß Unteroffizier Hansel geschimpft habe. Sie wollten nur nicht mehr wissen, was er gesagt habe. Trotzdem wurde Hansel freigesprochen. In der Begründung heißt es, daß das Verdict in die Aussagen der beiden Lehrer nicht irgend einen Zweifel setzen wolle, von der Schuld des Angeklagten aber habe es sich doch nicht überzeugen können.

Einen kapitalen Bod haben, wenn die dießbezügliche Meldung des „Mannh. Generalanzeigers“ zutrifft, die Rechenmeister der badischen Staatsbahnverwaltung geschaffen. Es habe sich nämlich herausgestellt, daß beim Abschluß der 1900. Betriebsrechnung Vorräte im Werte von nicht weniger als **4 206 697 M.** unberücksichtigt geblieben sind, so daß das früher mitgeteilte Endergebnis der Eisenbahnrechnung um mehr eine wesentliche Minderung erleide. Es steigen nämlich infolge dessen der Einnahmehüberschuss der Staatsbahnen von 17,14 Millionen auf 21,43 Millionen Mark, die Rente von 3,27 Proz. auf 4,1 Proz., während der Betriebskoeffizient von 77,3 auf 72,02 Proz. fällt. So erheblich diese Entdeckung für den badischen Staatsbürger und Steuerzahler auch ist, so muß man andrerseits doch darüber klammern, daß ein derartig großer Fehler in einer geordneten Staats-

verwaltung überhaupt unterlaufen konnte. Ein privater Geschäftsbetrieb, der sich einen ähnlichen Schmeißer leistete, würde sich mit Recht den Vorwurf der unzerzehligen Schlampelei zuziehen, und jedemman würde das Vertrauen zur Leitung derselben verlieren. Die Verwaltung der badischen Staatsbahnen wird sich der Pflicht nicht entziehen können, authentischen Aufschluß darüber zu geben, aus welchen Ursachen und durch welchen Verschulden der seltsame „Rechenfehler“ entstanden ist.

Ausland.

Die sociale Schiedsgerichtsboffe.

New York, 27. Dezember. (Fig. Ver.) Die letzter Zeit von der „Civic Federation“ arrangierte Konferenz war als eine solche zwischen Vertretern von Kapital und Arbeit“ bezeichnet worden. Man hatte daher angenommen, daß in den diversen Arbeiterorganisationen bestimmte Personen gewählt worden seien, um an dieser Konferenz teilzunehmen. Es hat sich aber herausgestellt, daß dies in keinem einzigen Fall geschehen ist und auch keiner der Delegierten zur Konvention der „Federation of Labor“ einen bezüglichen Auftrag erhalten hat, überhaupt die Angelegenheit nirgends zur Vorlage gelangte. Auch auf dieser Konvention selbst kam sie mit keinem Wort zur Erwähnung. Jene auf der Konferenz erschienenen „Vertreter der Arbeit“ vertraten also in Wirklichkeit nur sich selbst; vielleicht mit Ausnahme einiger „Knights of Labor“ aus Boston, welche angeblich von den dortigen Logen des Ordens beauftragt waren, an dem Himmel teilzunehmen. Das Auftreten der Herren „Arbeitervertreter“ auf der Konferenz ist selbst von Blättern absichtlich kritisiert worden, die sonst nicht auf der Seite der Arbeiter zu stehen pflegen. So schrieb die hiesige „Evening Post“: „Nachdem die Konferenz sich vertagt hatte, drängten sich die anwesenden Repräsentanten der Arbeit vor, um Senator Mark Hanna die Hand zu schütteln. Sie machten Wunder was aus dem Senator, und ihm schien dies viel Vergnügen zu bereiten; er schmunzelte, lachte und scherzte mit fast unabhöflicher Ungelassenheit.“ Jenes „Händeschütteln“ war übrigens schon im Beginn der Konferenz zwischen Compers, Hanna und Erzbischof Ireland praktiziert worden.

Aus dem Vrausenbrei, der auf derselben zu Tage gefördert wurde (so viel davon zur Mitteilung an die Presse gelangte, da die Sitzungen geheim waren), ausführlichere Citate zu bringen, wäre des Raumes nicht wert; und nur um den Geist zu kennzeichnen, von dem die „Vertreter der Arbeit“ besetzt waren, sei angeführt, daß Compers das Vorhandensein einer „Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern“ behauptete; Sergeant („Großmeister“ der Lokomotivbeiziger-Brüderchaft) die fonderbare Post zu Tage förderte, daß, da das Kapital von der Arbeit geschaffen werde, diese von jenem abhängig sei; Eaton (Sekretär des Schuhmacher-Verbandes) erklärte, die Arbeiter hätten kein Recht, sich in die Angelegenheiten der Unternehmer zu mischen; während Phillips (Präsident des Hutmacher-Verbandes) Mark Hanna als „guten Freund der Arbeiter“ hinstellte! (Hazelton-Blaspheme Angehendens.)

Das „Resultat“ der Verhandlungen war die Einigung eines Komitees zur „Förderung des industriellen Friedens“ mit dem Titel „Industrial Department of the Civic Federation“, bestehend aus 36 Personen, wovon je zwölf aus den Reihen der Vertreter der Unternehmer, der Arbeiter und des „allgemeinen Publikums“ — als „Unparteiische“ — gewählt wurden. Die letzteren bestehen ausschließlich aus Nichtarbeitern, darunter Bischof Potter, Erzbischof Ireland sowie Expräsident Cleveland, der zwar nicht auf der Konferenz erschienen war, aber den Posten annahm. Dessen Methode der „Friedensvermittlung“ zwischen Kapital und Arbeit ist noch von Anno 1894 her criminalisch, als er, trotz des Protestes des Gouverneurs Albigel, Bundesstruppen nach Chicago schickte, um den Sympathie-Streik der Eisenbahn-Arbeiter für die Pullman-Streiker zu „lösen“. Seit Ablauf seines Präsidentschafts-Termins ist er Teilhaber einer Abolaten-Firma, die fast ausschließlich die Interessen großer Korporationen vertritt. Dieses Komitee, als dessen Vorsitzender der Präsident des großen Stahlwerks, der U. S. Steel Corp., Schwab gewählt wurde, soll die Aufgabe haben, Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern auf friedlichem Wege zu sühnen. Und da dem Komitee nicht einmal die Befugnisse zuzuflehen, wie der in einer Reihe von Staaten eingeführten Staats-Schiedsgerichten, so liegt auf der Hand, daß seine Erfolge nach geringfügiger sein müssen. Das heißt, so weit die Differenzen im allgemeinen in Betracht kommen. Wo es sich um solche zwischen den großen Korporationen und deren Arbeiter handelt, welche letztere „Vertreter“ im Komitee haben — nun, da werden wir wohl noch wunderbare Dinge erleben! Das schönste bei der Sache ist, daß den Organisationen der letzteren — wenigstens nach der Ansicht Compers — das Resultat der Konferenz nicht zur Abstimmung unterbreitet werden soll! Er erklärte, dieselben seien mit der von der Civic Federation inszenierten Bewegung einverstanden, „sonst hätten wir ihnen dieselbe nicht empfohlen“!

Das hiesige großhospitalische Blatt „Sun“ hatte Mark Hanna beglückwünscht zu seiner „neuen Rolle als Vorsitzender des industriellen Friedens“, woran die „Volkzeitung“ die Bemerkung anknüpfte: „Die Gewerkschafts-Beamten, die es so eilig hatten, sich an den „ehrenwerten“ Herrn Hanna heranzudrängen, um ein halbdolles Lächeln, einen herablassenden Händedruck von dem Mächtigen zu erhalten, könnten, wenn sie der Belehrung zugänglich wären, aus diesem Lob der „Sun“ herausfühlen, daß sie die **Eingekerkerten** sind.“

Frankreich.

Minderertrag der indirekten Steuern. Die gesamten indirekten Abgaben haben im Jahre 1901 einen Minderertrag von 111 Millionen Frank gegenüber dem Budgetvorschlag ergeben. Davon entfallen 31 Millionen Minderertrag auf die Zölle, da infolge der außerordentlichen reichlichen Weinernte beinahe keine Weineinfuhr stattgefunden hat. Bei den eigentlichen indirekten Steuern beträgt der Minderertrag 80 Millionen infolge der Reform der Getränkebesteuerung, ferner hatte die besondere Gesetzgebung über die Zuckerbesteuerung einen Ausfall von 42 Millionen zur Folge. Der Gesamtertrag, der demnach 138 Millionen betragen würde, verringert sich durch Mehrerträge bei verschiedenen Kapiteln auf die obgenannte Summe von 111 Millionen Frank.

Belgien.

Die Schönheiten des Plural-Wahlsystems. Wie schon mitgeteilt, beginnt bei Zusammenritt der Kammer, der am 15. Januar erfolgt, der Kampf um das allgemeine einfache Wahlrecht. Das jetzt gültige Plural-Wahlssystem enthält starke Ungerechtigkeiten gegen die besitzlosen Klassen, beinahe so groß, wie unser Dreiklassen-Wahlsystem. Es gibt in Belgien 915 000 Wähler, die über nur eine Stimme verfügen und 557 000 Wähler, welche zwei beziehentlich 3 Stimmen abgeben haben. Die Wähler mit einer Stimme repräsentieren also 62 Proz. des gesamten Wahlkörpers, haben aber nicht mehr denn 41 Proz. der Stimmen, währenddem die Wähler mit mehr Stimmen 38 Proz. des Wahlkörpers anmachen, aber über 59 Proz. der Stimmen verfügen. Die Mehrzahlen argumentieren zu Gunsten des Pluralwahlsystems, indem sie sagen, daß es auf dem Besitz, auf der Familie und dem Wissen beruhe, daß diesen „Grundpfeilern“ des Staates großer Einfluß gebühre. Was die Männer des Geistes anlangt, (gelehrte Werke usw.) so befinden sich unter 42 000, die über Doppelstimmen verfügen, allein 7000 Mitglieder der Geistlichkeit. Die Familienväter sind zur Abgabe einer zweiten Stimme berechtigt, aber nur dann, wenn sie 5 Frank Steuern zahlen. Von den 705 000 Familienvätern, die in Betracht kommen, zahlen aber nur 367 000, also weniger denn 50 Proz. den verlangten Steuerfuß, der Rest kommt um seine zweite Stimme. Diese wenigen Beispiele mögen genügen, die Halslosigkeit der Argumentation der belgischen Reaktionen aufzuweisen.

Die nächsten Kammerwahlen sind auf den 25. Mai angesetzt.

Spanien.

Kunsten in Saragossa. Gestern, Donnerstagabend, wurden die Klöster von einer Anzahl Manifestanten mit Steinen beworfen; es kam darauf zwischen der Gendarmen und den Teilnehmern an der Aufrührerungen zu einem Handgemenge, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Auf einen Befehl des Ministers des Innern hat der antikerkliche Prälat seinen Posten verlassen und sich nach Madrid begeben, wo er heute eingetroffen ist. Die Verwaltung der Präfektur ist interimistisch einem höheren Offizier übertragen worden.

England.

Abermalige Vermehrung der Steuern. Der Schatzkanzler hielt am Donnerstag eine Rede, worin er erklärte, eine Vermehrung der Steuern werde wahrscheinlich notwendig werden.

Neu.

Der Streik um Riischwang.

Das „Bureau Laffan“ meldet vom 10. Januar aus Washington: Der russische Botschafter Graf Cassini hatte mit dem Staatssekretär des Auswärtigen ein Gespräch, worin der Zusammenstoß zwischen amerikanischen Matrosen und russischen Soldaten in Riischwang erörtert wurde. Wie der Vertreter des „Bureau Laffan“ aus „bester Quelle“ erfahren haben will, betrachtet die Washingtoner Regierung schon seit längerer Zeit die Lage in Riischwang als schwierig. Die Meinungen zwischen Russen und Amerikanern beschränken sich nicht auf die Mannschaften, sondern erstrecken sich auch auf die Land- und See-Offiziere sowie die konsularischen Vertreter; ihre Ursprung ist auf die Aufrechterhaltung der Befehls- und Riischwang durch die Russen nach Beilegung der chinesischen Verwickelungen zurückzuführen. Die Verwaltung Riischwangs befindet sich jetzt seit Jahresfrist in den Händen Russlands, das es trotz wiederholter Vorstellungen von englischer und amerikanischer Seite ablehnte, den Platz zu räumen. Vor kurzem nahm der russische Gouverneur, obgleich Riischwang Vertragshafen ist, auch die Gerichtsbarkeit über alle Fremden für sich in Anspruch.

Parlamentarisches.

Abg. Richter hat Vorschläge ausgearbeitet darüber, welche Positionen des Etats der Budgetkommission überwiesen werden sollen. Bekanntlich soll dies in dieser Session in beschränkterem Umfang geschehen als sonst üblich war.

Im Herrenhause hat Graf Nibach folgenden Antrag eingebracht: „Das Herrenhaus wolle beschließen, die lgl. Staatsregierung zu ersuchen, demnächst beiden Häusern des Landtags einen die Herabsetzung des Fideikommissstempels betreffenden Begehr zu unterbreiten.“

Der Boeren-Krieg.

Englischer Schwindel

ist offenbar die aus Pretoria stammende Meldung, daß die Wehrzahl der Transvaal-Boeren beschloßen habe, sich am 15. Januar zu ergeben. Daß die Regierung dieser frohen Botschaft keinen Glauben schenkt, beweist der gleichzeitig im „Amstblatt“ erfolgte Aufruf zur Anwendung von weiteren 9600 Freiwilligen für Südafrika.

Lord Rithener berichtet, daß die Boeren sich immer noch große Quantitäten Munition aus Europa verschaffen und verlangt größere Vorsichtsmaßregeln an der südafrikanischen Küste.

Partei-Nachrichten.

Die Erfurter Tribune sucht bekanntlich einen ersten Redacteur. Aus der Mitteilung in gestriger Nummer unseres Blattes ist zu ersehen, daß dem bisherigen Inhaber dieser Stellung, Genossen Grünwald, gekündigt worden ist, weil er eine Reichstags-Kandidatur angenommen hat. Wir können es wohl verstehen, daß ein kleines finanziell schlechtgestelltes Blatt in schwierige Verhältnisse kommen kann, wenn ein Redacteur durch Ausübung eines parlamentarischen Mandats seiner Redaktionsstätigkeit entzogen wird. Solche Schwierigkeiten müssen bedacht und bei der Anstellung schon in Erwägung gezogen werden. Geht ein Redacteur bei der Anstellung die Verpflichtung ein, während seiner Stellung kein parlamentarisches Mandat zu übernehmen, dann gut. Aus der gestern mitgeteilten Erklärung Grünwalds war darüber nichts zu ersehen. Heute liegen weitere Erklärungen zur Sache vor. Der Vorsitzende der Preßkommission veröffentlicht folgende Erklärung, in der es heißt:

„Den Grund der Kündigung giebt der Genosse Grünwald richtig an, er verzicht oder unterläßt jedoch dabei mitzuteilen, daß er bei seinem Engagementsabfchluß auf die von der Preßkommission gestellte Bedingung, nach welcher der leitende Redacteur unseres Blattes eine Kandidatur nicht annehmen soll, einging. Nur durch die Annahme dieser Bedingung wurde das Engagement vollzogen.“

Demgegenüber erklärt jedoch Grünwald, daß diese Darstellung nicht richtig sei; er sei keine solche Bedingung eingegangen. Der Beschluß der Preßkommission, daß er als Redacteur gewählt sei, sei ihm durch den Geschäftsführer zugleich mit den gestellten Bedingungen mitgeteilt worden. Darin sei von einer möglichen Kandidatur keine Rede gewesen. Erst nachdem er dann acht Tage später nach Erfurt gekommen sei, um Wohnung zu mieten, sei er vom Vorsitzenden der Preßkommission gefragt worden, ob er eine Kandidatur hätte. Diese Frage konnte er den Thatsachen entsprechend mit Nein beantworten. Weiter sei von der Frage der Kandidatur keine Rede gewesen. Als in der Preßkommission jetzt über die Angelegenheit verhandelt worden sei, habe er überdies Versicherungen gegeben und Konzeptionen gemacht, wonach eine Vernachlässigung des Blattes durch seine Kandidatur ausgeschlossen gewesen wäre.

Soweit die gegenseitigen Behauptungen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es nicht angehen kann, einem Parteiredacteur wegen der bloßen Annahme einer Kandidatur seine Stellung zu kündigen, wenn das nicht eine zweifelhafte Bedingung seines Anstellungsvertrages gewesen ist. Wir würden es sogar nicht einmal billigen können, solche Bedingung ohne weiteres bei der Anstellung zu stellen. Es müßte immer noch dabei in Rücksicht gezogen werden, ob mit der Annahme einer Kandidatur eine Schädigung des Blattes verbunden ist. Davon kann aber wohl im vorliegenden Fall zur Zeit wenigstens keine Rede sein.

Der Fall Opificius in Pforzheim hat einen eigentümlichen Ausgang genommen. Bekanntlich wurde Genosse Opificius vor einigen Monaten wegen „Antreue“ zu drei Monaten Gefängnis und zum Verlust seines Mandats verurteilt. Opificius hatte sich als Vorstand eines Produktivvereins, Vereins eines formalen Verstopfes gegen das Gesetz schuldig gemacht. Weder hat er persönlich einen Vorteil von seiner Handlung gehabt, noch ist der betreffende Verein geschädigt worden. Das Urteil ist nun, nachdem das Reichsgericht die dagegen eingewendete Revision vor kurzem verworfen hat, rechtskräftig geworden.

Nun meldet uns unser badischer Korrespondent, daß dem Genossen Opificius die Verbüßung seiner Strafe auf Grund der Vorschriften über den bedingten Strafvollzug erlassen wird, wenn er sich innerhalb fünf Jahren keiner weiteren strafbaren Handlung schuldig macht. Das scheint den Schluß nahe zu legen, daß man sich in Regierungskreisen überzeugt habe, das Urteil stehe in keinem richtigen Verhältnis zur That. Ingleich soll aber Opificius eine Verpflichtung unterzeichnet haben, während dieser fünf Jahre kein öffentliches Amt zu übernehmen. Warum er dies gethan, dafür fehlt uns vorläufig jeder Anhaltspunkt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Kriegsdrohung der Holzindustriellen und die Antwort der Holzarbeiter.

Im weiteren Verlauf ihres Rücktritts von dem seiner Zeit mit dem Holzarbeiter-Verband abgeschlossenen Vertrage haben die Unternehmer-Organisationen in der Holzindustrie an die hiesige Verwaltung des Holzarbeiter-Verbandes das Verlangen gestellt, die Sperrn, welche zur Zeit über einzelne Tischlerwerkstätten verhängt sind, aufzuheben, da andernfalls 10 Prozent aller Holzarbeiter ausgesperrt werden würden. Die Antwort auf dies Verlangen sollte einer gestern abend abgehaltenen Unternehmer-Verammlung erteilt werden.

Aus diesem Anlaß tagte gestern abend eine Versammlung sämtlicher Vertrauensmänner des Holzarbeiter-Verbandes, auf deren einstimmigen Beschluß den Unternehmern folgende Antwort überhandt wurde: „Zur höflichen Mitteilung, daß die Leitung des Holzarbeiter-Verbandes, Verwaltung Berlin, Ihr Ersuchen, die Aufhebung bestehender, resp. Unterlassung weiterer Bekanntmachungen von Werkstatt-differenzen zu veranlassen, der Gesamtvertretung der Berliner Holzarbeiter (Vertrauensmänner-Versammlung) vorgelegt hat. Die Versammlung ist der einstimmigen Ansicht, daß sie nach wie vor zu jeder Zeit bereit ist, bei ausbrechenden Differenzen mit den pp. Vereinigungen in Verhandlung zu treten zur Beilegung dieser Differenzen; ferner, daß, da feste Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation die Werkstatt-differenzen auf ein geringes Maß reduzieren, der Holzarbeiter-Verband zum Abschluß solcher Vereinbarungen bereit ist. Andererseits ist aber auch die Versammlung der einstimmigen Ansicht, daß sie das den Arbeitern geleglich zustehende Recht sich bezüßs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen (Koalitionsrecht) nach jeder Seite hin auszuüben gewillt ist, also auch entgegen Ihrem Ersuchen alle Differenzen zur Kenntnis Ihrer Kollegen bringen werden und sie darauf verweisen, daß während der Dauer dieser Differenzen Arbeit nicht angenommen werden kann.“

In der nunmehr folgenden Besprechung der Situation vertraten sämtliche Redner mit großer Energie die Ansicht, daß sich die Arbeiter mit aller Kraft gegen das Vorgehen der Unternehmer wehren würden und daß ihnen selbst in der unglücklichsten Zeit kein Opfer zu schwer sei, um ihre Interessen und ihre Rechte energisch zu verteidigen.

Achtung, Metallarbeiter!

Bei der Firma J. Sauer, Reanderstraße, haben sämtliche Kollegen vorgenommenen Accordabzähle wegen die Arbeit niedergelegt. Die Fabrik von P. Simon, früher Jäger u. Co., ist für Schleifer gesperrt.

An die organisierten Arbeiter Charlottenburgs!

Arbeiter und Gewerkschaftsbrüder! Wir teilen Euch hiermit die in der kürzlich stattgefundenen Volksversammlung angenommene Resolution mit:

„Die heute tagende Volksversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und empfiehlt den Arbeitern Charlottenburgs, nur solche Vorbergeschäfte in Anspruch zu nehmen, wo die gelbe Kontrollkarte vorhanden und ordnungsmäßig abgestempelt ist.“

Die gelbe Kontrollkarte, die in Berlin und den Vororten die gleiche ist, haben wir mit Hilfe der Gewerkschaftskommission eingeführt.

Die grüne Karte ist ungültig. Gewerkschaftsbrüder! Unterstützt uns in unserem Kampfe um Aufrechterhaltung unserer Organisation!

Das zweite Feld im Januar muß abgestempelt sein. Die Lohnkommission.

J. A.: Bruno Schobert, Grüner Weg 63.

„Aufgehobener Schuhmacher-Lohnzart.“ Unter dieser Spitzmarke berichteten wir in Nr. 5 des „Vorwärts“ über die Beschlüsse einer Versammlung von Schuhmacher-Zunftsmeistern der Vororte. In der dort angenommenen Resolution wurde gesagt, daß gerade Mitglieder des Vereins deutscher Schuhmacher es seien, die unter dem Tarif arbeiten, und daß infolgedessen der Tarif nicht durchzuführen sei. Wie uns nun die Ortsverwaltung Charlottenburg des Vereins deutscher Schuhmacher mitteilt, hat sich die Sache gerade umgekehrt zugetragen: Die Meister haben trotz des vereinbarten Lohnzart die Löhne gekürzt und die Gesellen beschloßen, angesichts der herrschenden großen Arbeitslosigkeit nur, die Antwort auf diese schändliche Provokation nicht jetzt, sondern erst im Frühjahr zu geben. Alle Meister, welche bereits Abzüge gemacht haben oder noch machen, sollen bei dieser Wrechnung besonders ins Auge gefaßt werden.

Ausland.

In der großen Volkammeri von Verbiers sind schon seit Wochen sämtliche Arbeiter in einen Ausstand getreten. Der Diktator ist es gelungen, einen Teil französischer Arbeiter als Streikbrecher zu gewinnen. Zwischen diesen und den Streikenden ist es dieser Tage zu Zusammenstößen gekommen; einige Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Die Arbeiter einer Spinnerei in Lourecoing haben die Arbeit eingestellt; sie verlangen die Entfemung einer ehemaligen Konne, die man als Aufseherin angestellt hat.

Die Beendigung des Streiks in Barcelona, von der wir schon telegraphisch berichteten, ist durch Vermittelung des Stadtrats zu Stande gekommen. Derselbe hat den Unternehmern eine fünfprozentige Lohnerhöhung vorgeschlagen und die Ernennung einer gemischten Kommission angetragen, welche beantragt werden soll, die Arbeitsbedingungen im Ausland zu untersuchen. Diese Vorschläge sind im Prinzip von beiden Seiten acceptiert.

Sociales.

Die Steigerung der Ausbeutung in den Aufschwungsjahren.

Der amtliche Bericht über die Betriebsverhältnisse der preussischen fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen, aus dem wir gestern schon einige Mitteilungen machten, läßt einen interessanten Einblick thun in die kapitalistische Methode der Verteilung des Produktionsgewinnes. Zwar besonders überschüssig ist das nicht gemacht; der Bericht ist ja auch nicht zu dem Zwecke gemacht, solche Schlüsse zu ermöglichen. So giebt der Bericht zwar Angaben über die Ueberflüsse in den letzten zehn Jahren und auch über die Arbeiterzahl; er giebt aber keine Auskunft über die gesamten Einnahmen dieser Zeit, überhaupt keine ordentliche kaufmännische Abrechnung, so daß man nicht nachprüfen kann, wie die Unkosten zusammengesetzt sind. Daß eine solche Nachprüfung das Resultat möglicherweise noch sehr stark verändern könnte, geht daraus hervor, daß wir voriges Jahr aus denselben Berichten an einer Einzelmitteilung nachweisen konnten, daß erhebliche Summen für Grundstückskäufe in die Unkosten mit eingerechnet wurden. Auch über die Gesamtsumme der gezahlten Löhne ist keine Zusammenstellung vorhanden und ebenso wenig eine ordentliche Rentabilitätsberechnung, wie sie z. B. die belgische Statistik giebt. Es sind nur eine Anzahl Einzelangaben vorhanden; der Versuch, sie zu einem Ganzen zu vereinigen, erwies sich als hoffnungslos.

Aber ein Bild hinter die Coullissen ist immerhin möglich. Wir haben die Gesamtsumme der dar in die Staatskasse geflossenen Ueberflüsse und ebenso die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter seit 1891. Es wird ferner der mittlere reine Arbeitsverdienst eines Arbeiters (einschließlich der Aufseher) für die letzten 10 Jahre auf den Werken in Saarbrücken angegeben. Da diese Werke immer weit über die Hälfte der fiskalischen Berg- und Hüttenarbeiter beschäftigen, so sind ihre Verhältnisse maßgeblich. Danach betragen:

Jahr	der Ueberflüsse pro Kopf des Arbeiters auf allen Werken	Kohlenpreise in Saarbrücken pro Tonne	der mittlere reine Jahresverdienst eines Arbeiters in Saarbrücken
1891	295 M.	10,80 M.	1128 M.
1892	241 „	„ 73 „	988 „
1893	273 „	„ 34 „	1039 „
1894	263 „	„ 51 „	1015 „
1895	330 „	„ 30 „	954 „
1896	372 „	„ 94 „	1058 „
1897	416 „	„ 28 „	999 „
1898	460 „	„ 53 „	1017 „
1899	648 „	10,35 „	1029 „
1900	647 „	11,99 „	1043 „

Aus dieser Uebersicht geht zunächst hervor, daß die Löhne, von deren fortwährendem Steigen die kapitalistische Presse jahrelang nicht genug zu erzählen wußte im Jahre 1900 noch sehr erheblich hinter den Löhnen des Jahres 1891 zurückblieben, obwohl die Kohlenpreise im Jahre 1900 erheblich höher waren wie 1891.

Das Jahr 1894 ist hinsichtlich der Kohlenpreise und hinsichtlich der Löhne als das Jahr des Tiefstandes anzusehen. Seit dieser Zeit stiegen die Kohlenpreise um 3,18 M. per Tonne oder um 36 Proz. Die Löhne stiegen um 128 M., das sind nur reichlich 11 Proz. Der bare Ueberfluß des fiskalischen Unternehmers liegt aber per Kopf des Arbeiters um 344 M. Die absolute Steigerung des Ueberflusses, den der einzelne Arbeiter dem Fiskus erarbeitet hat, beträgt also genau das Dreifache der Lohnsteigerung; prozentual steigerte sich der Ueberfluß pro Arbeiter um 146 Prozent. Dazu kommt, daß der Arbeiter im Jahre 1900 auch noch länger arbeitete wie 1894. Während 1894 nur durchschnittlich 283 Schichten verfahren wurden, wurden 1900 293 Schichten verfahren, so daß also die eigentliche Lohnsteigerung noch geringer ist. So ergibt auch die Uebersicht über die Schichtlöhne der Gesamtbelegschaft der Saarbrücker Werke, daß diese Löhne im Jahre 1894: 3,24 M. und im Jahre 1900: 3,56 M. betragen, also nur um 32 Pfg. oder knapp 10 Pct. gestiegen sind.

Der Segen der Aufschwunges ist also fast gänzlich ungeschmälert dem Kapital zugefallen; für die Arbeiter bedeutete der Aufschwung nur vermehrte Ausbeutung.

Der Radfahrer als Arbeiter und sein Sohn gegen Gesundheitschädigung.

In der deutschen Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege unterlucht ein Arzt, Dr. med. Proelz, die Gefahren des Dreiradfahrens (Geschäftsräder) für junge Leute. Er kommt dabei zu dem Verlangen, daß geeignete Vorschriften in dieser Arbeit unbedingt erforderlich seien und verlangt folgendes:

1. Die Verwendung von Personen unter 20 Jahren zum Dreiradfahren ist verboten.
2. Der Fahrer ist von dazu angestellten Ärzten vor Verwendung auf Kosten des Arbeitgebers oder einer Krankenkasse zu untersuchen, und sind in dem Zeugnisse speziell der Zustand der Lunge, Herz, Niere, Brustkorb, Puls, Muskulatur und Sinnesorgane positiv anzusprechen, sowie die Brustumfanglänge bei Einatmung und Ausatmung zahlenmäßig in Zentimetern anzugeben. Als Mindestmaß ist zu verlangen, daß der mittlere Brustumfang die halbe Körperlänge erreiche. Es ist anzugeben, ob der Unterriem im letzten Halbjahr länger erkannt gewesen ist. Nur wenn dieses Zeugnis günstige Umstände feststellt, ist die Fähigkeit zum Dreiradfahren als erwiesen anzusehen.
3. Vor Einstellung ist das Rad einer Untersuchung auf seine Tauglichkeit durch eine polizeiliche, sachverständige Person zu unterziehen und nach befundener Tauglichkeit mit einer Nummer oder sonstigem Zeichen zu versehen, durch welche das Rad zum Gebrauche legitimiert wird.
4. Das Rad muß auch eine Uebersetzung von nicht über 50 englischen Zoll haben. Die Treturbel muß über 18 Centimeter lang sein. Die Griffe der Lenkstange dürfen nicht unterhalb der Sattelhöhe liegen.
5. Das Gewicht des Rades darf nicht über 50 Kilogramm mit Kasten betragen; die vordere Fläche des Kastens darf nicht über 0,50 Quadratmeter groß sein und von der hinteren nicht übertrag werden.
6. Das Anbringen von Schildern zur Firmenangabe und sonstigen plastischen Verzierungen auf dem Rade und Kasten ist verboten. Zur Beklebung darf nur die Fläche des Kastens und nur mit einem Streich benutzt werden.
7. Eine Belastung des Kastens ist nur bis zu 30 Kilogramm statthaft und darf durch dieselbe keine Vergrößerung der oben genannten luftschwebenden Fläche über 0,50 Quadratmeter eintreten.
8. Der Kasten muß mittels federnden Bestells auf dem Rade befestigt sein, an dessen vor dem Fahrer, andernfalls auch zwischen Lenkstange und Fahrer kein Rahmengerüst, wie beim Herren-Dreirad sein, sondern es muß ein tiefes Gestell, wie beim Damenrad, vorhanden sein.
9. Das Rad muß mit Bremsvorrichtung und Schmutzblech versehen sein.
10. Für jedes Jahr ist die Befähigung des Rades und Untersuchung des Fahrers zu wiederholen. Letztere unter genauer Prüfung und Vergleichung oben unter 2 festgestellter Gesichtspunkte. Bei einem Zurückgehen des Allgmeindefindens (dauernd schnellerem Puls) ist die Erlaubnis zum Dreiradfahren zu versagen.
11. Dem Radfahrer ist geeignete Kleidung zum Wechseln, ein Zimmer zum Umziehen und ein am Rade zu befestigender geeigneter Umhang zur Verfügung zu stellen.
12. Rauchen auf dem Dreirad ist verboten.
13. Es ist eine Schnelligkeit unter 7 Minuten pro Kilometer nicht statthaft.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Demonstrationen Arbeitsloser.

Frankfurt a. M., 10. Januar. (W. S.) Die Demonstrationen von Arbeitslosen haben sich heute wiederholt. Ein großer Trupp junger Leute zog heute mittig über die Zeil, wo es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam. Die Polizei zog blut und trieb die Menge auseinander. Später kam es in der Kaiserstraße abermals zu einem Zusammenstoß. Erste Ausschreitungen sind nicht vorgekommen.

Wechselsäcker verhaftet.

Wien, 10. Januar. (W. L. V.) Wie die „Dest. Kredit-Anstalt“ mitteilt, wurden heute gelegentlich einer Revision der Prager Filiale der Anstalt im Portefeuille vom Vorstände der Wechselabteilung gefälschte Wechsel im Betrage von 320 000 Kronen vorgefunden. Der schuldige Beamte wurde dem Gerichte übergeben.

Zur Revolution in Paraguay.

Buenos Aires, 10. Januar. (Weldung der „Agence Havas“.) Eine Depesche aus Asuncion (Paraguay) meldet: Infolge der Präsidentenwahl ist hier eine Revolution ausgebrochen. Der Präsident hat seine Entlassung eingereicht, die vom Kongreß angenommen wurde. Es kam zu einem bewaffneten Zusammenstoß innerhalb des Kongreßgebäudes. Der Senator Jacinto Infran wurde getötet; General Caballero, die Senatoren Miguel, Corbalan, Freitas und der Deputierte Carceras wurden schwer verwundet. Der Kongreß hat den Vizepräsidenten mit der Exekutivgewalt betraut. Die revolutionäre Partei unterführt die Kandidatur von Guitermo Rios.

Die Maschine eines Zuges beschlagnahmt.

Tourenoy, 10. Januar. (W. S.) Die Maschine des heute früh 7 Uhr aus Belgien auf dem hiesigen Bahnhofe eingelaufenen Zuges wurde von der Zollbehörde beschlagnahmt. Man fand nämlich unter den Kohlen der Maschine 100 Kilogramm Tabak versteckt, welche vom Maschinenführer und Feizer eingeschmuggelt werden sollten. Beide wurden verhaftet und die Maschine zurückgehalten.

Reichstag.

114. Sitzung vom Freitag, 10. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Hr. v. Thielmann, v. Götler, Graf v. Posadowsky.

Zunächst werden die Abg. Dr. Paasche (natl.), Schmidt-Warburg (C.), Letocha (C.), Dr. Kropatsch (sonj.) und Dr. Paschke (Fr. Bg.) auf Antrag Wassermann (natl.) per Acclamation zu Mitgliedern der Reichsschuldenkommission für den Rest der Legislaturperiode wiedergewählt.

Darauf wird die erste Etat-Beratung fortgesetzt.

Abg. Wassermann (natl.):

Was die geschäftliche Behandlung des Etats anlangt, so sind meine Freunde mit einer Einschränkung der Kommissionsberatung einverstanden. Wir halten es im Interesse der rechtzeitigen Verabschiedung des Etats für angebracht, daß mehr Teile des Etats als im Vorjahre ohne Kommissionsberatung gleich in zweiter Lesung vom Hause verhandelt werden. Ich kann mir vieles von der Kritik zu eigen machen, die von den Vorrednern am Etat geübt worden ist. Die ungünstige Auffassung des Schatzsekretärs über die finanzielle Lage wird bestätigt durch das Defizit des von ihm vorgelegten Etats. Die neuen Flottensteuern haben größtenteils nicht die erwarteten Beträge geliefert, vielleicht weil die Säge der einzelnen Steuern zu hoch gewählt sind. Auch mit der allgemeinen Depression mag dieser Ausfall zusammenhängen. Die postalischen Gebühren-Ermäßigungen mußten natürlich auf den Etat der Postverwaltung ihren Einfluß ausüben; wir hoffen aber, daß die allmähliche Zunahme des Verkehrs den eingetretenen Einnahme-Ausfall wieder ausgleichen wird. Dazu kommt die Wiedereinnahme der Eisenbahnverwaltung. Ich bin mit dem Grafen Stolberg darin einverstanden, daß es sehr schwierig sein wird, größere Reduktionen in dem vorliegenden Etat herbeizuführen. Ramentlich wird dies schwierig sein in einer Zeit, in der infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit an die staatliche Beschäftigung besonders große Anforderungen gestellt werden müssen.

Ob es verfassungsrechtlich zulässig ist, Teile des ordentlichen Bedarfs durch Anleihen zu decken, hat gestern Herr Vachem ausführlich erörtert. Diese Frage wird jedenfalls noch eingehend in der Kommission geprüft werden müssen, wir dürfen uns durchaus nicht ohne weiteres auf den Boden der Zuschußanleihe stellen. — Der Wunsch des Herrn Vachem zur Sparpolitik werden wir gerne folgen. Es ist aber durchaus nicht der Fall, daß das Centrum so unerschuldig an der Vermehrung der Militärs, Marine- und Kolonialausgaben ist, wie es Herr Vachem gestern behauptete. Wir freuen uns im Gegenteil, daß wir Schulter an Schulter mit dem Centrum für diese nationalen Aufgaben eintreten konnten. — Jedenfalls ist es Aufgabe der Regierung, auf Mittel und Wege zu sinnen, um dem unhaltbaren finanziellen Zustande ein Ende zu machen. Auch Herr Vachem wird dem Gedanken der Reichsfinanzreform näherzutreten müssen. Die Clausula Francenstein ist durchaus keine Konsequenz des föderalistischen Systems, wie Herr Vachem meinte.

Das Reich ist heute ein sehr lästiger Kostgänger der Einzelstaaten geworden und bedroht die finanzielle Selbstständigkeit der letzteren. Wir müssen durch eine Reichsfinanzreform die Einzelstaaten finanziell wieder auf eigene Füße stellen. Niemals ist durch das System der Matrularbeiträge irgendwo eine größere Sparsamkeit im Reichshaushalt, eine Einschränkung der Reichsausgaben erzielt worden. Preußen freilich vermog bei seinen hohen Eisenbahn-Einnahmen und bei der vorsichtigen Miquel'schen Theaurierungspolitik das Anwachsen der Matrularbeiträge sehr wohl zu tragen, ebenso Bayern. Die kleinen Staaten aber, besonders die thüringischen, leiden schwer unter diesem Anwachsen. Es wird freilich sehr schwierig sein, im Reichstag eine strenge Schiedung zwischen Reichsfinanzen und Einzelstaaten-Finanzen herbeizuführen. Schon heutzutage steht das Einnahme-Verwilligungsgesetz der Matrularbeiträge eigentlich nur auf dem Papier, im Grunde beruht das ganze System nur auf einem Rechenzettel. Abg. Dr. Vachem ist, wenn er die Reichsfinanzreform nur als eine Deduzierung für neue indirekte Steuern bezeichnet. Meine politischen Freunde haben gegen direkte Reichssteuern sich niemals ablehnend verhalten; insbesondere sind wir keine prinzipiellen Gegner einer Reichserbschaftsteuer, obgleich wir auch die Schwierigkeit einer solchen nicht verkennen. Die vom Schatzsekretär hingeworfene Ankündigung einer eventuellen neuen Tabak- und Biersteuer wird große Beunruhigung in weiten Kreisen hervorrufen (Sehr richtig! links.) Der neue Zolltarif wird jedenfalls sehr große Einnahmeerhöhungen herbeiführen. Auch unsere Forderung ist damit einverstanden, die Wehrerträge aus den Getreidezöllen für eine Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden. Aber auch darüber hinaus wird ja über die erhöhten Einnahmen aus den andern Zöllen zu disponieren sein.

Abg. Richter hat bereits gestern die Notwendigkeit einer Stärkung der Reichsfinanzverwaltung betont. Diesem Verlangen schließen meine politischen Freunde sich an. Es empfiehlt sich die Schaffung eines besonderen Reichsfinanzministeriums.

Was die Diätenfrage betrifft, so scheint ja ein diätenloses Parlament als der ideale Zustand; die Macht der Thatsachen verlangt aber dringend die Einführung von Diäten für die Reichstagsmitglieder. Ich bedauere es sehr, daß die Entscheidung dieser Frage wieder hinausgeschoben ist. Eine Erledigung des Zolltarifs ohne Diäten erscheint mir ganz ausgeschlossen. Falls der Reichstag wieder verlagert wird, müssen jedenfalls den Mitgliedern der Kommission, deren Beratungen während dessen weitergehen, Anwesenheitsgelder gezahlt werden. — Herr Richter hat gestern mit viel Schragen, gutem Humor und scharfer Satire unsere Kolonialpolitik besprochen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß vor allem für den Ausbau des Eisenbahnverkehrs in den Kolonien energisch gesorgt werden muß. England und Belgien sind uns auf diesem Gebiete mit nachahmenswertem Beispiel vorgegangen. Vor allem müssen endlich die Gelder für die ostafrikanische Centralbahn bewilligt werden. — Was den Heeres-Etat betrifft, so hat Herr Richter gestern die Frage aufgeworfen: wie steht es mit den 7000 Mann? Ich meine, wir können diese Frage auf sich beruhen lassen und abwarten, bis die Regierung mit dieser Forderung kommt. Die Prophezeiungen, daß die 7000 Mann sehr bald gefordert werden würden, haben sich dankenswerter Weise nicht bewahrheitet. — Vielfache Klagen sind laut geworden über die Ausführung des Gesetzes betr. die Kriegsinvaliden. Auf diesen Punkt werde ich bei der Interpellation des Abg. Dr. Krenzl zurückkommen. Eingehen will ich dagegen auf die Militärjustiz, das neue Prinzip der Oeffentlichkeit. Das Verfahren wird leider nur langsam und widerwillig erfüllt. Es ist dies menschlich verständlich, aber bei gewissen Fällen, besonders solchen, die das öffentliche Gewissen beschäftigen und leicht zur Legendenbildung Anlaß geben, muß der Grundgedanke der Oeffentlichkeit des Verfahrens im Geiste der neuen Militärstrafprozess-Ordinanz strikte durchgeführt werden.

Au der sozialreformatorischen Tätigkeit der Regierung hat Herr Edelmann ja eine sehr herbe Kritik geübt, die doch wohl in dieser Schärfe nicht berechtigt war. Für ein Reichs-Arbeitsamt, das auch meine Freunde fordern, sind 3. B. schon die Anlässe vorhanden. Der Kommission für Arbeiterstatistik, die in eine Abteilung des statistischen Amtes verwandelt werden soll, muß aber vor allem ihr bisheriges Vorschlagsrecht gewahrt werden. Ich hoffe, daß durch die im Etat vorgesehene Neueinrichtung neues Leben in die arbeitsstatistische Tätigkeit hineinkommen wird. Auf sozialpolitischen Gebieten ist weiter besonders eine gesetzliche Regelung der Aushilfsarbeit erforderlich, ferner die Erledigung der Wehrertragsfrage bei den Gewerbebetriebs.

Auf dem Gebiete des Postwesens möchte ich der Haltung der württembergischen Regierung zur Frage der deutschen Einheitsmarke meine Anerkennung aussprechen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) — In der Zeit der industriellen Krise, wie sie sich 1900 und besonders 1901 in Deutschland herausgestellt hat, hat die Reichsbank-Verwaltung sich zweifellos große Verdienste um die deutsche Industrie erworben, die liberal dankbar anerkannt werden. Leider hat in dieser finanziellen Bedrängnis die Gewissenlosigkeit und die verbrecherische Reizung einzelner Leiter von Bankinstituten die ihnen unterstellten Anstalten an den Rand des Verderbens oder zum völligen Ruin gebracht. Die Pflichten der Aufsichtsräte sind aber im deutschen Handels-Gesetzbuch genau umschrieben, und ich zweifle, ob strengere Strafbestimmungen hier die nötige Abhilfe schaffen könnten.

Zur Frage der Arbeitslosen-Versicherung sind von der sächsischen Volkspartei eingehende Vorarbeiten angefertigt worden. Auch und erlächert der Gedanke einer Regelung dieser Frage von Reichswegen sehr erwägenswert. — Eine Reform des Vorkriegesetzes ist dringend notwendig geworden infolge der Verhältnisse, die sich aus der Erhebung des Differenzimpostes ergeben haben. Besonders die kleinen und mittleren Banken leiden unter der heutigen Rechtsunsicherheit. — Was uns auswärtige Politik anbelangt, so begrüßen wir die ehrenvolle Erledigung der China-Affäre. Die Verhaftung der Schuldigen und die bessere Sicherung der Seelandstraßen in Peking ist erreicht worden, ebenso ist die Frage der Kostendekung befriedigend gelöst. Die Hummerbriefe, über die wir bereits öfters verhandelt haben, sind ja nunmehr zum Gegenstande einer Gerichtsverhandlung in Stuttgart geworden, und es hat sich dabei durch die Ansage des Generals v. Vessell herausgestellt, daß in der Schweiz eine förmliche Fabrik von solchen Briefen bestanden hat, die von dort nach China und über China dann nach Deutschland kamen. Ebenso ist festgestellt, daß die Angaben der Hummerbriefe auf Lieberbreitung und Unwahrscheinlichkeiten beruhten. — Die Verurteilung des englischen Ministers Herrn Chamberlain hat mit Recht nicht nur die Unterstützung unserer Jugend erregt, auch die deutschen Krüger und Professoren haben ihren Protest in die Wagschale geworfen. Wir hätten nur gewünscht, daß die Zurückweisung dieser Verurteilung seitens unserer Regierung etwas früher erfolgt wäre. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) — Die Erklärung des Herrn Reichslandtags über die Bedeutung des Dreimundes hat beruhigend gewirkt und ist auch in Italien und Oesterreich richtig verstanden worden. Ganz wackerlos ist unser auswärtiger Horizont nicht und wir werden jedenfalls nicht rasen können in dem Ausbau der nationalen Wehrkraft und Flotte, damit wir allezeit ein gesuchter Bundesgenosse und gefürchteter Gegner werden.

Die Lage im Innern ist ja im gegenwärtigen Augenblick eine wenig rosig. Wir sind bereit, mit dem Grafen Bülow eine kräftige Heimatpolitik zu treiben und die Landwirtschaft zu unterstützen. Man darf aber mit seinen Forderungen den Bogen nicht überspannen. Wir wünschen keinen Konflikt zwischen Industrie und Landwirtschaft. Das war der gute Sinn des Wortes Sammelpolitik. Die Regierung muß in der Frage des Zolltarifs die führende Rolle übernehmen. Sie muß Klarheit schaffen über ihre Ziele und über die Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Das gilt für die Höhe mancher Sähe im Tarif und für die Ausgestaltung des Minimaltarifs. Je früher diese Klarheit erfolgt, desto eher wird es möglich sein, eine Majorität für den Tarif auf einer acceptablen Grundlage zu finden. Wenn diese Klarheit nicht erfolgt, so wird es so gehen, wie es neulich in einer Centrums-Korrespondenz hieß:

„Ich glaube, die Wellen verschlingen Am Ende noch Schiffer und Kahn.“ (Heiterkeit.)

Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß die Frage der Erhöhung der Kornzölle zur Wahlparole 1903 wird. Geht das, so wird die Socialdemokratie daraus den größten Nutzen ziehen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ihr soll es nur recht sein, wenn sie an Stelle ihres auf dem Lübecker Parteitag wieder in Freyen gestrichelten Programms das Wort „Vorkauser“ setzen kann. Ich möchte ich davor warnen, alzu leichtem Herzens mit dem Gedanken der Obstruktion zu spielen. Eine Obstruktion kann unter Umständen in Deutschland den Tod des Parlamentarismus bedeuten. (Sehr richtig! rechts, im Centrum und d. d. Nationalliberalen.) Ich hoffe, daß es der Regierung gelingen wird, eine Verständigung in dieser Frage herbeizuführen, und daß wir uns alle sammeln können auf einer Linie und daß die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft erfüllt werden. Ich schließe mit der Hoffnung, daß durch die Beratungen des Zolltarifs ein positives Resultat erzielt werden möge, und daß uns dieses bevorzugen möge vor Erschlatterungen unrer Verhältnisse, die im letzten Ende vielleicht eine Gefährdung der verfassungsmäßigen Grundlagen des politischen Lebens bedeuten. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel:

Die Bahn Targo-Korogwe und ihre geplante Fortsetzung nach Mondo führt nicht, wie gestern Abg. Richter behauptete, in ihrem größten Teil durch Sümpfe, sondern meistens durch sehr fruchtbares Gelände. Es ist allerdings in der Denkschrift der Regierung von zwei Sümpfen die Rede, doch sind diese nur sehr wenig umfangreich. Die Kasse-Kaufuhr aus Ostafrika ist von 50 000 000 Kilogramm im Jahre 1899 auf 148 000 000 Kilogramm im Jahre 1900 gestiegen, also fast um das Dreifache. Die Verurteilungen des Abg. Richter über unsere Kolonien werden bei unsen Kolonialbeamten große Beunruhigung und in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung lebhaften Unwillen erregen. (Oh! links.) Ich bin dem Abgeordneten v. Kardorff für seine Widerlegung des Abgeordneten Richter außerordentlich dankbar. Der Bau von Eisenbahnen ist für unsere Kolonien meiner pflichtgemäßen Ueberzeugung nach eine Lebensfrage; verweigert man ihnen neue Eisenbahn-Verbindungen, so unterbindet man ihnen den Lebensfaden. Ebenso bedeutsam wie die Fortführung der Nambarabahn bei Mondo ist der Bau der ostafrikanischen Centralbahn, deren erste Strecke die Linie Dar-es-Salaam-Mogoro ist.

Abg. Dr. v. Dziembowski-Pomian (Pole):

Der Chauvinismus in Deutschland, wie er sich besonders in der antipolnischen Bewegung äußert, hat in der letzten Zeit in dreifacher Beziehung seinen hervorstechendsten Ausdruck gefunden: in der deutschen Post, der deutschen Rechtspflege und der deutschen Universität. Die deutsche Universität hatte früher die Freiheit der Wissenschaft als bedeutendsten Grundlag; ihr Wahlspruch war: „Frei ist der Wissenschaft!“ Der akademische Bürger war frei, und die Professoren freuten sich über die große Anzahl ihrer Hörer. Heute aber wird der akademische Bürger, der auf deutschen Universitäten seine Meinung auszudrücken wagt, einfach relegiert; die Freiheit des akademischen Bürgers ist untergraben. (Oh! rechts.) Selbst die „Kölnische Zeitung“, die man gewöhnlich nicht der Polenfreundschaft beschuldigen wird, mußte anerkennen, daß hier nicht immer objectiv verfahren ist. Auch die preussische Rechtspflege, deren größter Ruhm einst die Objectivität war, steht nicht mehr auf alter Höhe. In der Provinz Posen werden polnische Ortsnamen willkürlich germanisiert, sodah man sich kaum noch zurecht finden kann.

Vizepräsident Graf Stolberg-Berningrode: Ich möchte den Redner darauf aufmerksam, daß diese Ausführungen doch nur in einem sehr losen Zusammenhang mit dem Etat des Deutschen Reiches stehen. (Sehr richtig! rechts.) Ich möchte ihn bitten, diesen Gedanken nicht zu weit auszuaplanen.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (fortfahrend):

Ich war der Meinung, daß diese Vorgänge eben so sehr zum Etat des Deutschen Reiches gehören wie die galizischen Ereignisse, die der Abg. Dr. Sattler am 10. Dezember 1901 hier im Reichstage ausführlich besprochen hat, ohne daß vom Bundesratsliche dagegen

Widerspruch erhoben war. Die Breschener Vorgänge sind außer von der polnischen Presse auch von einem großen Teil der Auslandspresse verurteilt worden. Diese Vorgänge haben sogar ihren Wiederhall gefunden in der italienischen und französischen Kammer. Die allgemeine Verurteilung des Vorgehens der preussischen Regierung ist nicht auf die großpolnische Agitation, sondern auf das Erwachen des politischen Gewissens zurückzuführen. Der Reichslandtag sprach neulich die Befürchtung aus, das Deutschtum könnte in Polen unter die Mäher kommen. Nun, ich kann ihn beruhigen, er kann ruhig schlafen. In dem wirtschaftlichen Kampfe, den wir geführt haben, sind wir so arm geworden, daß wir keine Wagen und Mäher mehr haben. (Lachen rechts.) Ich habe noch nie ein lebendes Exemplar eines verdrängten Deutschen in Polen gesehen. (Heiterkeit links.) Erfordert der Schutz der deutschen Sprache wirklich die Unterdrückung der polnischen Sprache? Die Politik der Polizei und Ausnahmegesetze hat überall Fiasko gemacht. Sie (zum Bundesrat) haben Wind gefäht und Sturm geräutet. Versuchen Sie es einmal mit Objectivität und Gerechtigkeit und einem Kampf auf kultureller Grundlage. Das Deutsche Reich hat in letzter Zeit drei große Kämpfe erlebt: den Kulturkampf, den Kampf um das Socialistengesetz und den antipolnischen Kampf. Die beiden ersten sind wohl endgültig aufgehoben; wenn Sie der Mut haben, den letzteren weiterzuführen, so wird auch der Gegenstrom stark genug sein. (Beifall bei den Polen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Vorredner hat gerügt, daß gegen die Verurteilung des Abg. Sattler vom 10. Dezember vorigen Jahres über Angelegenheiten fremder Staaten vom Bundesratsliche kein Widerspruch erhoben wurde. Ueber das, was in diesem Hause gesagt wird, hat nicht der Bundesrat zu entscheiden, sondern der Präsident. (Sehr richtig! rechts.) Es liegt in der Machtvollkommenheit und in der persönlichen Auffassung des Präsidenten, ob das, was in diesem Hause gesagt wird, zur Sache gehört oder nicht. Ich erlaube mir deshalb auch kein Urteil darüber, ob die Ausführungen des Vorredners mit dem Etat des Deutschen Reiches in Zusammenhang stehen, bin aber persönlich der Ansicht, daß sie vor das preussische Abgeordnetenhaus gehören. Ich verzichte deshalb hier auf eine Antwort. Die Reformminister, besonders der Ministerpräsident, werden im Abgeordnetenhaus auf die Angriffe des Vorredners gegen die preussische Politik die entsprechende Antwort erteilen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antij.):

Wenn auch das Arbeitspensum des Reichstages ein sehr großes ist, so wird die Regierung doch zwei Vorlagen einbringen müssen, die Sicherung des Ehrensoldes für unsere Vorkämpfer und die Regelung der Offizierspensionen. Diese Fragen werden ja bei Gelegenheit der Interpellationen Dr. Krenzl und Graf Oriola eingehend behandelt werden. Wir müssen diese Gesetze haben vor der Reform des Vorkriegesetzes. Erst unsere hochverdienten Krüger und dann unsere hochverdienten Vorkämpfer. (Heiterkeit.) Es muß festgestellt werden der Zusammenhang zwischen den großen Konflikts und der bisherigen Vorkriegesgebung. Das Publikum muß überhaupt gewarnt werden vor der Verlockung zum Würfelspiel. — Des weiteren ist zu hoffen, daß die Seemannsordnung in dieser Session glänzend verabschiedet wird. — Die größte Bedeutung wird natürlich die Zolltarifvorlage in den Beratungen der Session einnehmen. Es ist bebauerlich, daß durch die Agitation des Vorkämpfer-Vereins (Große Heiterkeit) selbst die Mäher und Säckschär aus Neulichen Gründen auf die Seite der Zollgegner gekommen sind. Wir müssen die Landwirtschaft stärken, denn sie liefert uns die meisten Rekruten und auch Matrosen. — Zur Sicherung der Zukunft des Deutschen Reiches ist vor allem notwendig eine Umgestaltung des Bodenechts. Wir brauchen Gesetze, die die Ablösung der Grundlast vorsehen. Wird der ungewöhnlich um sich greifenden Verschuldung des Bodens nicht gesteuert, dann muß der Bauernstand zu Grunde gehen. Freilich dahin gehen gerade die Bestrebungen der Umsturzpartei, der Socialdemokratie, daraus resultiert auch die Stellung dieser Partei zum Zolltarif, und daß sie sich in dieser Stellung in Uebereinstimmung mit dem Verein der Hochfinanz befindet, kann nicht weiter Wunder nehmen. Die Regierung muß Stellung dazu nehmen, wie es möglich war, daß bei dem scheinlichen **Mord in Konig** der Thäter unentdeckt geblieben ist. Der Staatsanwalt in Konig hat selbst zugegeben, daß bei der Untersuchung in Konig seitens der Polizei die unglücklichsten Verträge vorgekommen seien. Auf das schärfste entgegenzutreten werden muß auch einer Verurteilung des Darusstädter Amtsräters Gerlach, der es ausspricht: Das Zeugnis eines Angehörigen der mosaischen Religion sei für ihn besonders wertvoll, denn es sei bekannt, daß die Angehörigen dieser Religion es mit dem Eide durchgängig sehr genau nehmen.

Durch eine solche Verurteilung werden die christlichen Staatsbürger geradezu zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Ich will nicht behaupten, daß alle oder die meisten jüdischen Erde Weineide seien, aber ich muß doch von neuem an die Regierung meine Forderung der Wiedereinführung des konfessionellen Eides richten.

Gegen die Einführung von Reichstags-Diäten habe ich früher schon geäußert. Ich bin aber auch einem Gegner zu einem Anhänger der Diäten geworden. Die Diätenlosigkeit kommt mir der Plutokratie aller Parteien, der Socialdemokratie, zu gute. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

In der auswärtigen Politik kommt das stolze Kaiserwort von dem Schutze jedes Deutschen im Auslande im Sinne des *Civis Romanus sum* nicht überall voll zur Geltung. Die Lösung der chinesischen Frage ist auch von der Socialdemokratie kritisiert worden; wir sollen der Geschicklichkeit der Reichsregierung in dieser schwierigen Angelegenheit volle Anerkennung. Daß einzelne Mißgriffe vorgekommen sind, war unvermeidlich. Die Befähigung der **Veltiger Instrumente** ist zu verurteilen; sie steht auf derselben Stufe wie die Wegnahme der Victoria auf dem Brandenburger Thore durch Napoleon I. Die Tapferkeit unserer deutschen Truppen ist leider durch die Entschuldigungen und Verleumdungen der sogenannten **Hummernbriefe** herabgedrückt worden. Ich hoffe aber, daß nachdem sich diese Briefe als größtenteils unwahr herausgestellt haben, die irrtümliche Ungläubigkeit unseres Kollegen Vebel für solche Ruffenworte nun doch etwas nachgelassen hat. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Verurteilungen des Reichslandtags über den Dreimund haben mich durchaus befriedigt; hoffentlich wird diese Sprache überall verstanden werden. Die bekannten Verurteilungen des höchsten Gortornst sind in dem Wiener offiziellen Organ nur in sehr lauer Form reifiziert worden; hier hätte man von dem befreundeten Staat eine andere Sprache erwarten müssen.

Ich glaube nicht, daß eine bewaffnete Intervention für die Sache der **Sorben** von uns ausgehen kann. Wir haben nur die Pflicht einer strikten Neutralität. In dieser Beziehung hat aber die Regierung ihre **Echtheit** nicht gelassen. In der Nr. 6 des Blattes „Vorkämpfer“ wird unter der Ueberschrift **Neutralität mit zweierlei Maß** erzählt, daß vor Ausbruch des Krieges der **Orange-Freistaat** Waffen bei Krupp bestellt hatte. Bei Ausbruch des Krieges verweigerte Krupp die Auslieferung der Waffen, die zur Hälfte schon bezahlt waren. Als dann Freiherr v. Nitzsch in Reichstags erklärte, es sei der Regierung gleichgültig, was Private thaten, wandte sich der **Orange-Freistaat** wiederum an Krupp, erhielt aber wiederum eine Absage. Man führt diese Absage auf eine direkte Anregung der deutschen Regierung zurück. Wir liegt der Brief des Generalkonsuls Dr. Hensch Müller mit dem Stempel des Konsulats auf amtlichem Briefbogen, der diese Thatsachen behauptet, im Original vor. Wenn die Sache so liegt, ist die Stellung der Regierung allerdings eine recht eigentümliche. — Wenn wir auch keine bewaffnete Intervention unserer Regierung in dem Vorkrieges erwarten können, so hat die Regierung doch die Pflicht, gegen das Eindringen von Franzosen und Russen in den Konzentrationslagern

unterliegen, zu intervenieren. Es mühte zum wenigsten sicheres Geleit von England für die Sanitätskolonnen des internationalen Voerankommens erlangt werden können. — Protestieren müssen wir auch gegen eine Rede, die **Fürst Wolff-Metternich** vor kurzem in Hamburg gehalten hat. Es wird ja neuerdings viel in den Hofstadien unter pokala geredet. (Heiterkeit.) Man vergißt leider den Spruch im Bremer Kaiserlied: „Was wir allhier lösen, das bleibe unter Rosen“. Ich möchte wünschen, daß so manche jener Reden der neuesten Zeit wie auch die des Fürsten Metternich unter Rosen gehalten und dort geblieben wären. Die „allhergebrachten Beziehungen“ zwischen England und Deutschland bestanden darin, daß uns England bei jeder Gelegenheit über das Ohr gehauen hat. (Heiterkeit.) Nach meiner Ansicht besteht ein wirklicher Jugendstil in folgenden politischen Geboten: „Du sollst Deinen Nächsten lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und vom ganzen Gemüt. Du sollst die Rechte fremder Völker achten und ehren. Wenn fremde Völker aber die Faust gegen Dich ballen, so sollst Du sie wieder mit geballter Faust an die freie Nase fassen.“ (Große Heiterkeit.) Das ist Bismarckscher Stil, das ist Jugendstil. Solche Ausfälle können ja unter Umständen auch mit der Eleganz geföhrt werden, mit der es der Reichskanzler am Mittwoch that. Die Aeußerungen des Grafen Wolff-Metternich stehen im Widerspruch mit den Ausführungen seines hohen Chefs, des Reichskanzlers. (Sehr richtig!) Aber die Erklärung des Reichskanzlers kam zu spät, viel zu spät. Schon die Interpellation des Abgeordneten Dr. Krenzl betreffend die Kriegsinvaliden hätte vor Weimarn Gelegenheit zu einer Erklärung der Regierung gegenüber Chamberlain geboten. Aber damals bekam der Herr Staatssekretär den Schnupfen. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob er den Schnupfen aus Diplomatie bekam, oder ob der Schnupfen so diplomatisch war, sich zur rechten Zeit einzustellen. (Große Heiterkeit.) Die Erklärung ist zu spät gekommen und ihr Ausbleiben hat uns das Weihnachts- und Neujahrsfest vergällt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie (zu den Soc.) unter der schmuckvollen Beleidigung nicht leiden, so beweist das nur, daß Sie anders empfinden, als die große Mehrzahl des deutschen Volkes. (Erneutes Gelächter bei den Soc.) Weil in Chamberlain sich für unser Volk die Gesamtpersönlichkeit darstellt, die an diesem verruchten Kriege schuld hat, weil man in ihm den Aktienbesitzer von Diamantminen und Goldminen sieht und den Freund von Rhodes und Jameson, denjenigen, der schuld ist, daß dieser Kriege in so verurtheilter Weise geführt wird, deswegen ist es der Meinung: **Der Minister Chamberlain ist der verruchteste Dube, den Gottes Erdboden trägt.** (Unruhe. Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem:

Sie dürfen den Minister einer befreundeten Macht nicht mit solchen Schimpfwörtern beleidigen, ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Weisfall.)

Abg. Liebermann-Sonnenberg:

Einen parlamentarischen Ausdruck für diesen Minister giebt es nicht. Beleidigen kann dieser Mann unser Volkstheer nicht; höchstens deshalb, weil er Minister ist. Eine in Deutschland erscheinende englische Zeitung, die von einem Herrn Bloch redigiert wird, hat an mich, wie auch wohl an andere Reichstags-Abgeordnete eine Anzahl von Anfragen gerichtet, die größtentheils Beleidigungen gegen Deutschland enthalten. Mit einer Anfrage hegt der Jude auch gegen Deutschland. Die englische Presse untersteht sich neuerdings, den deutschen Reichskanzler meißern zu wollen. Die Ideale, zu denen der Beschauer der Sieges-Alleg ergötzen werden soll, sind aber preussisch-deutsche Ideale. Sie erwecken auch ein Bedauern darüber, daß die Empfindungen des deutschen Volkes vielfach dort nicht verstanden werden, wo wir es am meisten wünschen. Das deutsche Heer sollte gegen solche fremden Angriffe, gegen seine Gleichstellung mit Räuberbanden und Diebesgefilde geschützt sein, denn die englische Armee besteht zum großen Teil aus solchem Gefindel.

Das deutsche Volk lebt und zittert danach, daß sich ein Staatsmann finden möge, der die Kunst überbrückt, die eingegriffen ist zwischen dem deutschen Volksgewissen und der feilen Höhe, wo Throne stehen. (Lebhafte Weisfall bei den Antifemiten.)

Reichskanzler Graf Bismarck:

Nachdem der Präsident die parlamentarische Censur verhängt hat über eine Aeußerung des Vorredners, gehe ich auf die von dieser Rede betroffene Bemerkung nicht weiter ein. Ich glaube mich im Einklang mit der großen Weisheit dieses hohen Hauses zu befinden, wenn ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß sich nicht die Gewohnheit einbürgert, von der Tribüne des deutschen Reichstages aus fremde Minister zu beschimpfen. (Bravo! rechts.) Es würde das weder den Gepflogenheiten des deutschen Volkes, das ein gestittetes Volk ist, entsprechen, noch im Interesse unserer Politik liegen. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich muß gleichfalls mein tiefes Bedauern ausdrücken über die Art und Weise, wie sich der Vorredner ausgesprochen hat über das Heer eines Volkes, mit dem wir in Frieden und Freundschaft leben. (Sehr richtig! und wiederholte Zustimmungsausrufungen.) Wenn wir empfindlich sind über jeden Angriff gegen die Ehre unseres Heeres, so dürfen wir auch nicht fremde Heere beleidigen (Zustimmung und Widerspruch), in denen es auch Leute giebt, die zu sterben verstehen. (Lebhafte Bravo!)

Kann hat Abg. Wassermann, wie ich höre, seinem Bekannten darüber Ausdruck gegeben, daß nicht irgend eine autorisierte Stimme, wie beispielsweise die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, in Betreff der Chamberlain'schen Aeußerungen unserer öffentlichen Meinung und unserer Presse gewissermaßen die Wege gewiesen hätte. Unsere Presse und unsere öffentliche Meinung müßten auf einer niedrigen Stufe stehen, wenn sie in Fragen der nationalen Ehre des Leitmotivs von oben, der Parole von oben bedürften. Der Wert einer großen Presse und einer nationalen öffentlichen Meinung besteht eben in der Freiheit ihrer Bewegung. Das Vorrecht dieser Freiheit ist das Gefühl der Verantwortlichkeit, und das habe ich fordern bei dem Vorredner vermist. (Sehr gut! und Zustimmung rechts, im Centrum, bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.)

Ich habe vor einigen Tagen keinen Zweifel darüber gelassen, daß es durchaus berechtigt war, wenn unsere öffentliche Meinung den Versuch, auch den nur scheinbaren, als ob die Ehre unserer Armee angegriffen werden könnte, mit Entschiedenheit zurückzuweisen hat. Wenn aber diese Zurückweisung nur ein Vorwand sein sollte, um uns eine andre Haltung einzunehmen gegenüber dem südafrikanischen Krieg, oder ein Protest, um feindliche Beziehungen herbeizuföhren zwischen unserem Volke und einem Volke, dem wir nie feindlich gegenübergestanden haben und mit dem uns zahlreiche und schwerwiegende Interessen verbinden, so will ich nicht den mindesten Zweifel darüber lassen, daß ich so etwas selbstverständlich nicht mitmache. Durch Reden, Resolutionen und Volksoversammlungen können wir uns die Richtschnur unserer auswärtigen Politik nicht vorzeichnen lassen. (Lebhafte Weisfall links.) Diese wird lediglich bestimmt durch das reale und dauernde Interesse des Landes und das weißt uns darauf hin, unter voller Aufrechterhaltung unserer Selbstständigkeit, unter voller Aufrechterhaltung unserer Würde und Ehre, mit England friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. (Sehr wohl! links.) Das und nichts anderes hat auch der kaiserliche Vorkämpfer in London sagen wollen und zwischen dem, was er gesagt hat und dem, was ich neulich gesagt habe, besteht nicht der mindeste Unterschied. Doch und die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu England nicht gerade erleichtert worden ist durch den Zwischenfall, der uns seit einigen Tagen beschäftigt, werden mit mir alle einsichtigen Kreise nicht nur in Deutschland, sondern auch in England bedauern. Ich möchte nur die Hoffnung ausdrücken, daß uns in Zukunft solche Zwischenfälle erspart werden mögen, die uns eine Haltung erschweren, die ebenso sehr den englischen und

deutschen Interessen entspricht, wie denjenigen der Aufrechterhaltung und Sicherstellung des Weltfriedens. — Ich kann aber nicht schweigen, ohne auch meinem Bedauern Ausdruck zu geben über die Art und Weise, wie der Herr Vorredner sich ausgesprochen hat über innerösterreichische Verhältnisse. Wie wir es nicht gern haben und es uns unter Umständen sehr ernstlich verbitten, wenn man sich in unsere inneren Angelegenheiten einmischt, dann müssen wir auch die inneren Angelegenheiten anderer Länder mit demjenigen Takt behandeln, der nach wie vor die beste Grundlage für korrekte internationale Beziehungen ist. (Lebhafte Bravo! im Centrum und links.)

Abg. Dr. Cretel-Sachsen:

Die wirtschaftliche Krise ist hervorgerufen durch eine Ueberproduktion, die wieder ihre Ursache hat in der Ueberproduktion der Erde, auf die wir seit langem vergeblich hingewiesen haben. Jetzt hält es die Industrie in ihrer augenblicklichen Notlage für selbstverständlich, daß ihr der Staat zu Hilfe kommt, fordert aber die Landwirtschaft, die dauernd doniederliegt, Unterstützung seitens des Staates, so spricht man von agrarischer Vegehrlichkeit. (Sehr richtig! rechts.) Die **Vanfachs** hätten nicht den Umfang annehmen können, wenn die Presse ihre Schuldigkeit gethan hätte. Das ist bisher nicht geschehen. Trotzdem hatte Herr Siedelmann nicht das Recht, der gesamten **Dresdener Presse** Anklage vorzuzwerfen. Im Gegentheil hat die gesamte Dresdener Presse einhellig protestiert gegen die Vergehungen der einzelnen Redacteure und ihre Namensnennung gefordert. Was Herr Siedelmann über die Thätigkeit der Aufsichtsräte sagte, war zum Teil richtig. Interessant war mir aber, daß Herr Siedelmann die Aufsichtsräte des Leipzig-Plagwitzer Konsumvereins als Typen für socialdemokratische Aufsichtsräte hinstellte. Sonst behaupten die Herren Socialdemokraten immer, mit den Konsumvereinen absolut nichts zu thun zu haben, wenn wir einmal von socialdemokratischen Konsumvereinen sprechen. Nebrigens ist es Herr Siedelmann trotz seiner genauen Kenntnis der Verhältnisse in dem Leipziger Konsumverein, wie es scheint, doch entgangen, daß dieser Verein bei einem Angeewinn von über einer Million Mark seinen 607 Angehörigen im letzten Geschäftsjahre insgesamt nur etwa 600 000 M. an Gehältern gezahlt hat.

Die Haltung des Centrumsredners Herrn Bachem zum **Postetat** hat mich verwundert. Er hat die Gebührensüberhebung getadelt, sein Kollege Daboch hat doch diese Gebührensüberhebung sehr eifrig verlangt. Die Post ist dazu da, dem Verkehr zu dienen, allzu große Ueberhöfungen braucht sie nicht zu bringen. Der Staatssekretär muß mit Reformen vorgehen und namentlich dem platten Lande das Wohlwollen weiter zuwenden. Die Stempelabgaben für Aktien und Güge usw. sind in diesem Jahre um 40 Proz. niedriger eingeschätzt worden. Der Voranschlag ist ein sehr niedriger. Es ist zu hoffen, daß hier größere Einnahmen erzielt werden. Im Lande glaubt man, daß man damit die Notwendigkeit einer **Börse-Novelle** begründen will. Ich bin zu hartlos, um so etwas zu glauben, aber im Lande giebt es weniger harmlose Leute. Ad voom Börsegesetz. Hochachtung vor dem neuen Handelsminister, dem es gelungen ist, das preussische Staatsministerium für eine Börsereform zu gewinnen. Kommt eine Vorlage an das Haus, so werde man an eine Börsereform mit aller Gründlichkeit herangehen. Wie dann die Farce laufen wird, das wissen die Götter. Die Linke aber laun dabei eine Enttäuschung erleben. Das Reichsgerichtsurteil wegen des Differenzzeitwandes steht durchaus auf dem Boden des Gesetzes. Wir sind bereit, den vom Reichsgericht angenommenen Standpunkt ausdrücklich im Gesetz hineinzuschreiben. Wir werden auch auf den Deklarationszwang zurückkommen. Dem Bundesrat möchte ich in aller Bescheidenheit raten, diese überlastete Session nicht noch mit einer Börsereform zu belasten.

Ueber die **Finanzlage** ist schon viel gesagt worden. Gegen eine Erhöhung der Matricularbeiträge werde ich mich mit Hand und Fuß, ja mit dem ganzen Körper (Heiterkeit) entgegenstemmen. Aber eine Finanzreform ist dringend notwendig, die die Einzelstaaten unabhängiger vom Reich macht. Kommt es zu neuen Steuern, so sind wir gegen direkte Steuern. Was die Besteuerung von Bier und Tabak anlangt, so wird sorgfältige Prüfung notwendig sein, ehe man sich hindern dazu äußert. (Heiterkeit.) Mehr kann ich heute nicht sagen. Kommt es zur Biersteuer, so wird eine Staffelfsteuer notwendig sein, die die kleinen Brauereien zu Gunsten der großen entlastet. Werden neue Steuerquellen notwendig, so wird vor allem das Centrum seine Spardigkeit bei der Süßstoffbesteuerung aufgeben müssen. Ich hoffe, wir werden unter dem Zwange der Verhältnisse zu einem wirksamen **Süßstoffgesetz** kommen. (Sehr richtig! rechts.)

Redner warnt dringend davor, an eine militärische Bestaftung des Reichs zu denken und die Rechte der Kleinen nicht auf das sorgfältigste zu schonen. Auch in Sachen ist man nicht geneigt, im staatsrechtlichen Sinne von einer Reichsregierung zu sprechen. Hoffentlich gelingt es dem Reichskanzler, die notwendige Einheit in der Regierung hochzuhalten. Hoffentlich kommt es da nicht wieder vor, daß ein höherer Reichsbeamter in einer Zeit, wo wir in die Bahnen des Schutzzolls einsteigen, davon spricht, daß jeder neue Kreuzer ein Schwergewicht in der Waage des Freihandels sei. (Heiterkeit.) So eine kleine Entgleisung wird künftig hoffentlich vermieden werden. Dem schönen Wort des Reichskanzlers von der Notwendigkeit einer kräftigen Heimatspolitik stimmen wir von ganzem Herzen zu. Dieses Wort soll aber keine Deklaration bleiben, sondern That und Wahrheit werden. Herr Wassermann hat meine Freunde gewarnt, den Vogen beim Zolltarif zu überspannen. Diese Warnung war überflüssig. Wir sind uns wohl bewußt, wie weit wir gehen dürfen, aber auch, wie weit wir gehen müssen, um den Reichskanzler in seiner Heimatspolitik zu unterstützen. Herr Wassermann hat die Regierung aufgefordert, klipp und klar zu sagen, was sie will, und die Direktive in der Zollfrage zu übernehmen. Nun, das ist staatsrechtlich nicht gut möglich. Es handelt sich doch um gemeinschaftliche Geschäfte des Bundesrates und des Reichstages. Herrn Wassermann sind Remwahlen unter der Zollparole bedenklich. Uns gar nicht. Wir fürchten uns nicht, wenn durch Remwahlen entschieden wird, wer auf dem Standpunkt der Heimatspolitik des Grafen Bismarck steht, und wer auf einem Standpunkt steht, der am prägnantesten durch die Socialdemokratie vertreten wird. Ich fürchte mich gar nicht vor solchen Remwahlen. Ich fürchte nur, daß dann Männer hierherkommen, die um ein gutes Quantum agrarischer und unbeweglicher sind, als wir. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich glaube nicht, daß die Diäten genügen werden, um die Obstruktion zu brechen. Diäten sind nur ein kleines Mittel und die Liebe ich nicht. Ich glaube, wir werden in der Bekämpfung der Obstruktion die **Rückwärtslosigkeit** beweisen müssen, die Herr Liebermann wollte. Ohne sie wird nichts werden. In der Zollfrage handelt es sich um die Erhaltung des Mittelstandes. Das ist gute Bismarcksche Politik, und ich freue mich, daß ein Hamburger Großkaufmann seine Kollegen gewarnt hat, in dieser Frage unter der Führung der Socialdemokratie zu marschieren.

Bezüglich **Chinas** freue ich mich, daß wir halbwegs mit heiler Haut wieder herauskommen sind. Ich wünsche, daß wir bald ganz heraus wären. Durch die offene Thür tragen wir mehr hinein, als heraus. (Heiterkeit.)

Ich komme auf die **südafrikanischen Verhältnisse**. Hierbei erlaube ich an, daß der Reichskanzler nicht auf alle Veranlassungen reden, Vierbankreden und Resolutionen ohne weiteres Rücksicht nehmen kann. Er würde ja dann von Pontio ad Pilatum geschickt. Aber die Uebereinstimmung des deutschen Volkes bezüglich des südafrikanischen Krieges erfordert doch eine gewisse Rücksichtnahme. Ich verlange keine Intervention, die uns nur in einer wenig glänzenden Vereinfachung sehen würde, aber die deutschen Interessen im Kriegsgebiete müssen doch etwas besser gewahrt werden als bisher. Noch nach der Interpellation des Freiherrn v. Hohenberg fand deutsche Missionare in grausamer Weise in die Konzentrationslager gerettet, ist deutsches Kirchengelübde verwüstet worden. Die deutschen Interessen müssen mit der Rücksichtlichkeit gewahrt werden, die wir als deutsche Reichsbürger fordern. Ich möchte die Regierung bringen

bitten, entweder eine beruhigende Erklärung abzugeben oder doch die Wiederholung derartiger Dinge zu verhindern.

Es widerspricht mir eigentlich, von dem Minister Chamberlain noch ein Wort zu sagen, dessen innere und äußere parlamentarische Qualifikation ganz gut unterbleiben kann, weil sie communis opinio ist. (Sehr gut, rechts.) Herr Richter meinte mit Recht, wir hätten bessere Dinge zu thun. Auf den Schnupfen des Schatzsekretärs lege ich wenig Wert. Ich glaube nicht, daß er diplomatisch in Gänsefüßen gewesen ist. Man kann auch vom Reichskanzler nicht verlangen, daß er plötzlich, etwa bei der Beratung der Seemannsordnung oder des Zolltarifs, aufsteht und sagt: Der Minister Chamberlain hat mit klumpigen Zähnen auf Granit gebissen. Er mühte eine passende Gelegenheit abzuwarten. Ich würde Herrn Chamberlain im Orkus lassen, wohin er gehört, wenn nicht die „Times“ unsern hochverehrten Reichskanzler vorgetworfen hätte, er habe die Worte Chamberlains garnicht verstanden. Nach der wörtlichen Uebersetzung der Rede Chamberlains hat dieser nicht nur die Thaten des englischen Heeres als denen des deutsch-französischen Krieges ähnlich bezeichnet, sondern er hat sich dazu verriegelt, zu sagen, daß alles, was in Südafrika noch geschehen möge, nicht annähernd heranreiche an das, was im deutsch-französischen Kriege geschehen sei. (Hört! hört! rechts.) Danach ist die scharfe Charakteristik, die Herrn Chamberlain vorhin zu teil wurde, mindestens zu verbleiben, wenn auch vom Präsidenten des Reichstags nicht zu verbleiben. Chamberlain ist gerichtet. Das würde wohl in England geschehen sein, wenn der Reichskanzler vielleicht auf dem Binnerberger Kreisstag oder dem Handelsminister Wöllner bei einem Duisburger politischen Anzeibend Behilliches über das englische Heer gesagt hätten? Ich glaube, wir hätten nicht mehr die Freude, die beiden hochverdienten Herren hier oben zu sehen. Damit will ich nicht etwa auf den Sturz Chamberlains hinwirken; ich gönne unren englischen Freunden diesen Kolonialminister von ganzem Herzen. Mögen sie so lange an ihm zu verdauern haben, bis seine Unverdaulichkeit an ihnen selbst in die entsprechende Erscheinung tritt. (Heiterkeit.) Das scharfe Urteil über Chamberlain teilen nicht nur die **deutschen Frauen und Kinder**, wie ein jüngst heimgegangener Kollege einem sehr hohen Herrn gesagt haben soll, diese Enttächtung hegen alle deutschen Männer, so weit sie männlich zu fühlen vermögen. (Weisfall rechts), und die deutschen Männer der Zukunft werden über diesen Mann ein Urteil fällen, das parlamentarisch unmöglich ist. Ein Fluß wird über diesem Kriege laufen, aber dem, der ihn hervorgerufen hat und über denen, die es gebildet haben, daß er mit einer Grausamkeit geführt worden ist, wie bisher kein Krieg der Welt.

Den Grafen Wolff Metternich hat Herr Liebermann wohl etwas mißverstanden. Den Jugendstil beziehen wir doch nicht auf uns. Das Wort kann sich doch nur auf die Diplomatie beziehen. Der Reichskanzler wird besser als wir wissen, wo extradiplomatische Diplomaten sitzen. (Heiterkeit.) Wir wollen die alten Beziehungen zu England aufrecht erhalten, die Fürst Bismarck für notwendig erklärt hat. Wir wollen korrekte Beziehungen zu England, äußerst korrekt sein und wenn mit dem Begriff der Korrektheit der Begriff der Kühle verbunden ist, so schadet das nichts. (Sehr gut! rechts.)

Daß der **Drach mit Ausland** in Ordnung ist, freut uns. Nur allzu große Freundlichkeiten sind überflüssig, sie können zu leicht den Begriff des Basalkentums erwecken, vor dem Fürst Bismarck immer gewarnt hat. Den Ausführungen des Reichskanzlers über den **Dreibund** habe ich nichts entgegenzusetzen. Wir müssen nur betonen, daß wir beim Dreibund mehr die Gebenden als die Empfangenden sind. Es ist deshalb für uns wertvoll, schon in volkpsychologischer delorativ Hinsicht. Wir wünschen die Aufrechterhaltung des Dreibundes von Herzen, aber unsere Verbündeten dürfen sich nicht einbilden, daß wir durchaus auf sie angewiesen sind. Unsere Stellung ist heute so, daß wir niemand nachzulassen brauchen. Auch das Wort, daß wir überall in der Welt verhaßt seien, lasse ich nicht gelten. Ein Gefühl der Mithimmung mag im Auslande hier und da gegen uns bestehen, weil sich dort Angehörige einer andern Klasse mehr als gut ist breit machen. Im übrigen haben doch die Ereignisse in China bewiesen, daß Deutschland noch recht geachtet in der Welt dasteht. Diese Stellung können wir behaupten, wenn wir weiter so kriegerisch wie bisher bleiben. Unser Grundtag muß heißen: neminem laedere, samet servare (niemand verletzen, sich selbst befriedigen). (Lebhafte Weisfall rechts.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Das Wort zur persönlichen Bemerkung erhält Abg. **Liebermann v. Sonnenberg**: Ich habe mich entschlossen, nicht mehr das Wort in der Diskussion zu nehmen, sondern will einige Mißverständnisse, die dem Herrn Reichskanzler über meine Rede unterlaufen sind, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung berichtigen. Es ist ein Mißverständnis des Herrn Reichskanzlers, wenn er glaubt, daß er in der Lage sei, mir eine Rüge erteilen zu können.

Präsident Graf Ballestrem: Das ist nicht persönlich. Sie können nur richtig stellen, wenn der Herr Reichskanzler Sie mißverstanden hat. Was der Herr Reichskanzler Ihnen gegenüber thun zu müssen glaubt, können Sie nicht im Rahmen einer persönlichen Bemerkung besprechen.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg**: Der Reichskanzler irrte ferner, wenn er sagte, ich hätte Angriffe erhoben, ich befand mich lediglich in der Abwehr; er irrte ferner, wenn er meinte, ich könnte meine Aeußerungen nicht verantworten. Ich verantwortete sie vollständig und wünsche dem Herrn Reichskanzler, daß er immer in gleicher Lage wie ich sein möge.

Graf v. Ballestrem: Dieses Wünschen ist nicht mehr persönlich. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg**: Der Reichskanzler irrte schließlich, wenn er sagte, der scharfe Ton mache mir Vergnügen oder sei meine Gewohnheit. Ich habe den Ton angeschlagen, weil man im Volke nicht vergewisselt ist, daß seine Stimme nicht an der Stelle gehört wird, die sie hören soll. (Sehr gut! rechts.) Die offizielle Presse wird mich so schelten, daß ich hoffen darf, einige meiner Worte werden nun auch bis zu jener Stelle dringen.

Präsident Graf v. Ballestrem: Auch dieses Hoffen war nicht mehr persönlich. (Große Heiterkeit.)

Hierauf schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Veranstaltungen.

Die **Kellner, Köche und Dienstmädchen** hielten gestern in den Armhallen eine öffentliche Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter H. Wollentz über die **Aussicht des Arbeitergesetz-Gesetzes** für das Gastwirtsgeerbe im Reichstag und Bundesrat und das Verhalten der Unternehmer referierte. Der Referent schilderte zunächst in eingehender Weise die schädlichen Folgen der langen Arbeitszeit und den Mangel an genügenden Ruhezeiten in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung und kritisierte sodann das Verhalten der Unternehmer im Gastwirtsgeerbe, die sich mit allen Mitteln gegen eine wirkungsvolle Regelung der Arbeitsverhältnisse wenden und am liebsten jedweden Schutz der Angestellten verhindern möchten. Der Redner legte sodann auseinander, daß es eine große Inkonsequenz und Ungerechtigkeit ist, daß der größte Teil des gastwirtschaftlichen Personals, wie das weibliche Küchenpersonal, worunter sich ein sehr großer Prozentsatz jugendlicher Personen befindet, und die große Zahl der Hausdiener z. B. von dem gesetzlichen Schutze ausgeschlossen werden sollen, was außerdem zur Folge haben wird, daß dieser Teil der Angestellten noch mehr belastet und teilweise die Arbeit der geschützten Personen mitwirkend muß. Im weiteren gab der Redner der Meinung Ausdruck, daß die Regelung nicht auf Grund des § 120 der Gewerbe-Ordnung, sondern durch ein Gesetz erfolgen müßte, und er forderte schließlich, nachdem er die letzte Petition der Gastwirtsbesitzer an den Reichstag in treffender Weise gekennzeichnet hatte, die Veranlassung auf, mit aller Energie für eine eubliche Regelung der Arbeitsverhältnisse einzutreten. Die Ausführungen

des Referenten wurden wiederholt durch stürmische Zustimmungskundgebungen unterbrochen. In der hierauf folgenden Diskussion wurden die verschiedenen schweren Missetaten, unter denen die Gastwirtschaften zu leiden haben, geschildert und von allen Rednern die baldige und eine wirklich durchgreifende, alle im Gastwirtsstande tätigen Personen umfassende gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse gefordert. Folgende Resolution wurde von der außerordentlich stark besuchten Versammlung einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit der neuen Petition der Fackelkommission solidarisch. — Der Regierung ist durch die Ergebnisse der Enqueten, durch das darauf bezügliche Gutachten des kaiserlichen Gesundheitsamtes und durch die Arbeiten und Statistiken bedeutender Autoritäten bekannt, daß durch die übergroße Arbeitszeit die Gastwirtschaften dem Stetium und einem frühen Tod überantwortet werden. Sie erwarten deshalb dringend von der Regierung im Interesse ihrer Berufsgenossen sowohl als auch des gesamten Volkswohls, daß schleunigst ein Gesetz mit Berücksichtigung der Petition vorbereitet und erlassen wird, um diesen Opfern an Menschenleben in anderer Weise ein Ziel zu setzen. Ueber das Vorgehen der gewerkschaftlichen Stellvertreter in Folge der neuen Ministerialverordnung referierte H. Pöhlke. Der Redner erläuterte die wichtigsten Bestimmungen dieser Verordnung und setzte dann auseinander, in welcher Weise die Gastwirtschaften vorgehen müssen, um die gewerkschaftlichen Stellvertreter, die jetzt durch Scheingründungen von Vereinen die Bestimmungen illusorisch machen wollen, zu bekämpfen. Eine Diskussion über die beifällig aufgenommenen Ausführungen wurde nicht bestritten.

Eine öffentliche Versammlung der Schlächtergesellen, die am Mittwoch, den 8. Januar d. J., in den Kriemhellen tagte, beschloß sich besonders mit dem ersten Kongreß der Fleischergesellen Deutschlands, der bekanntlich zu Ostern 1902 in Berlin stattfindet. Der Referent zu diesem Punkte wies auf die Notwendigkeit und den Nutzen einer solchen Zusammenkunft der Fleischergesellen Deutschlands hin und erläuterte in klarer Weise die Aufgaben, die der Kongreß zu erfüllen hat. In Sonderheit betonte der Redner, daß der Kongreß auch den Zweck habe, die Fleischergesellen aller Richtungen zusammenzuführen. — Die folgende Diskussion bewegte sich im gleichen Gedankengange, nur wurde gewünscht und

dann auch beschlossen, daß die Angelegenheit in einer der nächsten Versammlungen nochmals behandelt und dann auch gleich die Wahl der Delegierten beschlossen werden soll. Im weiteren wurde über die von der Gewerkschaftskommission beschlossene Arbeitslosenversicherung berichtet und die arbeitslosen Kollegen zur Mitarbeit aufgefordert. Ferner wurden noch Kandidatenvorschläge für die am 16. Januar dieses Jahres stattfindende Wahl des Gesellenausschusses und der Innungsschiedsgerichte beifällig gemacht; die Zusammenstellung der Liste wurde jedoch dem Vorstand überlassen. Den Schluß der Versammlung bildete die Behandlung diverser Missetaten im Gewerbe und ein vom Vorsitzenden gegebener und sehr günstig lautender Reberblick von der Bewegung unter den Fleischergesellen im Reich.

Eine öffentliche Tapezierer-Versammlung, einberufen von dem Gesellenausschuß, tagte am Mittwoch bei Cohn in der Deutscherstraße. In der Versammlung erstattete der Gesellenausschuß, die Beisitzer zum Innungs-Schiedsgericht, die Lehrlings- und Herbergs-Kommission, sowie die Kommission vom paritätischen Arbeitsnachweis Bericht. Die einzelnen Berichte erregten eine längere Diskussion, in der verschiedene Maßnahmen der Innung abfällig kritisiert und beanregt wurden, daß die Beihilfenvertreter trotz aller Bemühungen keinen genügenden Einfluß auf die Einrichtungen der Innung ausüben können und teilweise nur die Dekoration für diese Institution darstellen. Aber nicht nur die Beihilfen, die von jeder dieser Organisationen keinen großen Wert beizumessen, sondern auch ein erheblicher Teil der Unternehmer ist mit den Resultaten der Innung höchst unzufrieden, so daß es den Anschein hat, daß deren Existenz nicht von allzu langer Dauer sein wird. Bei dem Bericht über das Innungs-Schiedsgericht wurden einige Urteile besprochen, die den beruflichen Verhältnissen nicht entsprechen und auch mit der vom Gewerbegericht geübten Praxis in Widerspruch stehen, einer Kritik unterzogen. Dem Gesellen-Ausschuß wurde schließlich aufgegeben, nächstens eine Versammlung einzuberufen, in der ein Jurist über Rechte und Pflichten der Arbeiter aus dem Arbeitsverhältnis sprechen soll. Außerdem wurde das Statut des paritätischen Arbeitsnachweises beantragt, bei der Arbeitsvermittlung einen andern Modus zu schaffen, wonach die Arbeitslosen gegenüber den noch in Arbeit Stehenden mehr Berücksichtigung finden.

Johannisthal. Am 7. Januar hielt hier der Sozialdemokratische Klubverein seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung

stand Bericht und Wahl des Vorstandes. Aus dem vom Vorsitzenden, Claus, erstatteten Bericht ist zu ersehen, daß im letzten Jahre 20 Mitglieder-Versammlungen, 4 General-Versammlungen und 19 Vorstandssitzungen stattfanden. Es gehören dem Verein zur Zeit 59 Mitglieder an. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 43,20 M. auf. Nach Abzug der an den Centralvorstand zu entrichtenden zwei Drittel der Einnahme und der örtlichen Ausgaben bleibt ein Bestand von 3,52 M. am Orte. Dem Kassierer, Genossen Schirmerhoff, wurde hierauf auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: Pielcke wurde erster, Mann zweiter Vorsitzender; Grau Kassierer; Swiatkowski Schriftführer; Winkelhau Beisitzer. Zu Revisoren wurden Luban, Schirmerhoff und Krüger, in die Lokal-Kommission Mann und Schäfer gewählt. Die Bibliothek befindet sich wiederum in den Händen des Genossen Mertins, ebenfalls hat auch der Genosse Mann die Zeitungspedition wieder übernommen. Vom Vorsitzenden wurde hierauf auf die im März stattfindende Gemeindevertreterwahl aufmerksam gemacht und die Genossen aufgefordert, die Wählerlisten einzusehen.

Weihenau. Hier fand am 7. d. M. eine öffentliche Versammlung statt, in der der Gemeindevorsteher Genosse Schiller Bericht über die Tätigkeit unserer Genossen im Bauernparlament gab. An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen, wobei hauptsächlich die schlimmen sanitären Verhältnisse einer eingehenden Würdigung unterzogen wurden. Ebenso gebachte man auch des Dreimilchens für die öffentliche Verunreinigung, der sich auch diesen Sommer wieder in der Gegend eingestellt. Einstimmig wurde beschlossen, sich wieder an den Gemeindevorstand zu wenden und wurde zu den Vorarbeiten eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt.

Kreuzfeld. Hier fand am 7. d. M. eine öffentliche Versammlung statt, in der der Gemeindevorsteher Genosse Schiller Bericht über die Tätigkeit unserer Genossen im Bauernparlament gab. An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen, wobei hauptsächlich die schlimmen sanitären Verhältnisse einer eingehenden Würdigung unterzogen wurden. Ebenso gebachte man auch des Dreimilchens für die öffentliche Verunreinigung, der sich auch diesen Sommer wieder in der Gegend eingestellt. Einstimmig wurde beschlossen, sich wieder an den Gemeindevorstand zu wenden und wurde zu den Vorarbeiten eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt.

Arbeiter-Verein der Fabrik- und Handarbeiter (Berlin D.). Sonntag, den 11. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Schaller, Ritterstr. 121.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 11. Januar.
Opernhaus. Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. König Richard der Dritte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Die Waise. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Einsame Menschen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Nidin von Toledo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die rote Robe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Frau Holle.
Leipzig. Das schwarze Schaflein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubors. Sein Doppelgänger. Vorher: Englisch spoken. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wetters. Selbstvorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rezeptionsbühne. Delleo Uffens. Anfang 8 Uhr.
G. v. Wolzogen's Bunte Theater (Neubors). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Seronissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Wiedereröffnung.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Scherzstücke bei den lieben Jüngern. Einlagen: Lebendes Schachspiel. Die Puppe. Die frohe Kiste.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Enfeln. Schöder u. Co. Anfang 8 Uhr.
Carl Weisk. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung: Max und Moritz.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der rote Kofel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Cafino. Theater. Weihnacht. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Palast. Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stiller Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 8 Uhr.
Krona. Tantenstr. 48/49. (Am Theaterplatz). Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Johannisthalstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater (Wasser-Theater).

Sonnabendabend 8 Uhr:
Summ erheimal:
Einsame Menschen.
Drama in 5 Akten von G. Hauptmann.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Lysanders Mädchen.
Hierauf: **Die Komödie der Irrungen.**
Sonntagabend 8 Uhr:
Einsame Menschen.
Montagabend 8 Uhr:
Der Revisor.

Thalia-Theater.

Dreidenerstr. 72/73.
7 1/2 Uhr. Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Die Badepuppe.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Paula Horn u. G. Guido Thielcher, Selmerding, Junfermann, Kaufmüller, Wannowitsch, Junfer Schanz.
Sonntagnachm. 3 Uhr (keine Preise):
Die Waise von Lonsob.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Nachmittag 4 Uhr, keine Preise, zum letztenmal: **Max und Moritz.**
Abends 8 Uhr:
Nachm. 4 Uhr: Scherzstücke bei den lieben Jüngern. Einlagen: Lebendes Schachspiel. Die Puppe. Die frohe Kiste.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Enfeln. Schöder u. Co. Anfang 8 Uhr.
Carl Weisk. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung: Max und Moritz.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der rote Kofel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Cafino. Theater. Weihnacht. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Palast. Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stiller Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 8 Uhr.
Krona. Tantenstr. 48/49. (Am Theaterplatz). Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Johannisthalstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville.
Schwanst. u. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Emil Sondermann u. G. M. B. Richter, Rosa Marten, Herb. Baum, Berthelmeier, Kettner, Offen, Köhler.
Hierauf:
„Er“. Pariser Lebensbild in einem Aufzuge.
Wilde Harlow, Leopold Thurner als Gabe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.

Ganz Berlin spricht von Willi Walden der modernen Discus!
Granto u. Maud Stack u. Milton sowie die vorzüglichsten Spezialitäten ferner:
König Aqua.
Anfang 8 Uhr.

Cirkus A. Schumann.

Sonnabend, den 11. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
XV. Grande Soirée High-Life.
Gala-Programm. Kofolater Erfolg der neuen Spezialitäten. Jede Nummer ein Schlager. U. a.: Die Sensation des neuen Jahrtausends
Mirza Golem-Truppe.
Die Truppe war während des sechsmonatlichen Engagements im Londoner Hippodrom d. Tagesgespräch London. Neu! Jeux carlois auf Kamele.
Neu! **Blm-Bom**, die besten musikalischen Clowns der Gegenwart.
Neu! Die musikalische Jongleure.
Neu! Ohne Konkurrenz. Phänomenal. **Original-Bicycle-Renn-Truppe.**
Dir. Alb. Schumanns neueste Original-Deffsuren usw. Zum Schluß:
Quer durch Paris.
Sonntag: 2 große Vorstellungen. In beiden Vorstellungen die großartigsten Spezialitäten. In beiden Vorstellungen **Quer durch Paris.** Nachmittags 1 Kind frei.

Central-Theater.
Heute Sonnabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise
Jeder Erwachsene hat ein Kind frei: Scherzstücke bei den lieben Jüngern. Abends 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von G. Reinhardt. Morgen Sonntag, nachm. 3 Uhr, halbe Preise: **Die Geißha.** Abends 7 1/2 Uhr: **Das süße Mädel.**
Schall und Rauch.
Unter den Linden 44.
Sonnabend, den 11. Januar:
Vorstellung vor Seronissimus. **Familienidyll.**
Herbstzauber.
Schiffbruch.
Anfang 8 1/2 Uhr

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater am 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Grosse
Weihnachts-Ausstellung
Eine Reise ins Schlaraffenland
Marionetten-Theater für die Kinderwelt.

Passage-Theater.

Die neueste Sensation!
Nachmittag 4 Uhr, keine Preise, zum letztenmal: **Max und Moritz.**
Abends 8 Uhr:
Nachm. 4 Uhr: Scherzstücke bei den lieben Jüngern. Einlagen: Lebendes Schachspiel. Die Puppe. Die frohe Kiste.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Enfeln. Schöder u. Co. Anfang 8 Uhr.
Carl Weisk. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung: Max und Moritz.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der rote Kofel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Cafino. Theater. Weihnacht. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Palast. Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stiller Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 8 Uhr.
Krona. Tantenstr. 48/49. (Am Theaterplatz). Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Johannisthalstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

Damen-Luftringkampf

ausgeführt von 12 jungen Damen.
Michel Mayer,
der stärkste Mann der Welt, zahlt
1000 Mark
dem, der seine Hanteln nachhebt.
Gifford. — Barsikow-Truppe. — Jim u. Jam. 16 erstkl. Nummern.

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Barleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frauchens Weihnachtstisch.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Charivari-Brett'l (Albert Kühne)

Alte Jakobstrasse 37
Heute Abend
Eröffnungsvorstellung
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf von 10-3 Uhr.

Trianon-Theater

am Bahnhof Friedrichstrasse zw. Charlotten- u. Universitätsstr.
Lebende Lieder.
Eröffnungsvorstellung
Sonntag, 12. Januar, abds. 8 Uhr.

E. von Wolzogen's Bunte Theater (Neubors)

Köpnickerstr. 68.
Täglich wechselndes Programm.
Lina Abarbanell.
Nora-Parodie. — Die beiden Piarots. Satir. Schatten-Bänkel. Anf. 8 Uhr. Sonntag 3 Uhr. Nachm.-Vorstellung zu ungefähr halben Preisen.

Palast-Theater (früher Feen-Palast)

Burgstr. 22.
Direktion: Wislauer u. Fröbel.
Das phänomenale
Januar-Programm.
Durchweg neu engagierte **Kunst-Spezialitäten.**
Nur noch kurze Zeit!
Die erfolgreichste große Ausstattungs-Gesangs-Burleske **Großstadtzauber.**
Hugo Lattig: Dir. R. Winkler. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. In Vorbereitung: „Die süßen Mädel.“ — Mitwirkung des Direktors Wilhelm Fröbel.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmann's Norddeutsche Säger
Neu:
Die Zillerthaler.
Neu:
Die Pollschützen.
Nach jeder Vorstellung: **TANZ.** Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Casino-Theater.

Lothringergasse 37.
Durchschlagender Erfolg!
Concordia-Trio u. Hedwig Günther.
Weihnachten.
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr. Sonntagnachmittag: **Winterferien.**

W. Noacks Theater.

Braunstraße 16.
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Sonntag:
Der tolle Wenzel.
Grosse
Indische Menagerie
im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor)
Lothringergasse 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schlangen, sowie **Löwen-Ringkampf** und Fütterung am 4 u. 8 1/2 Uhr. Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: F. Froese. III. Platz 1 M.

Bekanntmachung.

Das von der General-Versammlung am 22. 23. August 1901 beschlossene Statut ist am 17. Dezember 1901 von dem Bezirks-Ausschuß zu Potsdam genehmigt worden, ebenso haben die Vorarbeiten über die Krankmeldung u. der Mitglieder vom 26. August 1901 der Genehmigung des Herrn Vorsitzenden des Kreis-Ausschusses des Kreises Teilow gefunden. Beide traten am 1. Januar in Kraft.

Die Herren Arbeitgeber sind hinfür verpflichtet, alle bei ihnen in Beschäftigung tretenden versicherungspflichtigen Personen binnen 3 Tagen bei uns anzumelden und außerdem bezgl. der bereits bei ihnen beschäftigten Mitglieder der Kasse genaue Angaben über die Höhe des Verdienstes u. nachträglich zu machen. Die zu diesem Zwecke verlangten Bescheinigungen sind, soweit dies nicht schon von den Herren Arbeitgebern gesehen ist, in allen Spalten auszufüllen und uns unverzüglich unter Beifügung der Mitgliedsbücher einzuliefern. Die Herren Arbeitgeber werden im beiderseitigen Interesse dringend ersucht, diesen gesetzlichen und naturlichen Bestimmungen, zur Vermeidung von Nachtritten, umgehend nachzukommen. Nach § 11 der erwähnten Statuten hat zur Aus- und Abmeldung der Mitglieder die von der Kasse vorgeschriebenen Formulare zu verwenden.

Som 1. Januar 1902 ab richtet sich sowohl die Höhe der Beiträge, als auch die Höhe der zu geschuldenden Unterhaltungen nach der Höhe des Arbeitsverdienstes der Mitglieder. Die Mitglieder sind in 6 Klassen eingeteilt; die Befreiung der Klasse darf nur durch die Kasse vorgenommen werden.

Die Mitglieder sind von nun an verpflichtet, der Kasse binnen 24 Stunden jede eingetretene Erleichterung zu melden. Den Herren Kassendirektoren gegenüber gilt als Bestätigung die Mitgliedskarte; die letztere ist ferner der Kasse bei der erfolgenden Krankmeldung vorzulegen.

Mit durchschnittlicher Tageslohn, nach dem der Betrag des Krankengeldes, des Sterbegeldes und der wöchentlichen Beiträge zur Kasse zu berechnen ist, gilt bis auf weiteres:

für die I. Klasse der Tag von 4,00 M.	II.	3,50
	III.	3,00
	IV.	2,50
	V.	2,00
	VI.	1,50

Das Krankengeld beträgt: für Mitglieder der I. Klasse 2,00 M.

II.	1,75
III.	1,50
IV.	1,25
V.	1,00
VI.	0,75

Das Sterbegeld beträgt: für Mitglieder der I. Klasse 2,00 M.

II.	1,75
III.	1,50
IV.	1,25
V.	1,00
VI.	0,75

Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen: für Mitglieder der I. Klasse 72 Pf.

II.	63
III.	54
IV.	45
V.	36
VI.	27

Die Beiträge und Eintrittsgelder werden für die versicherungspflichtigen Mitglieder durch Kassenboten eingeholt. Arbeitgeber, welche an den Kassenboten Zahlung nicht leisten oder von demselben nicht angetroffen werden, haben die Beiträge spätestens binnen einer Woche unmittelbar bei der Kassenverwaltung abzuliefern. Die Zahlung der nach Ablauf dieser Frist verbleibenden Reste wird vor der Einleitung des Bewilligungsantragsverfahrens mittels einfacher Briefes erinnert und sind die mit Beiträgen verbleibenden Arbeitgeber verpflichtet, in diesem Falle eine Mahngebühr nicht den entstandenen Portoauslagen zu zahlen. Die Mahngebühr beträgt:

bis zu 3 M.	10 Pf.
von 3-15	20
15-150	40
über 150	75

Die Mahngebühr wird nicht den Portoauslagen mit den rückständigen Beiträgen eingezogen.
Schöneberg, den 1. Januar 1902.
Gemeinsame Ortskrankenkasse für Schöneberg und Friedenau.
H. Wölter, Fr. Marx, Vorsitzender, Schriftführer.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.
Ökonomin: Gustav Prallspoor.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr
Sonntag 7 Uhr.

Cirkus Busch

Sonnabend, 11. Jan., abds. 7 1/2 Uhr:
Klondike. Original-Pantomime des Cirkus Busch. Musik. der Jones.
III. Platz 1 M.

Nicht überschen!

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich das Gartenfest mit Dampfheizung
Köpenick, Grünauerstr. 70
übernommen habe, bitte daher im regen Zutritt. Für reelle und gute Bedienung ist bestens gesorgt.
Achtungsvoll **Fritz Jonas.**

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Charlottenburg. Am Donnerstag, den 9. d. Mts., berichtet nach kurzen Krankenlager unter Verbandsmitgl., der Kollege Hermann Dräger. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Borsig-Kirchhofes, Charlottenburg, Bärnchenbrunn Weg, statt. Um recht zahlreichere Beteiligung bitten

Die Ortsverwaltung. H. A. August Pohl.

Am Mittwoch, 8. Januar etc., sind an den Folgen eines Betriebsunfalls unter lieber Kollege, der Buchdruckermeister August Stephan and Verlu. geb. 3. Oktober 1842 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. d. Mts., nachmittags 4 Uhr auf dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde statt. Berlin, 10. Januar 1902. Die Kollegen 1900/04 d. Norddeutschen Buchdrucker.

Feys Gesellschaftshaus, Brunnenstraße 164. Mein Saal ist an einem februarsonnabend frei geworden. Auch ich derselbe noch zu Oben zu vergeben.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII. 353. Sonntag, den 12. Januar 1902, vormittags 10 Uhr: Versammlung

der Gas-, Wasser- und Heizungs-Rohrleger und Helfer im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4. Tages-Ordnung: 1. Rechenschaftsbericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Rennewahl der Kommission. Zu dieser Versammlung sind die Kollegen, die bei Innungsarbeiten arbeiten, ganz besonders eingeladen.

Sonntag, den 12. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Wehler, Wrangeistraße 136: Morgensprache der Schraubendreher.

Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Töpfer. Todes-Anzeige. Am Mittwoch, den 8. Januar, verschied unter Mitgl., der Kollege Rudolf Lüsich an der Choleraerkrankheit. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Sonnenmünderstraße 63, aus nach dem Friedhof der französisch-reformierten Gemeinde in Hankow, Wollanstraße, statt. Reges Betheiligung erwartet 195/4 Der Vorstand.

Nachruf! Den Mitgliedern des

Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zur Kenntnis, daß der Kollege (Tichter) Karl Wernicke am 17. September 1901 verstorben ist. Er war trotz seiner Jugend ein eifriges Verbandsmitglied. 77/11 Ehre seinem Andenken. Die Ortsverwaltung.

Ist das billig? 100 Stüd 6 Zl. lang 0.60. 100 - 7 - Wickenstoffe 0.70. 100 - 7 - 0.85.

1. Str. Henckels Werke, das Beste auf dem Markt, ungepakt 0.75. Industrie- u. Brauereis 0.65. Josef Fischer, Chabuhof, Mitte, Brombergstr. 19-21, ab Montag.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis Den Mitgliedern, welche in der Schönhauser Vorstadt wohnen, zur Nachricht, daß am Sonntag, den 12. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Wernau, Schwedterstraße 23/24, die Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher erfolgt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. Den Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis, dass am Montag, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Müllerstraße 7a, eine Vorstandssitzung stattfindet.

6. Wahlkreis. Sonntag, den 12. Januar, abends 6 Uhr, im „Kolberger Saal“, Kolbergerstraße Nr. 23: Öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Waldeck Mannasse über: „Kirchen und Reformen“ 2. Diskussion. 3. Nachdem: Geselliges Beisammensein. Um zahlreiches Besuch bitten Die Vertrauensperson.

Vergolder! Montag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal des Herrn Merkwowsky, Andrenstraße 23, eine Versammlung aller in Vergoldergewerbe Beschäftigten und zur Zeit Arbeitslosen statt. Es sind Vorschläge getroffen, daß in dieser Versammlung keine Getränke verabfolgt werden; also ist es jedem möglich, diese Versammlung zu besuchen, ohne Geld auszugeben. Es erwartet einen zahlreichen Besuch Der Einberufer.

Verband der Möbelpolierier. Montag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Puffstraße 10: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Delegierten. 2. Wahl 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Entgegennahme der Kontrollberichte. Die Kollegen von der Firma Weidler sind hiermit eingeladen.

Montag, den 20. Januar: General-Versammlungen in Berlin und Reigensee. Mitglieder, welche Wünsche zum Jahresbericht haben, werden ersucht, dieselben an H. Schulz, Wernigerstraße 60a, zu senden. Der Maskenball findet am 8. März statt. Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Drechsler und verwandter Gewerbe. Montag, den 20. Januar 1902 abends von 7 1/2 - 9 Uhr Wahl - Versammlung im Gewerkschaftshaus Engel-Ufer 15.

Baer Sohn Ein grosser Export. Ein detail. Schaufferei 24a-25, Brückstraße 11, Gr. Frankfurterstr. 20. Die 18. Versichte der Saison 1901/1902 über gefamte Ferven- und Rachen-Verfichtung (Küfinge 1 Million) wird sofort und portofrei zugefandt. Bestand von 20 M. an franco-Bei Bestellung genügt Angabe der Druck- u. Bandweite u. Schriftgröße. Obige Preise gelten für normale Größen. 3200/9

Lokal-Bezirk übernahmen habe. Reise ersorderlichen Kenntnisse legen sich in den Stand, allen Anforderungen zu genügen und bitte um Zuspruch. Güter Fränkisch, Wittig- und Wendenisch, Hochstadt. Wilh. Peters. Die werten Vereine, welche bei meinem Vorgänger das Lokal zu Verhandlungen befehlt hatten, bitte ich, um Fortsetzung zu vermindern, die Bestellung bei mir zu erneuern.

A. Stippkohls Reparatur Köpenick, Schönwäldersstr. 5. Arbeiter - Verkehrslokal für gute Speisen u. Getränke ist bestens gefahrt.

2. Ziehung 1. Klasse 206. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 10. Januar 1902, nachmittags. Aus der Gewinne über 60 Mtl. sind den betheiligten Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers for the 2nd drawing of the 1st class of the Prussian Lottery. Columns include numbers and their corresponding prizes.

120142 53 59 121043 52 734 832 063 122067

Table with lottery numbers for the 1st drawing of the 206th class of the Prussian Lottery. Columns include numbers and their corresponding prizes.

2. Ziehung 1. Klasse 206. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 10. Januar 1902, nachmittags. Aus der Gewinne über 60 Mtl. sind den betheiligten Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers for the 2nd drawing of the 1st class of the Prussian Lottery. Columns include numbers and their corresponding prizes.

120305 403 757 846 (150) 955 60 121047 104

Table with lottery numbers for the 1st drawing of the 206th class of the Prussian Lottery. Columns include numbers and their corresponding prizes.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 10. Dezember.

Wie immer um die Jahreswende, fehlte es auch diesmal nicht an allerlei Betrachtungen und Prophezeiungen von Seiten kaufmännischer Korporationen, Bankdirektoren, Großhändler und Großindustriellen über die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im neubeginnenden Jahr. Erhält man die verschiedenen Auslassungen zusammen, erhält man eine reiche Blütenlese der verschiedenartigsten Auffassungen der Wirtschaftslage, in der jeder nach seinem besonderen Geschmack das ihm Zulagende findet, der Pessimist, der noch lange den Tiefstand der Krise nicht für erreicht hält, und der noch immer in der freudigstlichen Stimmung der Silvesterwoche befindliche Optimist, der überall schon die Anzeichen zu einem neuen Aufschwung zu sehen glaubt. An der Waise herrscht entschieden die optimistische Auffassung vor. Das neue Jahr hat mit einer fast allgemeinen Aufwärtsbewegung der Kurse eröffnet, die besonders Bananien und Montanwerte in ihren Kreis zog; doch sind auch die Elektrizitäts-, Cement-, Holz- und sogar Schiffbauaktien in die Höhe gegangen. Die Gründe, auf welche hin diese Kurssteigerungen erfolgten, sind durchweg recht zweifelhaften Charakters, zumeist nichts als leere Vermutungen, um nicht zu sagen Erfindungen, zum Beispiel das Gerücht, es seien bereits auf der Basis des Verrechnungspreises von 15 M. große Lieferungen vom Coalsyndikat mit den Hochofenwerken abgeschlossen, oder die Nachricht, die Seetarife für Eisen würden weiter erniedrigt werden, die Aussichten für den Eisenexport nach England bessehten sich, die Verhandlungen wegen des Zusammenschlusses der Stahlwerke verpächten baldigen Erfolg, die preussische Staatsbahn hätte ihre Lokomotivbestellungen bedeutend erhöht und eine Reihe weiterer Aufträge würde demnächst folgen etc.

Wehrfach stellten sich derartige Meldungen schon am nächsten Tag als das heraus, was sie waren: bloße Vermutungen; allein die von verschiedenen autoritativen Seiten prognostizierte Ueberwindung der Krise hat nun mal eine hoffnungsvollere Auffassung der Lage erregt, die bei der noch der Illimo-Anspannung wieder hervorgetretenen zunehmenden Selbstlosigkeit der Unternehmungskreise ansteht. Hinzu kommt, daß hinsichtlich einzelner Anzeichen, die sich als eine Besserung der Geschäftslage deuten lassen, vorhanden sind. Die Nachfrage der Hochöfen nach Coals ist immerhin eine etwas stärkere geworden, die Textilindustrie, speziell die jächische, hatte in den letzten Wochen zahlreiche Neubestellungen zu verzeichnen, und nachdem bereits lebhafte im Rheinland und in Westfalen verschiedene Vereinigungen der Eisenbranchen geringe Preisserhöhungen durchzusetzen vermochte, hat nun auch der schlesische Walzwerk-Verband einen Preisauflage beschlossen. Selbst die augenblicklichen Aussichten für eine Fortsetzung des Eisenexports nach England scheinen trotz des Daniederliegens der englischen Schiffbau-Industrie günstiger zu sein, als man noch vor wenigen Wochen angesichts der plötzlichen Erschütterung des englischen Metallmarktes annehmen durfte.

Im Vergleich zu der wirtschaftlichen Gesamtlage haben diese Anzeichen einer einsetzenden Besserung nur geringe Bedeutung. Vielfach erklären sie sich sehr einfach; so ist beispielsweise die Geschäftsoberleitung der Textilindustrie zu einem wesentlichen Teil darauf zurückzuführen, daß manche Rodenfabriker vor Weihnachten in ihrer Ungewißheit über den Gang des Weihnachtsgeschäfts mit den Bestellungen möglichst zurückgehalten haben und nun, nachdem sich der Weihnachtsumsatz doch teilweise größer herausgestellt hat, als erwartet wurde, zur Komplettierung ihrer Lagerbestände schreiten. Indes in dem Wechsel zwischen Hoffnung und Verzagen, das schon seit Monaten die Geschäftswelt beherrscht, haben diese kleinen Besserungsercheinungen im Verein mit den günstigen Meinungsänderungen finanzieller Autoritäten zur Zeit wieder die Öffnung nach oben geschnitten und sobald sich solche günstigere Stimmung zeigte, lag es ganz selbstverständlich im Interesse der großen industriellen Unternehmungen wie besonders der Banken, durch Annäherung an die Marktliquidität nachzugeben; verschälten die Banken durch diese Vorüberleistung doch nicht nur ein weiteres Zurückziehen ihres Kundenpublikums, sondern erlangten auch die Möglichkeit, im weiteren Fortschritt der Aufwärtsbewegung ihren überreichen Effektenbestand zu relativ guten Kursen etwas zu erleichtern; eine Berechnung, die sich bald als richtig erwies, denn die meisten Verkäufe gingen von den Banken aus. Dabei boten wieder, ähnlich wie bei der Hausbewegung im November, selbst ganz kleine Kaufordere schon Anlaß zu bedeutenden Kurssteigerungen am Aktienmarkt, so daß mehrmals, um nicht zu offenbaren Täuschungen Anlaß zu geben, die betreffenden Kurse gestrichen wurden.

In welchem Maße sich wieder eine unangebrachte Hoffnungseligkeit gewisser Kreise bemächtigt hat, zeigt die Thatsache, daß sogar die Schiffbauaktien steigen, in Hamburg erdhichten z. B. Paketfahraktien am 6. Januar ihren Stand bei ziemlich starken Kursniedrigungen mehrmals recht beträchtlich, obgleich sich an der Lage des Produktionsmarktes nichts geändert hat; im Gegenteil, die Ueberproduktion an Schiffsräume stellt sich als größer heraus, wie angenommen ist — allein in Großbritannien und Irland sind im vergangenen Jahr an 1,8 Millionen Tons Neubauten vom Stapel gelassen — und die neuerdings auftauchenden Projekte einer Verkleinerung der Lohland-Pinte und Atlantic Transport-Pinte mit der American-Pinte, sowie die Meldungen von beabsichtigten weiteren Schiffankäufen des Morgan-Syndikats bedeuten gerade für die beiden großen deutschen Dampferlinien weitere Verschärfung der Konkurrenz.

Noch auffälliger ist das Steigen der Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, deren Kurs am 7. Januar an der Berliner Börse — auf das Gerücht hin, daß der Betrieb verstaatlicht werden solle und bereits die Thronrede einen darauf bezüglichen Passus enthalte — um 7 Proz. höher lag. Seit 1899 die Gelsenkirchener Gesellschaft mit der Zeche Vonsiacus depandiert worden ist, scheinen ihre Aktien zum Spekulationspapier par excellencas auszuweisen zu sein. Vor einigen Monaten noch hieß es, die Gelsenkirchener würden der Dortmunder Union die Zeche „Hausmann“ abnehmen, dann tauchten nach und nach immer zuverlässigere Gerüchte über eine Verstaatlichung auf, die sich am 7. d. Mts. zu der oben erwähnten Version verdichteten. Als weder die Thronrede noch die Staatsausstellung dafür irgend einen Beleg lieferten, hieß es plötzlich am nächsten Tage, Krupp beabsichtige das Bergwerk anzukaufen, und nun meldet die „Ameisich-Westfälische Zeitung“ wieder, die Regierung plane doch den Erwerb und sei zur Zahlung von 200 Proz. — die Roterung war in den letzten Tagen ca. 180 — bereit, zahlbar in 3/2 prozentigen preussischen Anleihen.

Vorläufig erscheint es selbst nach so manchen Ueberraschungen der letzten Jahre noch immer recht zweifelhaft, daß die Regierung sich in der jetzigen Zeit der Finanznot und zu dem genannten Kurse — Ende September stand der Kurs ca. 153 — zu dem Geschäft, das ungefähr 120 Millionen Mark erfordert, verstehen wird. Jedenfalls ist die von der „Ameisich-Westf.“ genannte Motivierung, daß der Regierung daran liege, die Stimme im Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat zu erhalten, recht wenig stichhaltig. Wenn es der Regierung darum zu thun sein sollte, der Freipolitik des Syndikats entgegenzutreten, bieten sich dafür unbedingt andre, geeignete Mittel.

*) Die „Nordd. Allgem. Zig.“ bringt soeben in letzter Nummer folgendes Dementi:

„Im Hinblick auf die Klärung der Verhältnisse, die den Verkauf der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft durch den preussischen Staat, sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß über einen solchen Verkauf weder verhandelt worden ist, noch verhandelt wird.“

Reinigungsmache und Reinigungsäufe, das ist der Grundzug der letzten Vorgänge; ein nur halbwegs starker Wind aus anderer Richtung kann spielend den ganzen Stimmungsbau umstoßen. Eine gewisse Abschwächung der Tendenz brachten schon die beiden letzten Tage.

Weit wichtiger für die Beurteilung der Gesamtwirtschaftslage und die wahrscheinliche Weiterentwicklung der Krise ist die Haltung der New Yorker Börse, an der in der zu Ende gehenden Woche mannigfache, wenn auch im ganzen nicht gerade bedeutende Kursabfälle trotz demonstrativer Käufe der Haussiers erfolgten, und die eine zunehmende Neise, eine fast ängstlich zu nennende Unsicherheit zeigte. Zugleich mehren sich die Gerüchte über die schwierige Geschäftslage einzelner Trusts und Syndikate, während bei andren die Einnahmen als unbefriedigend gefunden werden; so führte vorgestern die Mitteilung der Vierteljahreserinnahmen der United States Steel Cooperation zu einem heftigen Verkaufsandrang der Werte dieses Trusts. Ob diese Unsicherheit nur eine vorübergehende Rückwirkung der für nächste Woche in Aussicht stehenden Goldexporte auf die Lage des Geldmarktes sowie über den Ausgang des beim obersten Gerichtshof anhängigen Verfahrens gegen die Northern Securities Company ist, oder ob in der Schwüle der New Yorker Börse bereits die Anzeichen eines heraufziehenden Gewitters zu erblicken sind, läßt sich kaum beurteilen, am wenigsten von hier aus. Fast scheint es, nach den günstigen Berichten über die Thätigkeit in den verschiedenen Industrien, besonders der Eisen- und Stahlindustrie, den Frachtverkehr, die zunehmende Nachfrage nach Eisen- und Baumwollwaren, als sei die kapitalistische Wirtschaft der Union noch nicht bis zum Wendepunkt gelangt. Jedenfalls verdienen die dortigen Vorgänge die höchste Beachtung, hängt es doch in erster Linie von der Gestaltung der amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse ab, welchen weiteren Verlauf auch in Deutschland die Krise nehmen wird.

Aus Industrie und Handel.

Terrorismus der Syndikate. Zu welchen Mitteln die Syndikate greifen, ihren Einfluß auszudehnen, dafür bietet das Kohlen- und Holzsyndikat zahlreiche Beispiele. Nicht nur gegen die Konkurrenten richten sich diese Vereinigungen, sondern auch gegen die Abnehmer, die die Erzeugnisse der Syndikate als Rohprodukte verarbeiten. Bekannt ist, welchen Druck das Kohlen-Syndikat auf seine Abnehmer ausübte, um lange Lieferungsverträge zu hohen Preisen abzuschließen, Verbindungen, die dann für die Abnehmer in dem Krisenjahre den schwersten Schaden brachten. Das Kohlen-Syndikat behält sich in seinen Verträgen den weitesten Spielraum in der Lieferung vor, ohne doch dem Käufer das gleiche Recht zugestanden wäre und nicht besser liegen die Dinge mit dem Coalsyndikat. Noch weiter geht nun der Verband deutscher Drahtwerke, der seinen Abnehmern folgende Bedingung im Liefervertrag stellt:

Die unterzeichnete Firma verpflichtet sich hiermit als Abnehmer von Walzdraht, ihren Bedarf an Walzdrähten aller Art nur von denjenigen Werken zu beziehen, welche dem Verband deutscher Drahtwerke angehören, und dafür Sorge zu tragen, daß das von ihr bezogene Walzdrahtmaterial weder als Walzdraht, noch als gezogenes Draht zur Herstellung von Drahtstiften im inländischen Wettbewerb gegen den Verband deutscher Drahtstiftfabrikanten Verwendung findet. Diefelbe hat daher bei Weiterveräußerung des bezogenen Materials die erforderlichen Vorbezugsmahregeln zu treffen. Sie verpflichtet sich ferner, daraus gezogenen Draht, soweit derselbe zum Verkauf kommt, nicht unter 1 M. Aufschlag über den jeweiligen Walzdraht-Grundpreis zu berechnen und zu liefern. Als Lieferung gilt auch das Ziehen in Lohn. Bei wissentlicher oder fahrlässiger Zuwiderhandlung gegen die hiermit übernommenen Verbindlichkeiten verweist die unterzeichnete Firma alle ihr vom Verband deutscher Drahtwerke angebotenen Preisverhandlungen (Konkulation und Ausfuhrvergütung) auf alle vom Verband bezogenen Walzdrahtmengen. Die Verkaufsstelle hat außerdem das Recht, laufende Kaufverträge bezüglich der noch nicht abgenommenen Mengen sofort aufzulösen. Zur Sicherheit für die Einhaltung dieser Verbindlichkeiten hat die unterzeichnete Firma dem Verband deutscher Drahtwerke pro Tonne ihres vierteljährigen Walzdrahtbedarfs eine Kaution von 20 M., mindestens aber 3000 M. in guten börsennotierten Wertpapieren oder in eigenen Wechseln ohne Datum und Verfalltag bei dem Bankhause Delbrück, Leo u. Co., Berlin W., zu hinterlegen und gestattet bei etwaiger Zuwiderhandlung die Einziehung der Kautionbeträge.

Der Verband deutscher Drahtwerke offeriert dann weiter seinen Abnehmern das Material 15 M. die Tonne teurer als der Preis notiert und stellt ihnen eine Rückvergütung von 15 M. in Aussicht, die den Verpflichtungsgeldern anerkennen. Die Zwangsbedingung der Käufer ist klar, außerhalb des Verbandes können sie ihren Bedarf nicht decken, weil die Organisation des Syndikats eine ausgedehnte ist, ergo müssen sie sich den Bedingungen des Verbandes deutscher Drahtwerke fügen. Der Verband selbst aber nicht nur seine Abnehmer, sondern weist auch als Zutreiber für das Drahtstiftsyndikat, denn nur die Mitglieder dieses Syndikats können auf Lieferabschlüsse rechnen. Weiter kann der Terrorismus der Syndikate kaum getrieben werden.

Das Holzsyndikat hat nunmehr, nachdem die außerhalb stehenden Werke bis auf eins sich angeschlossen haben, seinen Kampfspreis aufgegeben und wieder eine Erhöhung der Preise für Kainit auf 1,50 M. und für Karnalit auf 0,90 M. pro 100 Kilo eintreten lassen.

Dem Vorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller sind aus zuverlässiger Quelle Mitteilungen über eine bedeutende Anzahl russischer Firmen zugegangen, die als nicht vertrauenswürdig oder als schlechte Zahler bekannt sind. Nähere, jedoch nur mündliche Auskunft hierüber erhalten Interessenten werktäglich während der Dureaufstunden auf dem Vereinsbureau, Krausenstr. 35.

Beschleunigung der Bauhätigkeit. Um dem Druck, der gegenwärtig auf dem wirtschaftlichen Leben lastet, nach Kräften entgegenzuwirken, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die Eisenbahn-Direktionen veranlaßt, die Bauhätigkeit der Eisenbahnverwaltung nach Thunlichkeit zu erhöhen. Wiefach wird der Baubeginn trotz der bereitstehenden Mittel dadurch hinausgeschoben, daß die landespolizeiliche Prüfung oder das Enteignungsverfahren nicht zeitig zum Abschluß gebracht werden können.

Die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten sind ersucht worden, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß durch schnelle Abwicklung derartiger Verhandlungen der Minister in seinen Bestrebungen überall unterstützt wird. Auch wird in gleicher Absicht auf die Städte und sonstigen Selbstverwaltungsorganen dahin einzuwirken sein, daß sie die mit der Eisenbahnverwaltung zu führenden Verhandlungen über die Vorbedingungen von Bau-Ausführungen beschleunigt werden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Socialdemokratischer Wahlverein Groß Lichterfelde-Lankwitz. Sonntagmorgen 1/2 Uhr bei Richter, Chausseestr. 104, ordentliche Generalversammlung. Vortrag des Genossen Ed. Bernstein über „Parteiampfe in frischer Zeit“. Vorstandbericht und Rechnungsabrechnung. Stellungnahme zu den Kommunalwahlen in Lichterfelde und Lankwitz. — Auf die Sonntagmorgen stattfindende Flugblatt-Verteilung wird nochmals hingewiesen und um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Treptow-Baumhülseweg. Morgen Sonntag findet eine Flugblatt-Verteilung zu den Kommunalwahlen und zur Gewinnung von Wahlvereinsmitgliedern statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich Sonntag früh 9/8 Uhr am Bahnhof (Baumhülseweg) und um 8 Uhr im Restaurant Staffelt, Baumhülsestr. 84-85, einzufinden.

Spandau. Auf die morgen (Sonntag) nachmittags 4 Uhr hiersebst im Besonderen Lokale stattfindende öffentliche Versammlung für Männer und Frauen wird hiernit noch ganz besonders aufmerksam gemacht. Die Genossin Dr. Luxemburg referiert über das Thema: „Die Wissenschaft und der Arbeiterkampf.“ Es wird um recht regen Besuch gebeten. Die Arbeiter-Bildungsschule beginnt am Montagabend 8 Uhr mit dem Unterricht. Ueber das Nähere siehe die morgige Nummer der „Laternen“.

Lokales.

Im städtischen Obdach beherbergt die Familienabteilung am 1. Januar 1902 nur noch 80 Familien mit 264 Köpfen und ohnerdem 124 einzelne Personen, während am 1. Januar 1901 sich 181 Familien mit 647 Köpfen sowie 109 einzelne Personen in der Abteilung befunden hatten. Im letzten Monat des Jahres 1901 sind im täglichen Durchschnitt etwa 200 Personen weniger beherbergt worden als im letzten Monat von 1900. — Die Abteilungs für nächtlich Obdachlose wurde im Dezember 1901 von 76 626 Männern und 4315 Frauen aufgeführt, während im Dezember 1900 hier 45 876 Männer und 5170 Frauen genädigt hatten. Die Zahl der obdachlosen Männer ist also um 80 251, d. h. um 60% Proz. der Zahl vom Dezember 1900, gestiegen. So wirkt die Arbeitslosigkeit, deren Umfang nach Ansicht des Magistrats noch immer nicht groß genug ist, um die Ergriffenheit besonderer Maßregeln zu rechtfertigen! Bei den Frauen ist im nächtlichen Obdach eine Verminderung der Frequenz eingetreten. Sie erklärt sich daraus, daß im Jahre 1900 die Frauenabteilung des nächtlichen Obdachs mit Entlastung des damals infolge der Wohnungsnot überfüllten Familienobdachs benutzt worden war.

Die Errichtung einer städtischen technischen Mittelschule, die bereits seit längerer Zeit beschlossene ist, ist jetzt von der Gewerbe-Deputation im Prinzip beschlossen worden. Sie soll zwischen den Fachschulen und dem Polytechnikum ein Mittelglied bilden, das etwa den königlichen Maschinenbau-Schulen zu vergleichen wäre. Bedingung für die Aufnahme würde hinsichtlich der praktischen Vorbildung eine mindestens zweijährige Thätigkeit in Werkstätten und Fabriken sein. Für die wissenschaftliche Vorbildung soll im allgemeinen das Zeugnis für den einschlägig-beruflichen Dienst gefordert werden, doch soll in besonderen Fällen davon abgesehen werden, wenn durch eine vor der Aufnahme abzulegende Prüfung der Befähigung der erforderlichen Vorbildung nachgewiesen wird.

Die Zusage des Grafen von Schlieben nach den auf Ostfeldern gestrichelten Arbeiten ist in Berlin, wenn auch in bescheidenem Maße, gefüllt worden. Zu dem Antrage des Grafen von Schlieben, welcher im Herrenhause verhandelt wurde, erfahren wir nämlich, daß der Frage der Rückbeförderung von arbeitslosen Arbeitern in ihre Heimat hier in Berlin schon seit Wochen auf Anregung des Vorsitzenden des Centralvereins für Arbeitsnachweis, Dr. Freund, näher getreten worden ist. In den Räumen des Centralvereins für Arbeitsnachweis am Alexanderplatz hängt eine Bekanntmachung aus, in welcher sich die Verwaltung bereit erklärt, „Personen, die wegen Mangel an Beschäftigung den Wunsch hegen, in die Heimat zurückzukehren, zu diesem Zwecke Fahrkarten kostenlos zur Verfügung zu stellen“. Insgesamt sind bis jetzt 39 Personen nach den verschiedensten Gegenden des Reichs zurückbefördert worden; der Kostenaufwand hierfür betrug 300 M. Unter den 39 Personen waren zahlreiche Arbeiter. Personen, welche die Rückbeförderung wünschen, haben ihre Anträge persönlich im Bureau des Centralvereins für Arbeitsnachweis (Stadtbadbogen 104, am Alexanderplatz) zu stellen. Nach eingehender Prüfung der Anträge erfolgt die Zahlung der Reisefahrkarten (event. auch die Zahlung eines kleinen Zehrgeldes) durch die Verwaltung des Arbeitsnachweises.

Ein Meisterwerk und Ehrenschmuck. Wie sehr der Kaiser davon überzeugt ist, daß man es in den 32 Fürstentumsländern in der Sieges-Allée mit hervorragenden Kunstwerken zu thun hat, zeigt das folgende Antwortschreiben, welches von ihm auf eine Neujahrsglutation hin an den Magistrat gerichtet ist:

Dem Magistrat danke ich vielmals für die freundlichen Glückwünsche, welche mir derselbe zum neuen Jahre ausgesprochen hat. Wenn habe ich zugleich den Ausdruck des Dankes entgegengenommen, welchen der Magistrat mir namens der Reichshauptstadt anlässlich der Gedenkfeier der Denkmalsgruppen in der Sieges-Allée in der Glückwunschsadresse dargebracht hat. Ich freue mich, daß das von mir unternommene Werk durch die hervorragende Arbeit Berliner Künstler in einer so würdigen Weise durchgeführt und meine Absicht, meiner Haupt- und Residenzstadt einen alleseitig bewunderten Ehrenschmuck zu stiften, voll erreicht ist. Der Enthusiasmus der Meisterwerke wird, wie ich hoffe, der Berliner Bürgerhaft für alle Zeiten ins Herz und Gedächtnis einprägen, was Berlin und das gesamte Vaterland der weisen Fürsorge einer solcher Reize von Fürsten verschiedener Häuser zu danken hat. Neues Palais, den 8. Januar 1892.

gez. Wilhelm, K.

Ku den Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Berlin.

Vom Milchriege. In Rücksicht auf die Rentabilität verschiedener Läden der Centrale für Milchverwertung sind in den letzten Tagen eine Anzahl der Verkaufsstellen verlegt worden. Die Hoffnung, durch Uebernahme von Handverkauft-Artikeln eine Deckung der bedeutenden Milch- und Kostenspeisen für die einzelnen Verkaufsstellen herbeizuführen, hat sich nicht erfüllt, da der Abzug dieser Nebenartikel ein ganz minimaler ist. Im kommenden Frühjahr dürfte voraussichtlich ein Milchmangel, wie er sich im vorigen Jahre geltend machte, nicht wieder eintreten, um so weniger, als es den Milchhändlern gelungen ist, zum Teil in unmittelbarer Nähe Berlins neue Pachtverträge abzuschließen, während Abzügen laufender Pachtverträge nur in vereinzelten Fällen stattgefunden haben. Es ist also zu erwarten, daß durch die Fortdauer des Milchrieges die Berliner Bevölkerung nicht mehr in Mitleidenschaft gezogen werden wird.

Endlich. Mit der Wetter-Vorhersage haben sich zwar schon manche Leute befaßt, aber so glücklich wie dies ein Herr Marti in Albau zu stande bringt, scheint die schwierige Kunst trotz Halb noch keinem gelungen zu sein. Dieser Herr hat uns eine gedruckte Tabelle zugesandt, in der einleitend folgende Karen Bessege verkündet werden:

1. Die Atmosphären von „Mercur“ in Zusammenkunft (Konjunktion) mit Uranus oder Saturn; von Venus mit Jupiter oder gewissen Keinen Planeten wie Nr. 3; 56; 66; 95; 235; 242 und vielen andren mehr erregen die gegenüberliegenden Stellen der Sonne, welche diese Erregung bei ihren nächsten 3-4 Rotationen auf die Erde überträgt und da im Sommer Regen mit Gewittern, im Winter Regen mit Stürmen hervorbringt. 2. Die wirkende Kraft ist nicht Anziehung (Attraktion), sondern Strahlenbildung zweier sich ergänzender Elemente jener Atmosphären; Entfernung und Masse der Planeten sind also ohne Einfluß. 3. Die stärksten und häufigsten Zusammenkünfte sind Mercur mit Uranus und Mercur mit Saturn.

Wer hieraus zufällig noch nicht Kund geworden ist, der wird aus der beigefügten Erklärung vollends gesetzt werden;

Im Winter muß zu den Daten der Colonnen 2-6 Tage Verspätung zugefügt werden, da die Luft wegen ihrer Kälte, Trockenheit und Schwere weit schwieriger in Bewegung zu setzen ist.

Das freundliche Anerbieten des Herrn Propheten, die genaue Wettertafel auf dem Blatt als Beilage beizufügen, müssen wir, trotzdem viel Verlockendes darin liegt, leider ablehnen. Vereinstvorbände, denen das Wohl ihrer Mitglieder bei Sommerpartien am Herzen liegt, wollen sich wegen der Prognose daher schon an Herrn Marti selber wenden.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit läßt in manchen Unternehmen die Vorstellung aufkommen, daß sie arbeitssuchenden Personen geradezu mehrerlei Anstellungen machen können. Vor uns liegt ein von der Mechanischen Werkstatt Voigt u. Hochgesang in Göttingen verfaßtes Schriftstück folgenden Inhalts:

Da mein bisheriger Beruf, welcher 15 Jahre lang in meinem Geschäft thätig war, eine feste Anstellung an hiesiger Universität erhalten hat, würden Sie bei mir eine sichere Lebensstellung finden, vorandgesetzt, daß Ihre Leistungen meinen Anforderungen entsprechen. Das Gehalt würde sich ganz nach den Leistungen richten, einstellweise würde ich Ihnen vierundzwanzig Mark pro Monat zuzahlen, wovon hier ein verheirateter Mann schon ganz anständig leben kann. Bei wirklich guten Leistungen bewillige ich natürlich einen höheren Verdienst. Dem Metallarbeiter-Verband dürfen Sie nicht angehören.

Bei einer Mark Lohn für den Arbeitstag dürfte das von der Firma verlangte Opfer der gewerkschaftlichen Pflichtverpflichtung allerdings nicht schwer fallen. Die Herren Voigt u. Hochgesang scheinen bei Annahme des Arbeitslohnes sich nach dem bekannten Stützpunkt der polnischen Ansiedlungsgesellschaft gerichtet zu haben. Oder sollten in preussischen Strafanstalten noch bessere Arbeitsbedingungen bestehen?

In der Frage der Tellerfassungen scheint auch die Polizeibehörde jetzt von der früher so sehr beliebten Praxis abzuweichen zu wollen. Eine langatmige Zeitungsmeldung besagt: Wie der Minister des Innern zur Kenntnis der Polizeibehörden bringt, hat das Kammergericht den in früheren Erkenntnissen vertretenen Standpunkt, daß Polizeiverordnungen, in denen die Veranstaltung und Ausführung öffentlicher Kollektionen ohne Genehmigung des zuständigen Oberpräsidenten unter Strafe gestellt ist, auch dann zur Anwendung kommen, wenn es sich um die Veranstaltung von Geldfassungen in öffentlichen Versammlungen (sog. Tellerfassungen) oder um Erhebung eines Eintrittsgeldes von unbestimmter Höhe, sowie um Aufforderungen zu Sammlungen in öffentlichen Blättern handelt, neuerdings dahin abgeändert, daß die sogenannten Tellerfassungen nicht zu den genehmigungspflichtigen Kollektionen gehören.

Die Entlassung des Wagenführers Hohn, so schreibt man uns noch, sucht die Straßenbahn-Direktion durch eine in der Freitagnummer des „Vorwärts“ abgedruckte Einseitigkeit zu rechtfertigen. Die Direktion giebt als alleinigen Entlassungsgrund den an, daß der Fahrer während der Fahrt die Hand vom Steuerhebel entfernt hat. Daß dies ein Versehen ist, durch das unter Umständen die Sicherheit des Betriebes beeinträchtigt werden kann, soll durchaus nicht bestritten werden; ebenso wenig kann der Direktion das formale Recht abgesprochen werden, wegen eines solchen Verstoßes einen Angestellten zu entlassen. Aber die Nebenumstände dieses Falles rechtfertigen doch die Annahme, daß die Instruktionen - Widrigkeit, welche der Fahrer beging, nicht der ausschlaggebende Grund seiner Entlassung war. Keiner der Verhältnisse versichern uns, daß ein Versehen der vorliegenden Art, wenn es der Direktion angezeigt wird, wohl mit einem Verweis oder einer Geldstrafe, aber nicht gleich mit Entlassung bestraft zu werden pflegt, und das um so weniger, wenn der Angestellte, wie es hier der Fall ist, noch gar nichts an dem Verstoß hat. Die Direktion giebt ja auch das Verhalten des Fahrers dem Polizeikommissar gegenüber als einen erspöcklichen Umstand an, der mit zur Entlassung beigetragen habe. Wir bemerken dem gegenüber, daß doch zwei einwandfreie Augenzeugen des Vorganges das Verhalten des Fahrers als nicht unangemessen dargestellt haben, und daß, wie uns mitgeteilt wurde, auch die Direktion diese Zeugnisse gehört hat. Würde dem wohl der Schaffner die Entlassung des Polizeikommissars bewirkt haben, wenn er sich nicht zuvor überzeugt hätte, daß der Fahrer in diesem Punkt im Recht wäre? Im Interesse der Verkehrssicherheit sucht ja die Direktion jeden Verkehr zwischen Fahrgästen und Wagenführer - und zwar mit gutem Recht - unmöglich zu machen. Der entlassene Fahrer hat ja auch konsequent und ohne Ansehen der Person der diesbezüglichen Bestimmung Anerkennung zu verschaffen gesucht. Handelte es sich nicht um einen Polizeibeamten, sondern um irgend eine andre Person, so würde das Verhalten des Fahrers vielleicht die Anerkennung der Direktion gefunden haben, denn wir glauben nicht, daß sie jedem Fahrgast, auch wenn er sachverständig ist, das Recht zuerkennet, dem Fahrer Vorschriften über die Ausübung seines Dienstes zu machen.

Nach alledem gehen wir wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Direktion in diesem Falle nicht ein dienstliches Versehen des Fahrers bestrafen, sondern dem sich verlegt fühlenden Polizeikommissar Genugthuung verschaffen wollte.

Es ist ein Fleck! Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hat ein abermaliges Verbot zur Einführung des Fehlfahrerstrafes auf der Straße Spittelmarkt - Friedrichsfelde abschlägig beschieden. Die Ablehnung ist mit dem Hinweis auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens begründet worden.

Die Nachforschungen zur Vergung der Leichen der ertrunkenen Bootinsassen in der Havel sind von den Fischern noch mehrjährigen Bemühungen als aussichtslos anzusehen worden. Es ist unmöglich gewesen, auf der weiten Wasserfläche zwischen Kladow und dem Weiten Horn, wo die Katastrophe vermutlich sich ereignet hat, auch nur mit annähernder Sicherheit die Unfallstelle zu ermitteln. Die Havel hat hier eine fernartige Ausdehnung und auch eine beträchtliche Tiefe; an vielen Stellen ist sie in dieser Gegend über zehn Meter tief. Die Fischer meinen, daß die Leichen vor dem Frühjahr nicht hoch kommen werden.

Ein unabsehbares Unglück wurde am Freitagnachmittag durch schnelles Eingreifen der Feuerwehre und Polizei verhindert. An dem Treffpunkt der Mülser, Gerlach- und Triftstraße war ein Gasballon mit Benzin von einem Wagen gefallen und geplatzt. Das ausgelassene Benzin bildete natürlich eine immense Gefahr sowohl für die rauchenden Straßenpassanten, als auch für die funken-sprühenden Straßenbahnwagen. Eine Explosion konnte großes Unheil anrichten. Es wurde deshalb die Unfallstätte in großen Abständen abgesperrt und mit Sand bestreut, wodurch die Gefahr beseitigt wurde.

Selbstmord eines Dienstmädchens. Margarete Laurisch, die 18 jährige Tochter eines Heilgehilfen, diente seit dem 1. April v. J. bei der Prokuristenwitwe Tieg in der Königgräferstr. 99. Am Tage vor dem 1. Dezember erhielten die Eltern von ihr die Depesche: „Lieber Papa oder Mama, komme sofort“. Als Frau Laurisch diesem Ausruf folgte, lagte ihr die Stiefmutter unter Thänen, sie sei geschlagen worden, weil sie einen Kaffeetrichter zerbrochen habe, und wolle den Dienst verlassen. Die Stiefmutter beruhigte sie und veranlaßte sie, zu bleiben, da es keinen guten Eindruck machen würde, wenn sie den ersten Dienst vorzeitig aufgäbe. Am nächsten Tage aber kündigte ihr Frau Tieg, die jede Mißhandlung bestrift, zum 1. Januar, weil sie in ihrer Abwesenheit einen Verbot zuwider mit ihrer 13jährigen Tochter auf die Straße gegangen sei und sich dort mit Droschkentischern unterhalten habe. In der folgenden Nacht verhielt sich das Mädchen, nachdem es an die Eltern Abschiedsbriefe geschrieben hatte. Der Vater erhielt folgende Zeilen: „Lieber Vater! Verzeihe mir mein Vergehen, aber ich kann nicht anders, gehe sogar sehr gern in ein andres Leben ein, denn hier hat man doch nichts weiter davon. Es grüßt Dich und Frieda zum letztenmal herzlich Deine Tochter Margarete.“ Auch von der Stiefmutter nahm die Lebensmüde herzlich Abschied. Sie

gehe gern zu ihrer seligen Mutter, denn es werde ihr in ihrer Stellung zu sauer gemacht. Vorgestern fand man die Leiche des jungen Mädchens an der Herculesbrücke im Landwehrkanal.

Eine Diebesbande, welche die Warenhäuser unsicher macht, hat am gestrigen Freitag in den frühesten Morgenstunden dem Warenhaus von Rosenbergs u. Rosfeld in Regal einen Besuch abgestattet. Die Thäter, welche sich den Eingang zum Lokal durch das nach der Straße zu gelegene Kellerfenster, indem sie die Glasscheibe durch Beschloßlöcher sprengten, verschafften, nahmen eine sorgsame Auswahl unter den Lagerbeständen vor und raubten so für etwa 2000 M. Waren, zumeist Verbrauchsgüter und Kleingüter. Die Kriminalpolizei, welche die Recherchen sofort aufnahm, konnte nur feststellen, daß ein Regaler Führer morgens gegen 3/4 Uhr vier Männer, welche schwergefüllte Säcke trugen, das Bahngelände nach der Dabberfer Post zu überschreiten sah. Die mutmaßlichen Thäter sind wohl dann nach der Station Eichhornstraße gewandert, um ihre Beute nach Berlin in Sicherheit zu bringen.

In entsetzlicher Weise, so berichtet die „Berl. Zig.“, haben Scharlach und Diphtheritis in der Familie des Chaumontschen Ehepaars, Stralauer Straße, gewüthet. Noch zu Weihnachten waren Eltern und vier Kinder vereint gewesen, aber sofort nach dem Feste brach das Unheil herein. Am 28. Dezember erkrankte das zweitjüngste Kind, ein zweijähriges Mädchen; es wurde nach dem Krankenhaus geschafft, den Tag darauf aber verschied es. Wieder einen Tag später, und ein fünfjähriger Knabe mußte auch ins Krankenhaus, und ihm folgte am 2. Januar ein dreijähriger. Dieser starb schon am 3. Januar, während der fünfjährige sich bis zum 4. Januar quälte und dann die Augen schloß. Die unglücklichen Eltern mußten den Reich bis zur Reize leeren. Auch das letzte von vier Kindern blieb nicht bei ihnen. Kaum drei Wochen alt, ist es jetzt gestorben, und verzweifelt steht das Ehepaar an vier frischen Gräbern.

Eine Ansehen erregende Verhaftung erfolgte am gestrigen Freitagnachmittag um 1/2 11 Uhr in der Passage zwischen den „Linden“ und der Behrenstraße. Passanten bemerkten, wie ein Postbeamter in voller Uniform mit übergehängtem und unter dem Halse zu geknüpftem Mantel sich an Damen, welche die in den Schaufenstern ausgelegten Waren betrachteten, herandrängte und ihnen in die Taschen zu fassen verfuhrte, wobei er die Hand durch den übergehängten Mantel steckte. Man beobachtete den Mann und ergriff ihn in demselben Augenblick, als er einer Dame das Portemonnaie aus der Tasche herausholte. Hierauf wurde er einem Schutzmann übergeben, der ihn nach dem 2. Polizeibureau in der Ober-Wallstraße brachte. Man will den Postbeamten schon öfter in der Passage bemerkt haben, so daß man es jedenfalls mit einem Longfinger zu thun hat, der, um sicherer „arbeiten“ zu können, eine Postuniform angelegt hat.

Freie Hochschule. (Neidest. S.W. 47, Kreuzbergstr. 50.) Dem Gesandten der neuen Akademie sind beigegeben: Maler Fildes-Höppener, Wilmersdorf. Gehart Hauptmann, Agnetendorf. Dr. Carl Hauptmann, Schreiberhan. Otto Sommerhoff und Teresia Wehner, Berlin. Ferdinand Gregori, Wien. Julius Hart, Berlin. - Bei der feierlichen Eröffnung am Sonntag, den 12. Januar, 12 Uhr mittags, im Bürgerhalle des Rathhauses, sprach Otto Sommerhoff den von Anna Behnisch-Kappstein gehaltenen Prolog. Die Festrede hielt Dr. Bruno Wille.

Feuerbericht. Die letzten 24 Stunden brachten wenig Alarmierungen. Freitag früh kurz vor 4 Uhr wurde die Wehr nach der Eberdwalderstr. 30/31 gerufen, wo ein kleines Schindensener in einer Tischlereiwerkstatt abzulöschten war. Gegen 7 Uhr brannte in der Alsterstr. 62 in einer Küche der Fußboden und die Ballenlage. Kurz darauf hatte sich in der Linsenstr. 77 Petroleum entzündet, wobei aller Hausrath von den Flammen ergriffen wurde, die indes schnell erstickt werden konnten. Donnerstagsabend 7 Uhr hatte Grüner Weg 52 die Klosettverpackung Feuer gefangen. Außerdem mußte noch in der Mittelwalderstr. 2 ein Schornsteinbrand beobachtet werden.

Aus den Nachbarorten.

In die Stadtverordneten-Versammlung in Spandau wurden am Donnerstag die neu- bzw. wiedergewählten Stadtverordneten und Stadträte eingeführt. Vom Oberbürgermeister so wohl wie vom Stadtverordneten-Vorsitzer wurde die Thatfache hervorgehoben, daß von den einzuführenden 16 Stadtverordneten allein 11 zum erstenmal gewählt seien (darunter unsere Genossen Neue, Star, Stellenberg und Wehe) Sonst waren die Einführungswortreden diesmal äußerst inhaltslos. Die Auswahl des Vorstandes, an der sich unsere Genossen gleichfalls und zwar mit eignen Kandidaten beteiligten, die aber natürlich in der Minderheit blieben, hatte folgendes Ergebnis: Stadt. Schröder erster, Stadt. Grätschel zweiter, Vorsitzender, Stadt. Fahrenkrug erster und Stadt. Krempf zweiter Schriftführer. Das erste diesjährige Schornigel zwischen unsrer und der gegnerischen Fraktion gab es bei der Befragung des VI. Ausschusses, der die Wahlen für die einzelnen Kommissionen und Deputationen vorzubereiten hat. Die Mehrheit, welche unsere Genossen in der letzten Zeit, hauptsächlich aus „guten Gründen“, fast regelmäßig an der Befragung der Kommissionen z. fernhielt, zeigte auch heute wieder die bekannten Vergewaltigungstendenzen, indem sie aus unsrer Fraktion den Stadtverordneten Scholz (Soc.) vorschlug, welcher aber seinerseits darauf verzichtete und namens unsrer Fraktion den Genossen Pieper in Vorschlag brachte. Trotzdem wählte die Mehrheit in der deshalb gefolgten geheimen Wahl unsere Genossen Scholz. Wie diesem schon vorher von einem blätterförmigen Stadtverordneten „eröffnet“ worden war, will die Mehrheit zukünftig überhaupt nur diejenigen Mitglieder unsrer Fraktion in Kommissionen und Deputationen wählen, die ihr pasten. Die Mehrheit könnte, wenn sie diese Drohung wahr macht, wozu nicht zu zweifeln ist, allerdings Augenweches erleben!

Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion in Spandau hat sich neu konstituiert und den Genossen Pieper zu ihrem Vorsitzenden und den Genossen Kieper zum Schriftführer gewählt. Es wurde auch die obligatorische Einführung der „Kommunalen Praxis“ für die 9 Fraktionsmitglieder beschlossen.

Aus Hohen-Neuendorf erhalten wir zu der Angelegenheit des Hauswirts Mellin, die bekanntlich am Donnerstag von diesem Herrn „berichtigt“ wurde, die folgende Zuschrift: Gestatten Sie mir auf die Berichtigung des Herrn Mellin-Hohen-Neuendorf folgendes zu erwidern: Es ist absolut unklar, daß Frau Hügler bereits als gefund aus der Chorist entlassen ist, die Frau befindet sich noch dort und zwar im Saal 10. Ebenso unklar ist es, daß Frau Hügler bei der eigenmächtigen Ermiffion nicht krank war; sie lag im Bett, wurde von dem Melinischen Ehepaare gewalttham herausgezerrt und, nachdem die älteste Tochter die Frau Hügler notwendig angezogen hatte, kam ihren Kindern von dem Herrn Mellin die Treppe hinabgefördert. Nicht einmal das Essen, welches auf dem Feuer stand, und die übrigen Nahrungsmittel konnten die Leute mitnehmen. Daß für Hügler keine Wohnung beschafft werden konnte, geht am besten daraus hervor, daß der Ortsvorsteher und dessen Stellvertreter sich bis spät abends vergeblich bemüht haben, die Familie unterzubringen. Bemerkenswert ist noch, daß Frau Mellin am 2. Januar vormittags beim Ortsvorsteher war und sich erkundigte, ob sie berechtigt wäre, die Familie Hügler auf die Straße zu legen; der Herr gab zur Antwort, daß sie das nicht dürfte, sondern gerichtlich vorgehen müßte. Zur Kennzeichnung des Hauswirts Mellin sei noch erwähnt, daß es nicht das erste Mal ist, daß so etwas in Hohen-Neuendorf passiert. Im Februar 1900 hat bitterer Kälte und Schnee haben die Mellins ebenfalls eine Familie auf die Straße gesetzt und hat der Eigentümer D. Jähnde dieselbe aufgenommen.

Die Reorganisation der Schöneberger Orts-Kassen mit dem im August v. J. beschlossenen Statut ist am 1. Januar in Kraft getreten. Trotz des von den Arbeitgebern erhobenen Protestes hatte der Bezirksausschuß gegen die Reueinteilung und die Erhöhung der Leistungen der Kasse nichts einzuwenden.

Doppelselbstmord. Aus Spandau schreibt man uns: Am Donnerstag wurden im Schlangengraben die Leichen eines ungefähr 60 Jahre alten Mannes und einer weiblichen Person von etwa 25 Jahren gefunden, deren Namen noch nicht festgestellt sind. Bei dem Mann fand man 30 M. Man vermutet, daß die beiden gemeinsam den Tod gesucht haben.

Kunst und Wissenschaft.

hl. Die diesjährigen Weltstämmlichen Kunstausstellungen im Gewerkschaftshaus wurden am Donnerstagabend durch den Leiter des Unternehmens, Maler Otto Feld eröffnet. Berücksichtigt man die Schwierigkeiten, mit denen eine solche Veranstaltung zu kämpfen hat, so wird man überrascht sein, daß es gelang, die Ausstellungen auf dieser Höhe zu erhalten. Die kleine Zahl von Gemälden - plastische Arbeiten fehlen diesmal leider ganz - ist so gewählt, daß sie sehr wohl einen gewissen Begriff von der Verschiedenheit moderner künstlerischer Bestrebungen, auch von den Unterschieden der einzelnen Techniken und von den wichtigsten Stoffgebieten der heutigen Malerei geben kann. So hängen z. B. neben einander ein feines Pastellbild von Max Liebermann - „Der Mann in den Lünen“, der den Leuten der „Neuen Welt“ von einer Nachbildung nach in der Erinnerung sein wird - ein frisches Aquarell von Hans Hermann mit sein Portrait in Oelfarben, technit von Julie Wolffhorn, die dem Vortragenden dazu dienen konnten, das Wesen dieser drei Malweisen zu erläutern. Am stärksten sind natürlich die Landschaftler vertreten: Otto H. Engel, A. Gschle, Otto Feld, Ulrich Häbner, Karl Langhammer, Walter Leistikow und andere, aber man sieht auch Figurenbilder und Tierstücke. Von Radierungen ist das große Blatt von Käthe Kollwitz „Tanz um die Guillotine“ angeführt. Der Vortrag, den diesmal der Leiter der Ausstellungen selbst übernommen hatte, beschränkte sich auf nur wenige einleitende Bemerkungen über den Zweck dieser Ausstellungen und suchte dann das Dargebotene im einzelnen zu erläutern. Wir scheinen diese Art wesentlich wirkungsvoller zu sein als die allgemeinen Betrachtungen, mit denen beim vorigen Male die Ausstellung eröffnet wurde. - Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß diese Vorträge und Führungen während der Monate Januar und Februar an jedem Donnerstage und Freitage stattfinden. -

Gerichts-Beitung.

Der Mordprozeß Jähnde. Der am nächsten Montag vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung anstehende Mordprozeß Jähnde hat das Interesse des Publikums in so hervorragendem Maße erregt, daß die sämtlichen Eintrittskarten zum kleinen Schwurgerichtssaal schon seit einigen Tagen vergraben sind. Wegen Mordes und schweren Raubes hat sich der 23jährige Albert Jähnde, wegen Anstiftung der 19jährige Arbeiter Arthur Steink zu verantworten. Das entsetzliche Verbrechen, welches ihnen zur Last fällt, ereignete sich am 16. September vorigen Jahres in dem Hause Gleditschstraße 7. In der dort im vierten Stock des rechten Seitenflügels belegenen Wohnung des Dachdeckers Mähle ist die 23 Jahre alte Frau Mähle ermordet worden. Der Thäter ist Jähnde, der noch an demselben Abend, als er in einer Takameterdroschke durch die Hauptstraße von Schöneberg fuhr, verhaftet wurde. Jähnde ist ein verbummelter, völlig gefühlloser Mensch, der schon mehrere Vorstrafen erlitten hat. Er war ein jugendfreud Mähles und konnte dessen Verschaffen, wußte auch, wo er seine Spargroschen aufbewahrte. Er war erst wenige Tage vor der That aus dem Gefängnis entlassen worden und hatte ursprünglich sich Geld zu verschaffen, den Gedanken gehabt, bei Mähle einzubringen. Dann aber reifte in ihm der Plan, Frau Mähle zu ermorden und diesen Plan führte er am 16. September aus. Mit einem Messer, das ihm angeblich der Mitangeklagte Steink in die Hand gedrückt haben soll, bewaffnet, ging er am Montag, 16. September, vormittags 11 1/2 Uhr in die Wohnung der Frau Mähle, die dort mit ihrem zweiwärtigen Sohne Erich und ihrem einjährigen Sohne Arthur anwesend war und den ihr bekannten Mann freundlich empfing. In der Küche ließ er dann plötzlich der ahnungslosen Frau das Messer mit solcher Wucht in die Körperteile, daß das Hest abbrach. Dann schlug er mit Bierflaschen auf die Frau ein; wobei auch das zweiwärtige Söhnchen einen Schlag abbekam und als er auch damit nicht zum Ziele kam, ergriff er ein Weil und streckte sein Opfer mit drei wichtigen Stößen zu Boden. Er hat sich dann in aller Eile aus der Wohnung entfernt, um sich zu verbergen. Die Leiche wurde erst am nächsten Morgen gefunden. Die Leiche wurde am 17. September in der Wohnung des Dachdeckers Mähle in Höhe von 178 Mark angekauft und dann den Ort seines Verbrechens verbracht. Als eine Hausbewohnerin, durch den Lärm erschreckt, ihre Wohnungstür öffnete, säumte der Mörder gerade die Treppe hinab. Er hat sich unmittelbar nach der That einen neuen Anzug gekauft und dann in verschiedenen Schaufenstern herumgetrieben, bis er abends in der Droschke verhaftet wurde. Seine beidseitigen Meiwundstücke hatte er in der Glatzerstraße weggeworfen. Bei seiner Verhaftung wurde nur noch eine ganz geringe Geldsumme bei ihm vorgefunden. Nach seiner Verhaftung hat er für den Anzug 70 M. ausgegeben, außerdem soll Steink von dem geraubten Gelde 50 M. abgenommen haben. Letzterer ist erst am 19. September verhaftet worden, nachdem ihm Jähnde, der bei der Obduktion der Leiche seines Opfers zugegen und einigermassen ergriffen worden war, schwer belastet hatte. Nach seiner Angabe habe er mit Steink zuerst den Plan beschossen, bei Mähle einzubrechen, Steink habe auch zu diesem Zweck bereits Dietrich angefertigt gehabt. Dann aber habe die Ausführung eines Einbruchs Steink zu lange gedauert und dieser habe ihm den Rat gegeben, zu Frau Mähle hinaufzugehen und sie mit einem Küchenmesser, das er ihm in die Hand drückte, einfach niederzustecken. Während der Mordthat habe Steink vor dem Hause auf ihn gewartet. Letzterer giebt das Warten zu, bestritt aber, von dem Mörder etwas gewünscht zu haben. Er behauptet, daß er der Meinung gewesen sei, Jähnde habe nur den Einbruchsdiebstahl ausgeführt, den sie mit einander verabredet hätten. Thatfache ist, daß er von dem geraubten Gelde einen Teil abgenommen, Jähnde nach Steigly begleitet hat, als dieser dort den neuen Anzug kaufte, und auch mit diesem noch zusammen war, als er sich auf dem Grundstück Glatzerstraße 81 seiner beschmugten Sachen entledigte. - Dies sind in kurzen Zügen die Vorgänge, die am Montag die Geschworenen beschäftigen werden. Den Vorsitz wird Landgerichtsrat Weber führen, die Angeklagten werden vom Justizrat Ehrlich und Rechtsanwalt Dr. Adolf Heiman II verteidigt. Es wird angenommen, daß die Verhandlung in einem Tage beendet werden kann.

Jähnde wurde gestern unter besonderen Vorzichtsmaßnahmen der Strafammer des Landgerichts vorgeführt, welche gegen ihn und zwei Komplizen wegen Fahrerdiebstahls bezw. Hehlerei zu verhandeln hatte. Jähnde machte keineswegs den Eindruck eines Verbrechers, sondern mit dem wohlgepflegten und gedrehten Schmirrebart und mit der tadelloso sauberen, weißen Kravatte den eines herrschaftlichen Dieners. Jemand ein Spur von Gemütsbewegung war an ihm nicht zu entdecken. Er ist vielfach vorbestraft, darunter nicht weniger als sechsmal wegen schwerer Gewaltthatigkeiten. Unumwunden gab er die ihm zur Last gelegten schweren Diebstähle zu. Er hatte deren drei in Schöneberg ausgeführt, indem er bei Nachtzeit die Hausthüren mittels Schlüsselöffners öffnete und aus Kesseln und Reimken Probierkrug stahl. Die Mitangeklagten, Gärtner Fritz Dorn und Fischer Arthur Steink, waren insofern beteiligt, als der erstere bei einem der Diebstähle Hilfe geleistet, der letztere eines der gestohlenen Bäder verkauft hatte. Der Staatsanwalt beantragte gegen Jähnde 2 Jahre Zuchthaus, gegen Dorn 1/2 Jahre Gefängnis, gegen Steink 3 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte nach dem Gutachten.

In schändlicher Weise hat der Händler Adolph Baer, der gestern vor der ersten Strafammer des Landgerichts I stand, gegen ein Mädchen gehandelt, die er nur gehiebert hat, um sich ihres Geldes zu bemächtigen. In Bromberg lernte er das Mädchen, welches ein kleines Vermögen von 7000 M. besaß, kennen und verlobte sich mit ihr. Seine Braut gab ihm bald darauf 1000 M.

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestr. 66.

Worin liegt die Ersparnis für jede Hausfrau? Im Einkauf!

Wir offerieren:

Mehl.	1 Pfd.	5 Pfd.
Budapester Auszugmehl	0.20	0.95
Kaiser - Auszugmehl	0.17	0.80
Weizenmehl 00	0.14	0.65
Kartoffelmehl	0.16	0.75
Roggenmehl	0.15	0.70
Liebig's selbstthätiges Backmehl	0.33	1.60
Erbsen.		
Kleine	0.14	0.65
Grosse	0.18	0.70
Enthülste	0.20	0.95
Enthülste, halbe	0.15	0.70
Grüne	0.17	0.80
Linsen.		
Grosse	0.25	1.20
Mittel	0.18	0.85
Kleine	0.15	0.70
Bohnen.		
Grosse	0.20	0.95
Kleine	0.15	0.70

Kaffee.

Dauernde Anerkennung meiner werten Kundschaft beweist, dass es keine Reklame ist, wenn ich die Qualitäten meiner Kaffees als einzig dastehend bezeichne.

Mischung	I	II	III	IV	V
pr. Pfund	1.50	1.40	1.20	0.96	0.80 Mk.
bei Abnahme von 5	1.55	1.35	1.15	0.91	0.80

Marken III und IV sind Spezialmischungen der Firma.

Kaffee-Surrogate.

	1 Pack	5 Pack
Steins Kaiserlichorien	0.20	0.95
blauer Dampfmaschinen-Cichorien	0.10	0.45

Graupen.

	1 Pfd.	5 Pfd.
Feine, mittel, grob	0.18	0.85
Reis.		
Java	0.23	1.10
Rangoon	0.18	0.85
Bruch	0.15	0.70
Reisflocken	0.28	1.35

Zucker.

	Pfund
Feinster gemahlener	0.30 Mk.
Grobkörnige Raffinade	0.32
Kristall-Würfel	0.35
Feinster	0.33
Kleine Brode, 4 bis 10 Pfund, ohne Blau	0.35

Gries.

	1 Pfd.	5 Pfd.
Weizengries, fein, mittel, grob	0.20	0.95
Hartgries (gelber Flammgries)	0.22	1.05
Reisgries	0.20	0.95

Gemüse-Konserven.

Schnitt- und Brechbohnen	per 2 Pfd.-Dose	0.25
Gemüse-Schoten	2	0.33
Kohlrabi m. Herzblättern	2	0.30
Stangenspargel	2	1.00
Karotten	2	0.45
Schoten mit Karotten	2	0.58

Fleischwaren.

Grösste Auswahl in feinsten Thüringer, Braunschweiger, Westfälischen und Pommerschen Wurst- und Fleischwaren zu billigsten Tagespreisen.
Täglich: Warme Würstchen, Pa. Qualität.
Jeden Sonnabend: Frische Blut- und Leberwurst.

Sparkassen - System

Wir gewähren bei sämtlichen Einkäufen 4 Proz. Rabatt. Jeder Kunde erhält beim Einkaufe von je 25 Pf. einen Sparkassenschein im Werte von 1 Pf.; bei Rückgabe von Sparkassenscheinen im Gesamtwerte von Mk. 1.- wird der Sparbetrag fällig und mit Mk. 1.- bar ausbezahlt. Die Auszahlung der Sparkassenscheine kann jederzeit, auch am Jahresabschluss stattfinden.

Freie Hochschule.
Eröffnungsfest: Sonntag, 12. Jan., 12 Uhr mittags, im Rathaus.
Dozenten:
1. Wih. Bölsche, Naturwissenschaft.
2. Otto Feld, Moderne Malerei.
3. Leo Gilbert, Mod. Technik.
4. Theodor Kappstein, Literatur.
5. Dr. Franz Oppenheimer, Nationalökonomie.
6. Dr. med. Theo. Schüler, Gesundheitslehre.
7. Dr. med. Jenny Springer, Physiologie.
8. Dr. Bruno Wille, Philosophie.
Hörgebühren für den Zyklus 3.- M. - Partoutkarte 15.- M. - Halbjahr 2.- M. - Abendkarte 0,75 M.
Ausgabestellen für Programme und Hörerkarten:
Die Buchhandlungen: 1. W. Buchholz, S., Alexandrinenstrasse 83; 2. Märkische Buchhandlung, N., Friedrichstr. 131a; 3. W. Reimer, SW., Belle-Alliancestr. 94; 4. Max Schildberger, W., Schillstr. 3 und Grunewald, Hohenstr. 1; 5. A. Seydel, W., Mohrenstr. 9 und Charlottenburg, Berlinerstrasse 134a; 6. B. Stegel, Charlottenburg, Taubenstr. 9; 7. Bernh. Star, SW., Friedrichstr. 250 (Belle-Allianceplatz); 8. Georg Pothow, W., Potsdamerstr. 113; 9. Rich. Rühls, S., Oranienstrasse 150 (Moritzplatz); 10. Nicolaische Buchhandlung, NW., Dorotheenstrasse 75; 11. Rud. Hertzberg, NW., Wilmersdorferstrasse 12.
Meldestelle für schriftl. Auskunft: SW. 47, Kreuzbergstr. 50.

SULIMA CIGARETTEN.
Feinste Marken!
Jährliche Produktion: 163 Millionen.
Matrapas
feine Spezialität zu 3-10 Pfg. p. Stück
garantirt rein u. blumig
In allen Spezialgeschäften erhältlich.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlsruhe.
Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr.
Direktion: Spezialitäten. J. N. Hütt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.
Kufekes
BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl
Achtung, Vereine!
Hierdurch mache bekannt, daß ich am Montag, Donnerstag, Freitag und Sonnabend ein Zimmer bis 45 Personen zu vergeben habe, auch zur Jagdzeit.
Eugen Bergemann, Gerichtstr. 74.
Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.
Kundstift bis abends neun. (3234C)
Dr. Simmel, Prinzenstr. 59.
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Restaurant, gut gelegen, preiswert zu verkaufen. Goggenstr. 25. 29635
Restaurant zu verkaufen Goggenstr. 25. 29325
Restaurant, gut gehend, umhändelt halber sofort billig zu verkaufen. Näheres bei Schumberg, Charlottenburg, Selenheimerstr. 1. 1144
Cigarrengechäft mit anschließender schöner Wohnung sofort preiswert. Zu erfragen Kridtstr. 35 bei Bergfeldt. 1144
Schuhwerk, 60 Quadratrudden, 450 Mark, verkauft Handwerkerw. Brunnenstr. 151. 29435
Wandmalerei Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137
Vorjährige elegante Herrenkleider und feinen Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 9748
Teppiche! (Sehlerstoffe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dadescher Markt 4, Bahnhof Bärte. 1117
Kanarienvogel verkauft Siegfried, Heimindorferstr. 23 b.
Garzer Kanarienvogel, Weibchen, Vogelbauer, Vogelwetter. Dahn, Brunnenstr. 101, Bahnhof Gesundbrunnen. 1108

Spezialbillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletts verkauft Velthaus Reudersstr. 6. 47
Teppiche, Pfund von 45 Pf. an, echt ästhetische Mandarinenmuster, Pfund 1,90, Fabriklager Landsberger Allee 37, I. 988K
Teppiche mit Farbenkleben, Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137
Goldene Damenuhren (von 10 Mark an), Silberne Remontuhr (von 5 Mark an) Deutsches Velthaus, Koenigsplatz 11/12. *
Musikwerke mit auswechselbaren Notenrollen, geringe Teilzahlung, 3. Kurzeberg, Landsbergerstr. 13.
Nähmaschinen, sämtliche Systeme, auch ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Beschäftigung erwünscht. Schnelle Lieferung, auch durch Vorkasse. Turmstr. 39 und Bernauerstr. 47 B. 9938
Nähmaschinen und Feuer-Vericherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstr. 43, Hof Keller. 857b
Restaurant mit schönem Saal und Nebenräumen in einer Provinzialstadt über 15000 Einwohnern, einziges Vorkesselfest, Beköstigung und Besorgungsgesamt fast sämtlicher Gewerkschaften, fränkischer Saal zu verkaufen. Preis 45000 Mark. Anzahlung 10000 Mark. Näheres unter T. I an die Expedition des "Sonnwärters". 9468

Cigarrentonkur (Schneider, Glaser - Kommandantenstr.) wird jetzt spottbillig ausverkauft Deutsches Velthaus, Koenigsplatz 11/12. *
Steppdecken billig! Habert Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137
Wunderschönes Schaufenster ist umhändelt halber wegen Liebhaber eines andern Geschäfts preiswert zu verkaufen. Zu erfragen bei Markten, Ostrowstr. 89. 169
Kanarienvogel, Zuchtweibchen, Hebräerstr. 6. 1997b
Kolonie Banseide, Ostbahnhofsstr. 60 Quadratrudden 4500 Mark verkauft Hausverwaltung Brunnenstr. 151. Beschäftigung Sonntag. Treffpunkt 11 Uhr, Bahngasse-Rekonstruktion. 1996b
Restaurant, 400 Mark, mit oder ohne Grundstück zu verkaufen Reudersstr. 6, Gustav Kridtstr. 143.
Möbel, vier Zimmer, darunter Musikschreiberpult, Berlin 27,00, Schloßstr. 50, 27,00, Panzerstr. 50,00, Kommode 12,00, Spiegel 10,00, Vertikale 15,00, Stühle 1,50, schöner Zimmerschrank 8,00, Regulator 15,00, Deckenlampe 3,00, Kücheneinrichtung 30,00, mehrere, noch neue Kuchenschrank, Gartenstr. 148, I. born links. 1130
Kanarienvogel, Zuchtweibchen verkauft Brandt, Holzmarktstr. 9. *
Wett, prachtvolles 17,00, Michel, Adenierstr. 26. 1989b

Nähmaschinen, preiswerteste Neuzugabe, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Endteilen sofort Landsbergerstr. 62, Köpplerstr. 60/61. 22008
10 Mark elegante Abendmäntel, Webersstr. 60, 3 Treppen. 19888
Vermischte Anzeigen.
Lebeshalle eröffnet Chausseestr. 121.
Klavierschule Oranienstr. 118.
Erzieherschule Oranienstr. 118.
Violinschule, Oranienstr. 118. *
Instrumentation, Theorie, Oranienstr. 118. 29526
Führerlehrerin Frau Huber, Grenliensstr. 115. 2/30
Rechtsbureau, Rechtsfälle, Eingabengeld, Notariatskosten, 29348
Unfallkosten, Klagen, Eingaben, Reklamationen Fugger, Sieglitzerstr. 65. 29576
Dividenden! Wer sich über diese wichtige Gewissheit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Reiches gegen Dividenden, welche unentgeltlich verbleibt werden vom Tierärztverein Berlin, Köpenickerstr. 108. Doleiß können auch Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Dividenden besetzt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 101b

Kunsthandwerk von Frau Kofsky, Steinwegstr. 48, Quergebäude hochparterre.
Wiedererlangen, Brodhans und alle andern Bücher kauft, befehlt Hausmann, Kochstr. 56, I. Amt VI, 3597. 982K
Bücherkauf zu höchsten Preisen. Epstein, Postgrabenstr. 101, 1130, 12
Gold, Silber, Uhren kauft Brunnstr. 137, Uhrmacherladen. 29585
Fahrrad sucht zu kaufen Brunnstr. 137 (Uhrmacherladen). 29576
Cigarren, Süßwaren, Bücher, Warenposten, sowie alles Brauchbare befehlt fabelhaft hoch Deutsches Velthaus (Vombarbath), Koenigsplatzstr. 11/12. 110/19
Restaurant habe eröffnet. Karl Schmidt, Beuststr. 37. 9598
Saal zu Modellen, Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art. Schwedterstr. 24. 1138
Rechtsbureau Julius, Glatzerstr. 55. 19929
Wer kauft Parteilosen 50 Mark auf zwei Monate? Sicherheit 2000 Mark. Offerten G. D. Volkamt 45.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Vollwächter-Gesellschaft Sewanowitsch, Sidingenstr. 4. 180
Mädchen Stillschreiber bitten um Arbeit. Stille werden zu den billigsten Preisen gekochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeschickt. Adresse: Wulffstr. 27, K. Wäcker.
Stellungsangebote.
Intelligenter Schreiblehrling verlangt. Meldung: Ople, Reimendort, Provinzialstr. 27. 9978
Mädchen für kleine Handarbeit und Wäsche zu einer gelehrten Familie in nahem Vorort gesucht. Meldungen Elisabeth-Str. 52, I. Etage rechts. 19848
Zu Arbeitsmarkt durch befreundeten Druck hervorgehobene Anzeigen folgen 10 Pf. pro Seite
Vermietungen.
Schlafstollen.
Schlafstalle! Straßener Platz 5, Quergebäude III, B. Schulz.
Vergolder!
Montag, den 13. Januar:
Arbeitslosen-Versammlung.
Stelle heutiges Inserat im "Sonnwärters".